



Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll der 62. Sitzung - endgültige Fassung* -

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 1. Februar 2024, 12.00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Saal 4.900 (Europasaal)
Konrad-Adenauer-Straße 1, 10557 Berlin

Vorsitz: Dr. Ralf Stegner, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Beweisaufnahme

Einzigiger Tagesordnungspunkt	Seite
<i>Öffentliche Zeugenvernehmung</i>	
Dr. Alema Alema Stellvertretende Ministerin und Staatssekretärin im Flüchtlings- sowie im Friedensministerium der Republik Afghanistan (Beweisbeschluss Z-67)	9
Mohammed Haneef Atmar Außenminister der Republik Afghanistan (Beweisbeschluss Z-68)	siehe Stenogr. Protokoll 62 I, Teil 2 Zeugenvernehmung, Nichtöffentlich siehe Stenogr. Protokoll 20/62 II
„Fisch“ Sicherheitsberater der Bundespolizei in der deutschen Botschaft in Kabul (Beweisbeschluss Z-69)	46

* Hinweis:

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen der Zeugen zur vorläufigen Protokollfassung sind als Anlage beigelegt.
Die betroffenen Protokollpassagen sind nachfolgend mit einem * gekennzeichnet.

20. Wahlperiode



Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

20. Wahlperiode



Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

20. Wahlperiode



Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

20. Wahlperiode



Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

20. Wahlperiode



Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

20. Wahlperiode



Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

20. Wahlperiode



Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 12.03 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich eröffne die 62. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 20. Wahlperiode, die zugleich unsere 28. Beweisaufnahmesitzung ist.

Ich stelle fest, dass die Öffentlichkeit hergestellt ist, und begrüße ganz herzlich die Zuschauerinnen und Zuschauer sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Presse.

Ich gehe davon aus, dass sich keine Personen im Raum aufhalten, die später als Zeugen in Betracht kommen.

Für die Damen und Herren von der Presse gilt der Hinweis: Der Ausschuss hat sich aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes dafür entschieden, Namen von Zeuginnen und Zeugen nicht in der Tagesordnung zu veröffentlichen, soweit diese nicht ohnehin aufgrund ihrer Funktion öffentlich bekannt sind. Bei den Angaben zur Person werden die Namen zwar in öffentlicher Sitzung genannt; das bedeutet aber nicht, dass der Persönlichkeitsschutz der Zeugen damit aufgehoben würde. Ich bitte daher darum, in der Berichtserstattung über die Beweisaufnahme des Untersuchungsausschusses nach den Regelungen im Pressekodex die Namen der Zeugen nicht zu veröffentlichen, soweit sie nicht in der Tagesordnung genannt sind.

Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme nicht zulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Ich rufe unseren **einzigen Tagesordnungspunkt** auf:

Öffentliche Zeugenvernehmung

Dr. Alema Alema

Stellvertretende Ministerin und Staatssekretärin im Flüchtlings- sowie im Friedensministerium der Republik Afghanistan
(Beweisbeschluss Z-67)

Mohammed Haneef Atmar

Außenminister der Republik Afghanistan
(Beweisbeschluss Z-68)

„Fisch“

Sicherheitsberater der Bundespolizei in der deutschen Botschaft in Kabul
(Beweisbeschluss Z-69)

Wir werden die Zeugen in dieser Reihenfolge vernehmen.

Frau Dr. Alema wird auf unsere Fragen in ihrer Muttersprache Dari antworten. Hierfür stehen uns Dolmetscher zur Verfügung. Die Befragung wird konsekutiv gedolmetscht werden, sodass die am Eingang bereitgestellten Kopfhörer hierfür nicht benötigt werden.

Die Befragung von Herrn Atmar wird in englischer Sprache stattfinden. Dafür werden Fragen und Antworten simultan gedolmetscht. Um die eine oder andere Sprache durchgehend hören zu können, stehen Ihnen die Kopfhörer dann zur Verfügung.

Ein letzter Hinweis: Wir werden die Vernehmungen heute voraussichtlich wegen namentlicher Abstimmungen gegen 15.00 Uhr unterbrechen müssen, zumindest dann, aber natürlich auch noch häufiger. Das verlangt uns allen viel Disziplin ab heute. Ich gehe davon aus, dass wir zu Beginn des Jahres noch besonders viel Energie haben und dass wir die auch wahren.

Vernehmung der Zeugin Dr. Alema Alema

Unsere erste Zeugin, Frau Dr. Alema Alema, hat bereits Platz genommen.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich stelle fest, dass die Zeugin ordnungsgemäß geladen ist. Sie haben den Erhalt der Ladung am 21. November 2023 bestätigt.

Ich heiße Sie herzlich willkommen und bedanke mich, dass Sie dem Ausschuss als Zeugin zur Verfügung stehen.

Neben Ihnen hat Ihr Rechtsbeistand, Frau Rechtsanwältin Susanne Giesler, Platz genommen. Frau Giesler, ich darf auch Sie herzlich willkommen heißen.

Wie Sie sicherlich wissen, dürfen Sie die Zeugin beraten; Ihnen steht jedoch selbst kein eigenes Rede- und Fragerecht zu. Das bedeutet, dass Sie zwar zu prozessualen Fragen Stellung nehmen können; Sie dürfen jedoch Ihrer Mandantin während ihrer Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben. Gegebenenfalls können Sie oder Ihre Mandantin eine kurze Unterbrechung zum Zwecke der Beratung beantragen. - Das ist so weit, glaube ich, geklärt. - Gibt es dazu Fragen?

(Die Zeugin und ihr
Rechtsbeistand schütteln
den Kopf)

Frau Dr. Alema, zunächst bin ich gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeugin aufzuklären. Diese Belehrung schreibt mir das Gesetz für jeden Zeugen und jede Zeugin vor; deswegen also auch bei Ihnen.

Sie sind als Zeugin geladen. Als Zeugin vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind.

Haben Sie dazu Fragen?

(Die Zeugin schüttelt
den Kopf)

Dann möchte ich Sie darauf hinweisen, dass eine Tonaufnahme gefertigt wird, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Deshalb ist es sehr wichtig, dass Sie das Mikrofon einschalten - das gilt dann immer für Dolmetscher und alle Beteiligten auch -, wenn Sie das Wort ergreifen.

Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen vor der endgültigen Fertigstellung übersandt.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, zum Beispiel Umstände aus Ihrem persönlichen Lebensbereich, bitte ich um einen entsprechenden Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beraten. Ich weise aber ausdrücklich darauf hin, dass das ein Regel-Ausnahme-Verhältnis ist. Der Öffentlichkeitsgrundsatz für Beweiserhebungen in Untersuchungsausschüssen hat nach Artikel 44 des Grundgesetzes Verfassungsrang. Die Gründe für eine Ausnahme müssen von besonderem Gewicht sein. Und es ist der Ausschuss, der darüber befindet.

Haben Sie zu diesen Hinweisen noch Fragen?



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

(Die Zeugin schüttelt
den Kopf)

Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen - sie sind für alle gleich - komme ich zum Ablauf der Vernehmung. Eingangs werde ich Sie kurz zu Ihrer Person befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen. Anschließend oder wenn Sie darauf verzichten, das zu tun, werden Sie von den Mitgliedern des Ausschusses befragt. Die Fragezeit richtet sich dabei nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen.

Fragen zum Ablauf bei Ihnen?

(Die Zeugin schüttelt
den Kopf)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann darf ich Sie nun bitten, mir zunächst zu bestätigen, dass Sie weiterhin auf dem gleichen Wege wie bisher erreichbar sind, und sich dem Ausschuss zu Beginn Ihrer Ausführungen mit Ihrem Namen, Ihrem Alter und Ihrem Beruf vorzustellen.

Zeugin Dr. Alema Alema: Guten Tag! Sehr geehrter Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte mich kurz vorstellen. Mein Name ist Alema. Ich komme aus Afghanistan. Ich habe in den 80er-Jahren in Deutschland studiert. Danach kehrte ich nach dem Studium nach Afghanistan zurück. Ich habe zwei Jahre in Afghanistan gearbeitet und kam 1990 wieder nach Deutschland, um zu promovieren. Als meine Promotion beendet war, 1994, konnte ich nicht nach Afghanistan zurückkehren, weil in Afghanistan Bürgerkrieg war, und ich musste bis 2002 in Deutschland bleiben. 2002, nach dem Sturz der Taliban, kehrte ich zurück nach Afghanistan. Bis 15. August 21 habe ich in Afghanistan gearbeitet. Ich selber wurde am 16. August durch die deutsche Botschaft evakuiert und bin zurück nach Deutschland gekommen. Das bedeutet, ich bin mit dem Sturz der Taliban nach Afghanistan gegangen und mit der Machtübernahme derselben zurück nach Deutschland gekommen. Zurzeit

arbeite ich bei Pro Asyl als Afghanistan-Referentin.

Ich bin bereit, die Fragen zu beantworten. Wichtig ist, dass ich vier Jahre beim Flüchtlingsministerium gearbeitet habe. Und dann vom 11. September 2020 bis zur Machtübernahme der Taliban war ich Staatssekretärin beim Friedensministerium und in den letzten zwei Monaten sogar verantwortlich zuständig für das Ministerium, weil der Minister nicht da war. Am 15. August war ich auch im Ministerium und habe die Aufgabe gehabt, meine Kolleginnen und Kollegen sicher nach Hause zu schicken und die Tür des Ministeriums abzuschließen und zuzumachen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Frau Zeugin, ich wollte nicht unhöflich sein und Sie nicht unterbrechen, aber Sie sollten mir noch Ihr Alter verraten. Ich war noch bei den Personenangaben.

Zeugin Dr. Alema Alema: Ich heiße eigentlich nur „Alema“, nur einmal. Manchmal schreibt man es zweimal: Alema Alema, wegen Computer und wegen dieser Sachen, Geschichten und so.

Das Alter: Ich bin 59 Jahre alt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. Ich muss das alle Zeugen fragen. Das verstehen Sie. - Und Sie sind auch nach wie vor so erreichbar für uns, wie wir Sie geladen haben. Ist das so?

Zeugin Dr. Alema Alema: Im Moment ja.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gut. - Bevor Sie dann, wenn Sie wollen, noch mal umfassender einleitend vortragen könnten, wenn Sie das wünschen, will ich Sie noch darauf aufmerksam machen, dass, wenn Ihnen Vorhalte aus Akten gemacht werden von Kolleginnen und Kollegen, Sie das Recht haben, sich die anzugucken, sich das zeigen zu lassen. Für die Kolleginnen und Kollegen gilt weiterhin - für alle -, dass Fragen am besten eingeleitet werden, wenn sie sich auf Akten beziehen, mit der MAT-Nummer, sodass wir das alle finden, wie immer. Gut.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Wünschen Sie ein zusammenhängendes Statement zu Beginn abzugeben?

Zeugin Dr. Alema Alema: Ja.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bitte schön, dann haben Sie dazu das Wort.

Zeugin Dr. Alema Alema: Ja, noch mal: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! 20 Jahre internationales Engagement in Afghanistan, das mit dem Sturz der Talibandiktatur begann, endete mit der Rückkehr derselben. Wir alle wissen, dass das keine Ironie des Schicksals war, sondern ein kollektives Versagen aller Beteiligten. Der Versuch, die Ursachen des dschihadistischen Terrors durch den Aufbau einer rechtsstaatlichen, freiheitlichen und demokratischen Ordnung zu überwinden, ist gescheitert.

Sehr geehrte Abgeordnete, Ihr Untersuchungsauftrag konzentriert sich auf einen Zeitraum, der die letzten Monate der Ghani-Regierung beinhaltet. Ich selbst gehörte dieser Regierung als stellvertretende Ministerin für Zivilgesellschaft und auch für Menschenrechte im staatlichen Ministerium für Frieden an.

Während der Amtszeit von Präsident Ghani 2018 begannen die Verhandlungen zwischen den Taliban und den USA.

Am Ende der westlichen Intervention und der Machtübernahme der Taliban stand ein verheerendes Ergebnis, das für Millionen Afghaninnen und Afghanen ein Schrecken ohne Ende ist und bleibt. Die Dynamik, die dazu geführt hat, war gekennzeichnet von mehreren politischen Fehlern über Jahre hinweg. Einige davon möchte ich hier gern kurz skizzieren.

Der Krieg und die Milliardenzahlungen an die afghanische Armee und Polizei haben die Warlord-Strukturen in den Streitkräften und im Staat gefestigt. Eine Demokratie aufzubauen, braucht Ausdauer und das konsequente Durchsetzen der Voraussetzungen für Demokratie auf allen Ebenen.

Aber die westlichen Partner haben keine harten Bedingungen für die Demokratisierung des Landes durchgesetzt. Das letzte Kapitel, die halbherzige Unterstützung der demokratischen Wahlen 2019 durch westliche Staaten, war verheerend. Teile der Trump-Administration stellten diese grundsätzlich infrage, vermutlich da sie fürchteten, eine echte demokratische Legitimation der afghanischen Regierung würde die Doha-Verhandlungen zur Machtübergabe an die Taliban erschweren.

Das Abkommen von Doha war ein Abkommen ausschließlich zwischen den Taliban und den USA und in Wirklichkeit eine Art Rückzugsabkommen für die ausländischen Truppen aus Afghanistan.

Besonders unverständlich bleibt, warum das Abkommen nicht an Bedingungen geknüpft wurde, die fortschrittlichen Errungenschaften der letzten 20 Jahre zu erhalten.

Auch der von vielen Afghaninnen und Afghanen erhoffte Kurswechsel unter Präsident Biden trat nicht ein. Er setzte den Kurs der Trump-Administration mit dem Unterhändler Zalmay Khalilzad fort und erklärte die Versuche einer Machtteilung zum innerafghanischen Problem.

Unter dem Strich haben die USA durch ihr einseitiges und unabgestimmtes Vorgehen Tatsachen geschaffen - auch für ihre westlichen Verbündeten.

Sehr geehrte Abgeordnete, es ist mir wichtig, in Erinnerung zu rufen, wie sehr die Ghani-Regierung versucht hat, sich gegen diese verhängnisvolle Dynamik zu stemmen, um doch noch einen Platz am Verhandlungstisch über die Zukunft Afghanistans zu bekommen - wie wir heute wissen, vergeblich!

Sie versuchte, durch die Wahlen 2019 ihre demokratische Legitimität zu stärken, die Voraussetzungen für einen afghanisch geführten Friedensprozess zu schaffen, wie ursprünglich in den Doha-Gesprächen vorgesehen, und Versöhnungsangebote nach dem Prinzip „Afghan-owned,



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Afghan-led“ zu unterbreiten, zum Beispiel durch den Kabuler Prozess im Februar 2018, die Friedens-Roadmap, die sie bei der Genfer Konferenz im Juli 2018 vorlegte, die Entsendung eines zwölfköpfigen Verhandlungsteams nach Abu Dhabi 2018, die Beratende Loya Jirga 2020 über die Talibangefangenen, die Ernennung eines Verhandlungsteams für mögliche direkte Verhandlungen mit den Taliban in Doha im September 2020, die Gründung des Friedensministeriums während der Friedens-Loya-Jirga 2019.

Im September 2020 wurde im Friedensministerium das neue Amt des Vizepräsidenten für Menschenrechte und Zivilgesellschaft geschaffen, das ich übernahm.

Um eine sinnvolle und aktive Beteiligung der Zivilgesellschaft zu ermöglichen, die Werte der Menschenrechte zu verteidigen und die Stimme des Volkes an den Tisch der Friedensverhandlungen zu bringen, richtete ich folgende Plattformen ein: die Vereinte Stimme der Frauen in der Friedenspolitik - United Voice of Women for Peace -, das Beratungs- und Koordinierungsgremium „Zivilgesellschaftliche Einrichtungen für den Frieden“ in Afghanistan mit über 72 Organisationen, das Nationale Komitee der Kriegsgesopfer afghanistanweit, den Kontaktausschuss mit 72 Parteien.

Trotz unserer Bemühungen kam kein direktes Treffen mit den Taliban 2018 in Abu Dhabi zustande, und auch später nicht in Doha.

Ich wollte auch sagen, dass ich auch zu diesem zwölfköpfigen Verhandlungsteam 2018 gehörte. Dieses Team ist auch in Abu Dhabi gewesen, um mit den Taliban zu verhandeln. Trotz unserer Bemühungen kam kein direktes Treffen zustande, auch später nicht.

Mit der Ankündigung des US-Außenministers Blinken im März 2021, bereits Anfang Mai 21 die US-Truppen abzuziehen, eine Übergangsregierung bis zu Neuwahlen einzusetzen und eine neue Verfassung auszuarbeiten und auch einen islamischen Rat zu gründen nach dem Beispiel im Iran - - Das hat wiederum alle Versuche der

legitimen Regierung Afghanistans zunichte gemacht.

Als vor diesem Hintergrund die Verhandlungen in Doha und der Friedensprozess zu keinen greifbaren Ergebnissen führten und die Taliban den Truppenabzug erwarteten, wollten die amerikanische und die afghanische Regierung Ende April/Anfang Mai 2021 eine internationale Konferenz in Istanbul einberufen, um weitere Möglichkeiten einer friedlichen Lösung auszuloten.

Gäste aus mehr als 20 Ländern und Vertreterinnen und Vertreter internationaler Organisationen wurden zur Teilnahme an der Konferenz erwartet. Die Konferenz wurde aufgrund der Bitte der Taliban zunächst um einen Monat verschoben, fand aber schließlich nie statt, weil die Taliban sich nicht interessierten und wussten, auch wenn so eine Konferenz stattfindet, würden sie an ihren Positionen festhalten.

Auch dieser letzte Versuch, den Konflikt zu lösen und Frieden zu schaffen, scheiterte. Das hat man auch „Zweite Bonn-Konferenz“ genannt. Präsident Ghani war bereit, zurückzutreten, und war auch für die Übergangsregierung und hat gesagt, dass ein Team benannt werden soll, das die Verfassung bearbeiten sollte. Aber diese Konferenz ist nicht zustande gekommen.

Jetzt gestatten Sie mir bitte, einige Punkte zur Rolle westlicher Staaten bei der Machtübernahme der Taliban zu nennen.

Das Doha-Abkommen wurde fatalerweise geschlossen, ohne die bereits etablierten Rechte und Freiheiten des afghanischen Volkes zu sichern. Die angestrebten innerafghanischen Friedensverhandlungen fanden nie statt. Sie wissen, am 12. September 2020 waren die 21 Delegierten der afghanischen Seite in Doha. Es hat fast drei Monate gedauert, und sie haben nur über den Mechanismus, das Verfahren der Gespräche geredet. So richtige Verhandlungen kamen nie zustande.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Viele Afghaninnen wie ich haben Fragen an die westlichen Staaten, deren Antworten sie uns weiter schuldig sind. Sie waren alle in Afghanistan, um sozusagen die Demokratie oder eine demokratische Gesellschaft aufzubauen.

Und jetzt unsere Fragen.

Warum waren die westlichen Staaten bei den Friedensgesprächen bis zur Unterzeichnung des Doha-Abkommens nur Beobachter und wurden nur von Zalmay Khalilzad beraten? Selbst den Text des Abkommens haben sie erst aus der Zeitung erfahren, wie der britische Botschafter Kay vor Kurzem gesagt hat.

Warum haben sie die letzte Chance verpasst, die Konferenz in Istanbul zu organisieren? Es kann nicht wahr sein, dass 20 Länder eingeladen waren und die Taliban Nein gesagt haben und alle zugestimmt haben. Ich war in dieser Zeit bei der Vorbereitung dabei gewesen und habe auch die Sitzungen in unserem Ministerium mit diesen Ländern und auch den Botschaftern begleitet.

Hat Deutschland mit seiner gemeinsamen Organisation der innerafghanischen Gespräche in Doha nur gut aussehenden Flankenschutz für den Doha-Deal der USA geleistet? Das ist für uns auch eine Frage: Welche Rolle hat Deutschland gespielt?

War es nicht immer ihr Anspruch, die Demokratisierung in Afghanistan zu stärken und zu unterstützen, Menschenrechte zu verteidigen - während es klar war, dass dafür unter den Taliban kein Platz sein würde? Warum schauten sie dann zu, und warum wurde immer gesagt, die Taliban haben sich geändert?

Jetzt möchte ich kurz etwas erwähnen, weil manchmal wegen der letzten Evakuierung aus Afghanistan gefragt wurde, die für den 14. August 2021 geplant war. Ich wollte kurz etwas dazu sagen, was für ein Memorandum of Understanding es zwischen europäischen Ländern, Deutschland und Afghanistan bezüglich dieser Abschiebungen nach Afghanistan gab, weil auch diese letzten

Abschiebungen aus Afghanistan teilweise auch zu Ihrer Untersuchung gehört.

Als ich 2016 meine Arbeit als Staatssekretärin im Flüchtlingsministerium aufgenommen habe, in dieser Zeit wurde ein Memorandum of Understanding zwischen Afghanistan und den EU-Mitgliedsstaaten unterzeichnet. Das Gleiche wollte Deutschland, und auch mit Deutschland wurde so ein Memorandum of Understanding unterschrieben. Im Klartext: Afghanistan musste zustimmen und dann diese Abschiebungen von bestimmten abgelehnten Afghanen aus den EU-Staaten akzeptieren. Um die Zahl und die Flüge wurde heftig gestritten. Es waren harte Gespräche mit den EU-Staaten, auch in Deutschland, alle sechs Monate.

Die Gelder für 30 Millionen Menschen, um einen Staat am Leben zu halten, lagen in einer Waagschale. Die gesamte afghanische Regierung und das afghanische Parlament wussten, um was es ging bei diesem Abkommen. Die afghanische Regierung hatte leider nur begrenzte Macht, ihre Vorstellungen durchzusetzen. Sie war abhängig von der militärischen Unterstützung der USA und der finanziellen Unterstützung durch Deutschland und andere westliche Staaten. Wir waren erpressbar und mussten so ein Abkommen unterzeichnen. Wir haben ein afghanisches Sprichwort, das besagt: „Wer das Brot gibt, gibt auch die Befehle.“ Leider befanden wir uns in so einer Situation.

Im Juni 2017 formulierte ich gegenüber der Deutschen Welle - ich zitiere aus der Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 2. Juni 2017 - Die gegenwärtige Lage sei

„gemäß dem humanitären Völker- und Flüchtlingsrecht so, dass afghanische Flüchtlinge nicht mehr nach Afghanistan geschickt werden dürfen.“

Wir hoffen,

„dass die Abschiebungen von afghanischen Flüchtlingen eingestellt werden.“



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

...

Es wird immer wieder gesagt, dass es in Afghanistan sichere Regionen gebe und die Rückkehrer in diesen Regionen leben könnten.“

Doch dies treffe zurzeit nicht mehr zu.

„Afghanistan befindet sich momentan im Krieg mit 20 terroristischen Gruppierungen, und die Sicherheitslage hat sich sehr verschlechtert.“

Zitat Ende. - Das habe ich bei diesem Interview gesagt, das ich der Deutschen Welle gegeben habe.

Ich komme wieder darauf, dass man auch auf dieses Memorandum of Understanding Bezug genommen hat und immer versuchte, Afghanen abzuschieben. Dann erzähle ich von diesen geplanten Abschiebungen im August.

Der deutsche Sonderbeauftragte für Afghanistan und Pakistan, Herr Wieck, sprach Ende Juli 2021 in Afghanistan mit den zuständigen afghanischen Behörden darüber, dass die afghanische Seite die für den 10. August 21 geplanten Abschiebungen akzeptieren sollte. Diese Haltung war Ausdruck einer völligen Fehleinschätzung der Lage vor Ort. Ich persönlich arbeitete in dieser Zeit nicht beim Flüchtlingsministerium. Aber ich habe das gegenüber van Thiel kritisiert; er war damals kommissarischer Leiter der deutschen Botschaft in Kabul. Ich habe gesagt: Wie können Sie sich das vorstellen: Amerikaner evakuieren Ortskräfte nach Amerika, und die Deutschen möchten Afghanen nach Afghanistan abschieben? Stellen Sie sich vor, im afghanischen Luftraum geht ein Charterflugzeug nach Amerika und eines kommt von Deutschland nach Afghanistan. Was für ein Image hat das? Und welches Bild möchten Sie damit den Afghanen geben?

Ein paar Tage später habe ich erfahren, dass dieser Charterflug abgesagt wurde, und das fand ich sehr, sehr gut. Ich will auch dazu sagen: Am 10. August war dieser Charterflug geplant, und fünf Tage später musste die deutsche Botschaft die

ersten Evakuierungsaktionen organisieren. Ich persönlich wurde am 18.08.21 mit sechs weiteren Personen aus Afghanistan nach Deutschland evakuiert.

Wenn es Fragen zu den Ereignissen und solchen Sachen, dieser chaotischen Lage, gibt, werde ich sie beantworten.

Jetzt komme ich zum Ende. Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, Sie haben von mehreren Zeug/-innen Informationen zur Evakuierung von Ortskräften und zu Versäumnissen erhalten. Trotz Warnungen zivilgesellschaftlicher Organisationen hier in Deutschland wurde nicht rechtzeitig evakuiert, und bis heute harren viele bedrohte Menschen in Afghanistan in der Hoffnung auf eine Evakuierung aus.

An dieser Stelle möchte ich mich auf die Zeit nach dem 15. August 21 konzentrieren und appelliere hier eindringlich an die Bundesregierung, ihre Versprechen wahrzunehmen. Laut den Versprechen im Koalitionsvertrag und im „Aktionsplan Afghanistan“ 2021 erwarten Tausende Afghaninnen und Afghanen, dass Deutschland seinen Verpflichtungen nachkommt und weiterhin besonders schutzbedürftige Personen, insbesondere Frauen und Ortskräfte, aufnimmt.

Ich wollte mein Statement nicht noch lange vortragen, aber ich hoffe, dass es auch Gelegenheit gibt, über die Wirkungen des Doha-Abkommens zu sprechen und - das ist auch ganz wichtig -, dass man sich auch Gedanken macht: Was hat man erreicht mit dieser Machtübergabe an die Taliban? Dass es eine Gesellschaft in Afghanistan gibt, in der die Frauen, die die Hälfte der Bevölkerung bilden, ignoriert werden, in der Genderapartheid herrscht und über 61 Dekrete der Taliban das Leben der Frauen verordnen. Wir Frauen, die innerhalb und außerhalb Afghanistans, im Exil, aktiv sind, möchten, dass die Taliban vor den ICC kommen für ihre Verbrechen gegen die Menschlichkeit und ihre systematische Entrechtung der Frauen in Afghanistan. Wir sind so weit. Nur ein Staat, der die ... (akustisch unverständlich) Konvention* unterschrieben hat,



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

muss mitmachen und diesen Fall an das ICC weitergeben. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank für Ihr Eingangsstatement. Ich mache von meinem Fragerecht zu Beginn jetzt keinen Gebrauch, und insofern geht die erste Fragerunde an die SPD-Fraktion. Herr Kollege Nürnberger.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Tag, Frau Dr. Alema! Vielen Dank, dass Sie uns zur Verfügung stehen hier für Ihre Zeugenaussage. Ich würde Sie gerne zu Beginn fragen, mit welchen Stellen der Bundesregierung Sie im Rahmen Ihrer beiden ministeriellen Tätigkeiten regelmäßigen Kontakt hatten.

Zeugin Dr. Alema Alema: Ich kann auch auf Deutsch antworten; aber teilweise, wo ich dann ein bisschen Zeit und Luft brauche, werde ich meine zwei Kollegen bitten, zu übersetzen.

Wir waren in Kontakt mit dem Innenministerium und dann auch dem Außenministerium. Wir haben auch sehr oft Kontakt gehabt mit der deutschen Botschaft in Afghanistan und auch mit der EU-Vertretung in Afghanistan. Und als es um gemeinsame Charterflugzeuge ging, dann ging das über das EU-Büro in Kabul.

Jörg Nürnberger (SPD): Sie haben ja in Ihrem Eingangsstatement bereits einige Namen erwähnt. Können Sie weitere Personen konkretisieren, mit denen Sie sehr eng zusammengearbeitet haben?

Zeugin Dr. Alema Alema: Ja. In der deutschen Botschaft 2016 bis September 2020, als ich beim Flüchtlingsministerium war, waren mehrere Botschafter. Und einer, der 2016 das Memorandum of Understanding mit Deutschland unterschrieben hat, war - - Ich habe gerade den Namen vergessen. Gerade ist mir der Name nicht - - Aber ich kann nachrecherchieren in der Pause.*

Jörg Nürnberger (SPD): Es geht uns ganz besonders um den Untersuchungszeitraum, also die letzten beiden Jahre. Wir müssen uns ja beschränken auf den Untersuchungszeitraum.

Zeugin Dr. Alema Alema: Ah, okay. Dann habe ich in dieser Zeit gesprochen mit van Thiel seit 2021. Aber 2020 war der letzte Botschafter - - Geben Sie mir Zeit, ich habe den Namen nicht im Gedächtnis*. Aber beim Innenministerium war auch die Abteilung, die für Afghanistan zuständig war, Brennweiner [sic!] und Christian* mit Vornamen.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank bis hierher. - Sie haben vorhin in Ihrem Eingangsstatement auch dargestellt, dass Sie im August dann ausgeflogen worden sind. Können Sie uns die Situation in Kabul zu diesem Zeitpunkt aus Ihren eigenen Erfahrungen, Ihrem eigenen Erleben kurz schildern? Wie waren diese Tage zwischen dem 10. und dem 16. August 2021?

Zeugin Dr. Alema Alema: Gut. Diese Situation zu beschreiben, das ruft mir immer die Erinnerungen, wenn ein Staat untergeht und auch ein Land zusammenbricht und dass die Bevölkerung in Panik kommt - - Und lieber mache ich das auf Dari, um mich ein bisschen zurückzuhalten direkt. Ich sage das und dann - - Soll ich auch ins Mikrofon auf Dari sprechen? Oder soll ich so - - Ja.

... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Am 15. August ging ich wie normal zur Arbeit. Gegen 11 Uhr habe ich ein Gespräch mit unseren Kollegen und dem Abteilungsleiter gehabt. Viele fragten mich, wie die Situation ist, wie die Lage ist. Ich versuchte, sie zu beruhigen, weil sie sagten, dass einige Kolleginnen und Kollegen nicht zur Arbeit gekommen sind, weil sie verängstigt waren und besorgt waren. Ich habe alle zu mir in das Büro gerufen und habe dann den Minister, den Friedensminister, der zu dem Zeitpunkt in Doha war, um Verhandlungen zu führen, direkt kontaktiert, sodass alle das dann mitbekamen. Ich habe ihn gefragt, wie die Situation ist, wie es weitergehen wird. Er hat uns beruhigt, sagte, die Situation ist ganz normal, alles unter Kontrolle und die Kolleginnen und Kollegen sollten mit ihrer Arbeit weiter fortsetzen. Es ist alles wie sonst auch.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Eine Stunde später hatten wir vor dem Friedensministerium Schüsse gehört. Alle waren in Panik geraten, wollten das Gebäude verlassen, aber die Wache, die Polizei, die vor den Toren des Ministeriums war, hinderte die Menschen daran, das Gebäude zu verlassen. So bin ich dann nach unten gegangen und habe mit denen gesprochen, habe sie darum gebeten, allen Kolleginnen und Kollegen zu erlauben, nach Hause zu gehen.

Zeugin Dr. Alema Alema: ... [Ausführungen in Dari]

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Entschuldigen Sie, aber wenn Sie zu lange machen, ist das ein Problem mit dem Dolmetschen.

Dolmetscher 1: Den Weg nach Hause, für den ich regulär zehn Minuten brauchte, habe ich in zwei Stunden hinter mir gehabt. Als ich zu Hause ankam, habe ich über die Medien, vor allem über das Fernsehen, erfahren, dass die Taliban den Präsidentenpalast eingenommen haben. Am 15. August hat man mich vom BMZ, Herr Henning Plate, angerufen und sagte mir, dass ich das Land verlassen muss mit dem nächsten Charter. Und dann hat jemand mich von der Botschaft noch angerufen und sagte, ich muss auf jeden Fall das Land verlassen. Ich war nicht ganz sicher, ob ich wirklich das Land verlassen würde.

Am 16. August wurde ich noch mal kontaktiert, und man hat mir gesagt, dass ein Charterflug geplant ist, der uns aus dem Land rausbringt. Am 16. August habe ich mich mit einer weiteren Dame mit dem Nachnamen Teichmann in den Flughafen von Kabul begeben. Wir waren um 10 Uhr da. Von 10 bis 18 Uhr mussten wir vor dem geschlossenen Tor des militärischen Teils des Flughafens warten, weil die Mitarbeiter der Botschaft, die im Innern des Flughafens waren, keine Erlaubnis hatten, dort zu erscheinen.

Um 18 Uhr gelang es uns erst mal, hineinzugehen. Es gab dann ein Problem, dass ein Flugzeug, das aus Deutschland gekommen war, nicht landen konnte, aus Sicherheitsgründen, weil man befürchtete, dass man wahrscheinlich mit Rake-

ten abgeschossen werden könnte. Und dann landete das Flugzeug. Das dauerte etwa fünf Minuten. In diesen fünf Minuten sind sieben Personen in das Flugzeug eingestiegen, und dann sind wir weitergeflogen.

Zeugin Dr. Alema Alema: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Eine kleine Bemerkung: Vor dem Tor des Flughafens waren zwei bewaffnete Talibansicherheitskräfte, die in die Luft geschossen haben, um den Menschen Angst einzujagen, damit sie den Ort verlassen. Die amerikanischen Soldaten haben die beiden Personen dann erschossen. Das war etwa im Abstand von 50 Metern von uns.

Jörg Nürnberger (SPD): Ist es richtig, dass Sie dann nach Taschkent ausgeflogen wurden und von dort aus weiter nach Deutschland?

Zeugin Dr. Alema Alema: Ja, wir sind nach Taschkent geflogen und haben dann bis 11 Uhr in der nächsten Nacht gewartet, bis der nächste Charter von Kabul gekommen ist mit 120 Leuten, und dann sind alle weiter nach Deutschland gekommen.

Jörg Nürnberger (SPD): Haben Sie sich vorher auf diese Evakuierung vorbereitet? Haben Sie Koffer gepackt? Haben Sie Sachen zusammengestellt? Oder war das dann, so wie Sie es geschildert haben, eine spontane Entscheidung, diesem Aufruf des BMZ und aus der Botschaft zu folgen?

Zeugin Dr. Alema Alema: Ja, ich habe mich nicht vorbereitet. Ich wollte Afghanistan nicht verlassen. Und ich bin auch davon ausgegangen, dass Kabul nicht erobert wird von den Taliban, weil wir irgendwie durch Sitzungen auch mitgekriegt haben, dass Afghanistan Kabul noch halten wollte. Und aus diesem Grund war ich nicht vorbereitet.

Ich habe dann diesen Koffer - - mussten wir 8 Kilo mitnehmen. Und ich konnte meine Papiere nicht einordnen. Ich habe Afghanistan mit



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

nur 8 Kilo Papier, mit einer Jacke und einer Bluse und einer Hose verlassen.

Jörg Nürnberger (SPD): Sie haben das jetzt gerade in Ihrer Aussage angeführt, dass Sie nicht davon ausgingen, dass Kabul von den Taliban erobert würde. Hatten Sie zu diesem Zeitpunkt noch den Eindruck, dass die afghanischen Sicherheitskräfte und die afghanischen Streitkräfte in der Lage waren, den Taliban Paroli zu bieten? Wir haben hier im Ausschuss bereits festgestellt, dass zum Beispiel am 6. August die erste Provinzhauptstadt gefallen ist, täglich dann weitere dazukamen, am 12. August schon 13 von 34 Städten gefallen waren, darunter auch größere Orte wie Ghazni, Herat und Kandahar. Hat man aus Ihrer innerafghanischen Perspektive wahrnehmen können, dass die Taliban innerhalb des Landes auf dem Vormarsch sind?

Zeugin Dr. Alema Alema: Ja, das war dramatisch, diese Entwicklungen in den letzten Zeiten, wie Sie auch gesagt haben, dass eine Provinz nach der anderen an die Taliban gefallen ist. Aber das eigentlich - - Wenn man zurückblickt, als der Präsident im Parlament war und sich alle geeignet haben dann, Afghanistan zu verteidigen - - Wir haben nicht gewusst, dass Kabul so schnell in die Hände der Taliban kommt. Und dann wurde auch eine Person für die Kabul-Verteidigung ernannt, zwei Tage oder drei Tage vor der Machtübernahme durch die Taliban. Und auch dieses letzte Statement von Präsident Ghani ging in die Richtung, die Menschen zu beruhigen. Und immerhin konnte die Regierung nicht glauben, dass Kabul in die Hände der Taliban fallen würde.

Jörg Nürnberger (SPD): Hatten Sie als hochrangige Vertreterin der afghanischen Regierung Kenntnisse darüber, dass Präsident Ghani die Ausreise aus Afghanistan geplant oder vorbereitet hat?

Zeugin Dr. Alema Alema: Nein, das habe ich nicht gewusst. Immer noch ist das für uns durch viele Interviews, die verschiedene Personen geben, nicht geklärt. Und auch er selber hat ein In-

terview gegeben, dass er unvorbereitet Afghanistan verlassen hat. Man weiß nicht, was passiert ist.

Jörg Nürnberger (SPD): Wann haben Sie Kenntnisse darüber erlangt, dass die US-Botschaft evakuiert wurde bzw. die Green Zone dann nicht mehr geschützt wurde?

Zeugin Dr. Alema Alema: Eigentlich - - Sie wissen selber, nach dem Doha-Abkommen haben die Taliban ihre Einsätze gegenüber den afghanischen Sicherheitskräften verstärkt; aber die haben nie Amerikaner angegriffen, weil das auch dieser Deal von Doha war, die sichere Evakuierung der amerikanischen und internationalen Truppen aus Afghanistan. Aus diesem Grund haben die nicht Leute verloren. Umgekehrt: Die Sicherheitskräfte Afghanistans haben sehr viel verloren. Aber dass die Green Zone, dass in Kabul - - In der Nacht vom 15. zum 16. - - Ich lebte in Mikrorayon. Das ist dieser russische Plattenbau. Und gegenüber ist die amerikanische Botschaft in Kabul. Und ich konnte von meinem Fenster die amerikanische Botschaft, ungefähr die Gebäude sehen. Und es gab die ganze Nacht die Schießereien. Und die Taliban haben in die Luft geschossen und Amerikaner auch. Und die ganze Nacht vom 15. auf den 16. kam Rauch oben von der amerikanischen Botschaft. Und wir sind davon ausgegangen, die haben die Akten vernichtet. Das war dieser Papierrauch und solche Sachen. Aber die Amerikaner haben dann auch am 16. die amerikanische Botschaft verlassen, die Green Zone.

Jörg Nürnberger (SPD): Haben Sie Erkenntnisse darüber, ob und wie die Taliban mit Vertretern der afghanischen Republik Kontakt aufnahmen, um sich um eine friedliche Besetzung von Kabul zu bemühen?

Zeugin Dr. Alema Alema: Als ich beim Friedensministerium war, sind ab und zu unsere Kolleginnen und Kollegen nach Doha geflogen und haben auch mit dem afghanischen Verhandlungsteam Kontakt aufgenommen. Ich habe auch gehört, dass die Taliban in Doha versuchten, ein-



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

zelne Personen zu beeinflussen und zu gewinnen. Und weil diese 21-köpfige Delegation vom afghanischen Verhandlungsteam heterogen war - die hatten auch ihre eigenen Interessen -, kann es sein, dass die Taliban mit denen auch gesprochen haben, ja. Aber dann konkret kann ich es nicht sagen, weil ich es nur gehört habe.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich möchte jetzt an dieser Stelle einen kleinen Bruch machen und Sie zu Ihrer Tätigkeit in Ihrem Ministerium befragen. Und ich darf das erste Mal mich auch auf eine MAT-Nummer beziehen, und zwar auf MAT A BMI-3.474 VS-NfD, die Blätter 83 und 84. Wenn Sie es sehen möchten: Wir können Ihnen das gerne auch vorlegen.

Zeugin Dr. Alema Alema: Ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Dadurch wird durch die deutsche Botschaft Kabul eine offizielle Bitte von Ihnen an das BMI weitergeleitet, die Rückführungen aufgrund der verstärkten Belastungen durch die Covid-Pandemie für Afghanistan auszusetzen. Sie schreiben in diesem Dokument:

“Due to the intense outbreak of the coronavirus in the Islamic Republic of Iran, every day between 10,000 and 15,000 migrants cross the Afghan-Iranian borders. From beginning of March till now, over 100,000 Afghan migrants repatriated from Iran.

Currently, the Afghan Ministry for Migration and Repatriation is heavily engaged with this influx of repatriates from Iran and has no further capacity to care for those deported by plane from the European countries and the Republic of Turkey.”

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt)

Auf Blatt 86 desselben Dokumentes schreibt aus dem BMI Herr T., ein Beamter im Stab R, Rückkehr, dass die Rückführungen auf Wunsch der af-

ghanischen Seite bis auf weiteres ausgesetzt werden. Das ist am 19. März geschehen. - Hatten Sie damit gerechnet, dass bereits einen Tag nach Ihrer Bitte darauf reagiert wurde? Und wurden die Rückführungen dann auch tatsächlich so ausgesetzt?

Zeugin Dr. Alema Alema: Ich habe diesen letzten Teil nicht so richtig - - Ich weiß von diesem Brief, ja. Aber den letzten Teil, was Sie gesagt haben - -

Jörg Nürnberger (SPD): Auf diesem Dokument - und wir können es Ihnen wirklich gerne noch vorlegen - ist dann eine Bemerkung von einem Beamten aus dem Innenministerium, der sagt: Jawohl, machen wir so, und wir stellen die Rückführungsflüge bis auf Weiteres ein.

Zeugin Dr. Alema Alema: Ja, als dieser Corona-Ausbruch war, sind überwiegend Afghanen aus dem Iran abgeschoben und viele Afghanen aus dem Iran abgeschoben worden. Und im Iran waren auch sehr viel Menschen mit Corona. Aus diesem Grund sind sehr viele gekommen. Und wir haben wirklich keine Kapazität gehabt, dann die Rückkehrer - das war auch ein Teil unserer Arbeit - zu integrieren, die entgegenzunehmen, die zu unterstützen, zu beraten. Und wir haben auch wirklich keine Kapazität gehabt, dann die Flugzeuge aus der EU und Deutschland noch zu bedienen. Und auch unser Personal war begrenzt im Ministerium.

Es waren Tage, dass ich nur mit meinen zwei, drei Kollegen im Ministerium, im Flüchtlingsministerium, war, weil ich immer noch nicht gewollt habe, dass die Menschen, die aus dem Iran kommen, keinem begegnen oder so [sic!]. Wir haben keine Kapazitäten im Ministerium. Wir haben diese Schreiben nicht nur an Deutschland geschickt, sondern auch an andere europäische Länder. Und natürlich ging diese Kommunikation durch unser Außenministerium, und die leiteten das weiter, und die haben das auch akzeptiert. Und auch aufgrund des Kapazitätsmangels und der Situation in Afghanistan habe ich diesen Brief auch verfasst, ja.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir müssten jetzt wechseln. - Das Fragerecht wechselt zu dem Kollegen Zippelius.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Danke Ihnen, Herr Vorsitzender. - Sehr geehrte Frau Dr. Alema, erst mal vielen Dank, dass Sie heute hier sind. Der Kollege Nürnberger hat gerade schon den Bereich der damaligen Evakuierung angesprochen. Auch wenn gerade ein kleiner Bruch war, möchte ich gern darauf noch mal zurückkommen und dabei mit Ihrer Staatsangehörigkeit beginnen, weil es für die Einordnung für uns sehr wichtig ist. Ist es richtig, dass Sie deutsche Staatsbürgerin sind?

Zeugin Dr. Alema Alema: Ich habe die deutsch-afghanische Staatsbürgerschaft. Ich wollte nie auf meine afghanische Staatsbürgerschaft verzichten. Ich habe auch damals die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen, als ich nach Afghanistan gehen wollte mit dem Deutschen Entwicklungsdienst 2002. Und das war auch ein Rat von einem Kollegen in der Zentrale. Der hat gesagt: Gerade sind die Taliban gestürzt worden. Wir wissen nicht, was alles passiert in Afghanistan. Aber das können wir nicht ansehen, dass wir alle evakuieren und Sie nicht. Und bitte nehmen Sie, Sie haben sowieso die afghanische.

Zur Erläuterung: Ich war in Deutschland, um zu promovieren in dieser Zeit, und durch den Bürgerkrieg konnte ich nicht zurück. Aber mein Ziel war immer, zurückzukehren. Ja, ich habe die doppelte Staatsbürgerschaft. Ich bin Afghanin und habe die afghanische und deutsche.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Danke Ihnen. - Nur - Sie hatten es gerade schon erwähnt - für unsere Einordnung: Seit 2002 dann die deutsche Staatsbürgerschaft, also die doppelte Staatsbürgerschaft?

Zeugin Dr. Alema Alema: Ja.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Seit 2002?

Zeugin Dr. Alema Alema: Ja.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Gut. - Uns geht es darum, dass Sie als deutsche Staatsbürgerin, also mit einer doppelten Staatsbürgerschaft, also auch als deutsche Staatsbürgerin, und afghanische Politikerin bei der Machtübernahme durch die Taliban besonders gefährdet waren. Der Ausschuss soll ja untersuchen, wie bei der Evakuierung auch deutscher Staatsbürger vorgegangen wurde. Deshalb möchte ich Sie an der Stelle fragen: Gab es langfristig eine Absprache zwischen Ihnen und der deutschen Botschaft oder dem Auswärtigen Amt zu der Frage, wie Sie im Ernstfall unterstützt oder evakuiert werden können?

Zeugin Dr. Alema Alema: Als ich bei der afghanischen Regierung angefangen habe zu arbeiten, 2016, war ich nicht auf der Liste der deutschen Botschaft. Ich habe auch nie daran gedacht, dass man das irgendwann braucht, auf der Liste zu sein oder so etwas. Und ich wurde auch nicht kontaktiert. Kontaktiert wurde ich, wie ich auch gesagt habe, am 14. - - am 15. August. Aber natürlich waren viele ehemalige Kolleginnen und Kollegen, die mit mir beim DED, Deutscher Entwicklungsdienst, zusammengearbeitet haben, besorgt, haben mich angerufen, haben zu mir gesagt, ich solle Afghanistan zu verlassen. Ja, das war durch Freundschaft und solche Sachen. Aber konkret von der deutschen Botschaft habe ich am 14. - - wurde ich kontaktiert und auch am 15.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Gut. - Also vor dem 14. oder 15. August ist weder die Botschaft auf Sie zugekommen noch sind Sie auf die Botschaft zugegangen, was in diesem besonderen Fall, wenn er eintreten würde, zu tun wäre?

Zeugin Dr. Alema Alema: Das war dieser Anruf, das, was ich auch gesagt habe: Ein Kollege vom BMZ hat mich kontaktiert und hat gesagt: Du musst Afghanistan verlassen. - Und er hat auch mit der deutschen Botschaft das vereinbart. Er war auch eine Weile für die deutsche Botschaft in Kabul für den Bereich Wirtschaftsförderung oder so. Und er war beim BMZ, und er hat dann Kontakt aufgenommen und danach die deutsche Botschaft.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Okay. - Ich frage das aus dem Grund, wie gesagt, weil Sie als deutsche Staatsbürgerin und afghanische Politikerin ja schon einen besonderen Status haben. Deswegen war meine Frage, ob es da vorher schon mal Gespräche gab, zum Beispiel mit der Botschaft oder anderen Institutionen, über einen Notfallplan. Habe ich das richtig verstanden, dass es so etwas im Vorfeld nicht gab, des 14. und 15. August?

Zeugin Dr. Alema Alema: Wie ich auch gesagt habe: Ich war nicht auf der Liste oder dem Verteiler. Das ist auch, kann ich sagen, das ist meine - - Viele, die eine doppelte Stadtbürgerschaft gehabt haben, waren schon auf der Liste der deutschen Botschaft. Aber ich habe dann keinen Wohnsitz in Deutschland gehabt. Ich habe auch nie an das Scheitern gedacht oder nie vorgehabt, mich auf einer Liste zu registrieren. Das, würde ich persönlich sagen, ist meine Entscheidung gewesen. Wenn ich die deutsche Botschaft gefragt hätte, hätte die mich als Verpflichtung in die Liste genommen.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Dann möchte ich mit Ihnen noch mal - Sie hatten es schon angesprochen - auf den 16. August zu sprechen kommen. Wie sind Sie denn genau zum Flughafen gekommen damals?

Zeugin Dr. Alema Alema: Als ich von der deutschen Botschaft mitgekriegt habe, dass zwei andere Afghanen auch in diesem Flugzeug sitzen oder auf der Liste sind, einmal die Frau Teichmann und einmal ein Afghane, der heißt Nassim - - Ich weiß nur den Vornamen. Und die lebten im alten Mikorayon, in der Nähe von mir. Und als die gesagt haben, die kommen auch, haben wir miteinander Kontakt aufgenommen, und wir haben uns verabredet, dass die mit dem Taxi zu mir kommen - das ist der gleiche Ort - und mit dem Taxi fahren wir zum Flughafen.

Und die sind gekommen, aber der Nassim, der Mann, wollte nicht mitfliegen. Aber Frau Teichmann und ich sind ein Stück mit dem Taxi gefahren, aber weil die Straße sehr, sehr voll war - Taliban waren auf den Straßen in Kabul, es gab

Schießereien, viele Afghanen waren auch aufgeregt auf den Straßen -, mussten wir das Taxi verlassen, weil der Taxifahrer gesagt hat: Wir können Sie nicht mitnehmen.

Und dann sind wir ein Stück gelaufen, und dann habe ich zu Frau Teichmann gesagt, dass es sehr weit ist, dieser militärische Flughafen. Wir können es nicht bis dahin schaffen, vielleicht drei Stunden bräuchten wir. Und dann habe ich ein anderes Auto angehalten - das wusste ich nicht - von einem Privaten. Und da waren drei Afghanen in diesem Auto, und die haben uns bis vor die Tür gebracht. Und dann haben wir ein bisschen bezahlt, und das war eigentlich auf unsere Privatinitiative.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Das dann nur, weil Sie gesagt haben, Sie wurden dann zum Flughafen gebracht, dass wir es genau einordnen können. Sie sind nicht im militärischen Teil des Flughafens damals angekommen.

Zeugin Dr. Alema Alema: Doch, doch.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Doch? Okay.

Zeugin Dr. Alema Alema: Doch. Das ist ein ziviler Teil und dann, wenn man weiterfährt - - Ich wusste, wo der Militärflughafen ist, und wir sind mit diesem Auto bis zum militärischen Flughafen gefahren.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Gut. - Von wem wurden Sie am Flughafen in Empfang genommen? Wer hat Sie dort empfangen?

Zeugin Dr. Alema Alema: Als wir rein waren, war Herr van Thiel da. Und er hat dort auch die ganzen Flüge und solche Sachen organisiert.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Gut. Ich danke Ihnen. - Frau Dr. Alema, Sie waren von 2020 bis 2021 Vizeministerin im afghanischen Friedensministerium und in die Entwicklung um den Friedensprozess eingebunden. Sie waren aber nicht Teil der Delegation, die in Doha mit den Taliban verhandelte. Ist das richtig?



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Dr. Alema Alema: Ich war nicht Teil dieses 21-köpfigen Delegationsteams; aber wir hatten sehr enge Kontakte mit diesem Delegationsteam, weil ich auch Sitzungen organisiert habe, auch als die persönlich in Kabul waren, mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, mit United Voice of Women for Peace, mit Kriegsoptionen, mit Journalisten, mit Parteien und solchen Sachen, diesen Plattformen, die ich gegründet habe. Dann sollten die auch jeder bedenken und ihre Vorschläge für den Friedensprozess an die Delegation geben. Aber selber war ich nicht in Doha, weil ich gewartet habe. Wir wollten die Kriegsoption zu den Verhandlungen in Doha bringen, wenn wir richtige Verhandlungen haben. Wir hatten gehofft, dass das beginnt. Wir wollten auch die Vorschläge von Frauen für die Errungenschaften der 20 Jahre und auch viele Richter, die besorgt waren - - Weil viele Frauen wussten, dass die Taliban sich nicht geändert haben und sie die Taliban erlebt haben. Und dann wollten wir mindestens den Artikel 22 des Grundgesetzes beibehalten, dass Mann und Frau gleichberechtigt sind und solche Sachen.

Aber ich war 2018 Teil dieser anderen Delegation, die auf der ... (akustisch unverständlich) Konferenz* vorgestellt wurde von Präsident Ghani, der Friedens-Roadmap und der zwölfköpfigen Delegation von Regierungsmitgliedern. Wir waren vier Tage in Abu Dhabi. Die Taliban waren auch in Abu Dhabi. Aber wir waren nicht im gleichen Hotel, in unterschiedlichen. Khalilzad hat gesagt, es kommt zu Verhandlungen. Aber es ist dazu nicht gekommen. Wenn ich zurückdenke, waren einmal diese Interessen von Abu Dhabi, also von den Politikern oder der Regierung und der Kataris in Widerspruch, weil die Taliban aus Katar gekommen waren. Wahrscheinlich wollten die Taliban nicht und spielten auf Zeit. Aber diese zwölfköpfige Delegation war ausschließlich von der Regierungsseite.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Hatten Sie als Vizeministerin Einblicke in die Verhandlungen in Doha?

Zeugin Dr. Alema Alema: Ja, als diese Delegation und dieses Verhandlungsteam berichtet haben, natürlich. Ja.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Haben Sie als Vizeministerin auch mit der deutschen Botschaft in Kabul über die deutsche Rolle bei den Friedensverhandlungen gesprochen?

Zeugin Dr. Alema Alema: Ja. Das ist genau - - Ich weiß nicht, welcher Monat das war. In Kabul hatte die Konrad-Adenauer-Stiftung einen Stammtisch von Afghanen, die in Deutschland studiert haben oder gearbeitet haben. Monatlich einmal haben wir uns im Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung getroffen und uns ausgetauscht und manchmal einige Themen besprochen. Einmal habe ich eine PowerPoint-Präsentation gehalten. Da waren auch Leute aus der deutschen Botschaft. Einer war persönlich ab und zu da. Die sind auch zu unseren Sitzungen gekommen. Wir haben öfter mit denen gesprochen über die Situation in Afghanistan, falls die Taliban die Macht übernehmen, was passieren kann. Da wurde es genau so beschrieben, wie es heutzutage passiert ist. Wir haben schon gewarnt.

Dann war auch einmal im Mai 21, als der Botschafter bei unserem Ministerium war, der deutsche Botschafter, ich glaube, der Name ist Zeidler - - Fast eine Stunde habe ich mit ihm über diese Situation von Afghanistan, was passieren kann, falls die Taliban an die Macht kommen, geredet. Ich habe auch unsere Ängste und Besorgnisse dargelegt, fast eine Stunde lang.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Okay. - Jetzt haben gesagt, Sie haben Ihre Ängste dargelegt. Ich will darauf eingehen. Welche Erwartungen hatten Sie, welche Erwartungen hatte aber auch das Verhandlungsteam an das Auswärtige Amt für die Friedensgespräche in Doha? Haben Sie da Ihre Ansprechpartner um mehr Unterstützung gebeten? Oder welche Erwartungen hatten Sie? Was haben Sie in den Gesprächen dazu kommuniziert?

Zeugin Dr. Alema Alema: Wir haben gesagt: Nicht einfach zuschauen, dass nur Khalilzad den



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

ganzen Prozess bestimmt, Amerika den ganzen Prozess bestimmt. Was ist die Rolle der westlichen Regierungen oder Länder? Es waren 40 Länder in Afghanistan, von diesem Antiterrorereinsatz bis Schulbau, bis Demokratieförderung und auch Emanzipation der Frauen und das und jenes. Und es gab auch viele Afghanen, die sich interessiert haben, eingesetzt haben auch für die demokratischen Werte. Und jetzt kann man nicht zusehen, dass man eigentlich das alles an die Taliban gibt, und die Taliban verhandeln nur mit den Amerikanern. Was ist dann mit ihrem Einsatz für Demokratieförderung? Sie sollen es stoppen. Bitte mitmachen, mitreden, dass sie nicht zu solchen Entscheidungen kommen! Und sogar, wie ich auch gesagt habe in meinem Statement, die Amerikaner wollten nicht, dass die Wahlen 2019 stattfinden sollten. Und auch von westlichen Ländern ist keine Unterstützung für diese Wahlen gekommen, weil die Regierung gedacht hat: Wenn wir jetzt die Macht einfach an die Taliban geben - was auch vorgekommen ist -, dann muss man das auch an Bedingungen knüpfen, auch eine Übergangsregierung, die Verfassungsänderungen durch den Mechanismus, der in der Verfassung vorgesehen ist. Und es gab keine Wahl für die Übergangsregierung, nicht in dieser Art und Weise. Und dann kam dieser Druck, dass die Gefangenen, die Talibangefangenen, freigegeben sind. Das war alles Druck und auch Teil von diesem Abkommen. Dass die Afghanen nicht davon wussten, was unterschrieben wird. Und danach wussten wir, was unterschrieben ist.

Und ich weiß nicht, viele sagen, dass dieses Doha-Abkommen auch Attachments oder Anhänge hat. Keiner weiß bis jetzt: Was ist in diesen Anhängen vom Doha-Abkommen? Wir haben das nicht gelesen und nicht gesehen. Das sind auch Sachen: Wir wurden ausgeliefert. Wir sagen: Wir wurden verraten - mit einem Wort. Alle haben zugeschaut und mitgemacht.

Ich frage: Was war die Rolle von Deutschland in Doha? Das ist die Frage. Niemand kann unser Land an uns zurückgeben. Es tut mir leid.

Was die Frauen anbetrifft und auch diese Versprechungen mit dem ganzen „Aktionsplan

Afghanistan“, mit diesem Koalitionsvertrag und Versprechungen: Ortskräfte sitzen in Afghanistan. Ich habe bei der deutschen EZ gearbeitet. Die haben beim GIZ vor der Tür gestanden. Die haben Angst, weil sie bei ausländischen Leuten gearbeitet haben und dafür bezahlen müssen mit ihrem Kopf. Aber was ist mit dem Ortskräfteverfahren? Was ist mit diesen Leuten, die sich für Demokratie eingesetzt haben? Aber da hat man damals weggeschaut, und heute macht man das Gleiche. - Es tut mir leid, wenn ich so wütend bin.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir sind am Ende der Befragungszeit und wechseln zu Bündnis 90/Die Grünen. Frau Kollegin Bayram.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Frau Alema. - Ich würde gerne noch mal das Thema „Rückführungen aus Deutschland“ näher betrachten. Sie könnten mir vielleicht noch mal sagen, wie die Zusammenarbeit eigentlich mit dem Bundesinnenministerium in diesen Abschiebungsfragen aussah?

Zeugin Dr. Alema Alema: Wie ich gesagt habe: Es gab dieses Memorandum of Understanding. Und auch alle sechs Monate haben wir uns entweder in Kabul getroffen oder in Deutschland, und dann haben wir auch gesprochen manchmal - - In diesem Memorandum of Understanding gab es vier Kategorien, nach denen Leute abgeschoben werden. Erste Kategorie war, dass die nicht mitmachen, ihre Identität zu klären; zweitens, Leute, die Straftäter waren; die dritte Kategorie sollte sein, dass die Asylverfahren unbegründet abgelehnt sind und sie nicht das Recht haben, in Deutschland zu leben. Aber gleichzeitig war vorgesehen in diesem Memorandum of Understanding, dass die Frauen nicht abgeschoben werden, alleinstehende Frauen, dass man nicht eine Familie abschiebt als gesamte Familie. Es war auch vereinbart, dass man nicht Leute zurückschickt, wenn die Verfahren nicht vollständig abgeschlossen sind. Ältere Leute sollte man nicht abschieben und auch nicht Menschen, die schwer krank waren.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Einige Leute aus dem Iran und Pakistan haben sich wahrscheinlich als Afghanen ausgegeben oder so. Da waren manchmal Listen, dass es solche Personen waren. Wir waren dafür, dass jeder nach Afghanistan - - man dann diese ganzen Sachen berücksichtigt - - und abgeschoben werden - - sollen von unserer deutschen Botschaft, vom Konsulat identifiziert werden. Und dann können wir das akzeptieren. Aber gleichzeitig haben manchmal unsere Kolleginnen und Kollegen auch Anrufe und E-Mails bekommen aus Deutschland von Rechtsanwälten, von den Organisationen: Diese Person ist im Prozess, oder diese Person ist nicht der Straftäter, oder diese Person ist ungerechtfertigt abgeschoben. Dann haben wir das wieder unter die Lupe genommen und dann angeguckt. Unsere Kolleginnen und Kollegen haben auch geschrieben und Kontakt aufgenommen - -

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich verstehe. Vielen Dank. Entschuldigung, ich habe nicht so viel Zeit.

Zeugin Dr. Alema Alema: Nein, aber das ist nur ein - - Das ist auch passiert, und dann haben wir die Leute zurückgeschoben.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Also, mich würde auch noch interessieren: Wie haben Sie denn im Sommer, bis in den Sommer hinein, diese Abschiebeflüge bewertet, dass in 2021 bis in den Sommer hinein weiterhin Abschiebeflüge stattgefunden haben? Wie haben Sie das als afghanische Regierung bewertet?

Zeugin Dr. Alema Alema: Ja, das war 2017 unser Wunsch, und auch 2020 haben wir nicht akzeptiert, was gesagt wurde mit diesem Brief. 2017, als die deutsche Botschaft in Kabul angegriffen wurde, in dieser Zeit war auch diese Botschaft - -

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Entschuldigung, ich habe leider nicht so viel Zeit. Das heißt, der Untersuchungszeitraum ist ja - -

Zeugin Dr. Alema Alema: Aber was ist konkret Ihre - -

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Untersuchungszeitraum - -

Zeugin Dr. Alema Alema: Im August war geplant dieses Charterflugzeug, 14. August. Ich war nicht in diesem Ministerium. Aber dann habe ich mich geäußert vor Wieck, und auch später wurde ich eingeladen in die deutsche Botschaft, Ende Juli/Anfang August; ich kann die Zeit nicht genau sagen. Um 18 Uhr hat van Thiel mich gebeten, in die deutsche Botschaft zu gehen. Ich habe dann das auch kritisiert, dass das auch nicht zustande gekommen ist. Ich weiß, dass, als ich mit van Thiel gesprochen habe, einer Notizen gemacht hat. Ich weiß nicht, welche Person von der deutschen Botschaft das war. Einige Tage später habe ich mitgekriegt, dass das nicht passierte.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Aus den diplomatischen Korrespondenzen zu den Rückführungs- - also zu diesen Abschiebungsflügen geht hervor, dass es mehrmals, nämlich bei den Rückführungsflügen am 9. Februar, am 9. März, am 7. August, Unmut von der afghanischen Seite über die Rückführungen von Familienvätern insbesondere gab. Ich zitiere aus dem DKOR zum Rückführungsflug - MAT A AA-2.44 VS-NfD, Blatt 63 bis 64 -:

„Die Abläufe verliefen zunächst ruhig und routiniert, bis einer der Rückkehrer den MoRR-Vertreter von der Unrechtmäßigkeit seiner Rückführung überzeugte, woraufhin dieser die Einreise des Betroffenen zu verweigern drohte. Die Argumentationslinie des Rückkehrers, er hätte nicht von seiner in DEU verbliebenen Familie (Frau & Tochter) getrennt werden dürfen, traf einen wunden Punkt. Bereits nach den beiden letzten Rückführungen ... hatten die afg Behörden gegen insgesamt drei Rückführungsentscheidungen protestiert, bei denen Rückkehr von in DEU verbliebenen Kindern getrennt wurden ...“



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Haben Sie so was damals mitbekommen, und war das ein Thema bei den Nachverhandlungen zur Verlängerung des Rückführungsabkommens?

Zeugin Dr. Alema Alema: Wie ich auch gesagt habe, ich wollte nachher fragen, aber lassen wir es allgemein, nicht nur für Deutschland und auch andere Länder - - dass zuerst zum Beispiel eine Person akzeptiert, dass die Voraussetzungen erfüllt werden und zurückkommen kann. Aber dann später wurden uns durch den Rechtsanwalt oder jemanden anderen in Organisationen die Dokumente oder Akten vorgelegt. Und dann haben wir diese Entscheidungen getroffen und die Leute nicht akzeptiert und zurückgeschickt. Und das war ein Fehler, dass die vielen Botschaften sehr sauer waren auf unser Ministerium, weil die das auch kostete.

Aber in diesem Fall, ich erinnere mich dunkel, das war die Familientrennung, wie ich das weiß. Und dann, Proteste gab es immer von unserer Seite. Als Prinzip. Ich selber persönlich war nicht für Abschiebungen. Ich war reingerutscht, ich war in einem Ministerium, und dann musste ich diese Aufgaben wahrnehmen. Und auch besonders 2016 wurden in Europa sehr viele Afghanen abgeschoben. Und dann hat die afghanische Regierung dieses Memorandum of Understanding unterschrieben, um die Sache zu kontrollieren, auch nicht massenhafte Abschiebungen zuzulassen, wie auch dieser Deal Türkei und Deutschland uns Schaden gebracht hat und viele Afghanen mit Charterflugzeugen nach Afghanistan gekommen sind.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe noch mal eine Frage. Es gab ja zwei getrennte Rückführungsabkommen: eines zwischen der EU und Afghanistan und eines zwischen Deutschland und Afghanistan. Was war da eigentlich der Unterschied? Und warum haben Sie ab einem gewissen Zeitpunkt darauf bestanden, dass die Dokumente der Abzuschiebenden Ihnen schon vorher zur Verfügung gestellt werden? War das in beiden Rücknahmeabkommen, oder war das nur in dem mit Deutschland?

Zeugin Dr. Alema Alema: Nee, in beiden. Und das ist auch wichtig: Deutschland bestand darauf, unbedingt ein separates Memorandum of Understanding zu haben und 2016 auch Finnland und Schweden, glaube ich, wenn ich mich nicht täusche. Warum? Die konnten im Rahmen der EU mit gemeinsamen Charterflugzeugen Leute zurückschicken. Aber dann musste jedes Land auch Platz kriegen, weil wir nicht mehr als 50 Leute pro Charter akzeptiert haben. Und wir haben immer gesagt, dass diese normalen Fluglinien benutzt werden. Wir haben auch festgemacht im Memorandum of Understanding, dass mehr freiwillige Abschiebungen stattfinden. Deutschland wollte wahrscheinlich mehr - ich gehe davon aus - Leute mit ihren eigenen Charterflugzeugen schicken, weil mit dem - - mit EU sollte man auch nicht dann das ganze Flugzeug vollmachen. Aber niemals wurden 50 Leute abgeschoben. Höchstens waren es manchmal bis 30. Aber Deutschland bestand darauf, ein extra Memorandum of Understanding zu haben. Der Inhalt war dasselbe.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie die Frage bitte noch beantworten mit diesen Reisedokumenten? Sie haben ja verlangt, dass Ihnen das schon vorher zur Verfügung gestellt wird von den Betroffenen. Hat die deutsche Bundesregierung das gemacht, oder haben die das nicht gemacht?

Zeugin Dr. Alema Alema: Die wollten nicht, weil das auch viel Arbeit war. Und dann sollten die zu afghanischen Konsulaten oder zur Botschaft gehen und die Leute identifizieren lassen mit diesen Leuten. Und die wollten das lieber nicht. Aber für uns war das wichtig. Wir wollten keine pakistanischen und iranischen Staatsbürgerinnen und -bürger haben, -bürgerinnen nicht, -bürger, weil wir nie Frauen akzeptieren.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Jetzt wechselt das Fragerecht wieder. Bitte.

Stefan Keuter (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau Dr. Alema, ich übernehme jetzt. - Ganz herzlichen Dank, dass Sie uns heute hier



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

zur Verfügung stehen. Sie sind ja eine führende Person damals des afghanischen Staates gewesen.

Wir haben uns auf diese Sitzung vorbereitet, verschiedene Unterlagen der Ministerien hier gesichtet. Ich habe da unter anderem eine Fundstelle gefunden - für das Protokoll: MAT A AA-8.509, Blatt 22 -, wo über ein - ich zitiere - sehr vertrauensvolles Verhältnis gesprochen wurde, das die Botschaft zu Ihnen und zu Ihrem Hause hatte. Können Sie uns sagen, wie dieses sehr vertrauensvolle Verhältnis aussah? Mit wem haben Sie gesprochen, und wie haben Sie da zusammengearbeitet?

Zeugin Dr. Alema Alema: Ja, wissen Sie, wie ich auch gesagt habe: Ich habe 2002 angefangen, für die deutsche EZ zu arbeiten in Afghanistan. Ich habe von 2002 bis 2016 eigentlich für die deutsche EZ gearbeitet. Ich habe das Programm „Ziviler Friedensdienst“ in Afghanistan geleitet. Ich war Programmkoordinatorin mit 18 Friedensfachleuten.

Stefan Keuter (AfD): Das ist spannend, aber wir sind ja in diesem Untersuchungsausschuss auf den Zeitraum, Untersuchungszeitraum, festgelegt. Deshalb: Als stellvertretende Friedensministerin, mit wem haben Sie da in der Botschaft gesprochen und worüber?

Zeugin Dr. Alema Alema: Ich habe mit dem Botschafter gesprochen - habe ich vorher schon erwähnt -, ausführlich, im Mai. Ich habe mit einer Frau - ich habe kein gutes Namensgedächtnis - Elisabeth sehr vertraulich zusammengearbeitet. Ich war auch während meines Einsatzes als EZ-Mitarbeiterin oder so für deutsche EZ, als auch Delegationen aus Deutschland da waren, immer dabei, als ich bei deutscher EZ gearbeitet habe, und sogar Frau Wiczorek-Zeul und alle haben das miterlebt, und auch andere Minister.

Und als ich in der Regierung war, war ich, weil ich in Deutschland studiert habe, immer zu jedem - wie sagt man? - Delegationsbesuch auch im Palast. Und der Präsident hat auch Leute eingeladen, die in Deutschland studiert haben, diesen Bezug zu Deutschland. Aber eigentlich habe ich

keine Probleme mit der deutschen Botschaft gehabt, und Freundschaft war schon da mit allen. Ich kann nicht persönlich sagen, mit wem ich eng verbunden war und mit wem nicht. Ich habe im Rahmen meiner Arbeit mit denen zusammengearbeitet.

Stefan Keuter (AfD): Verstanden. Vielen Dank. - Ich würde gerne mit Ihnen noch über das Friedensministerium sprechen. Das sollte ja als „Sekretariat des HCNR“, also des High Council for National Reconciliation, fungieren. So ist das nachzulesen beispielsweise in Fundstelle MAT A AA-4.28, Blatt 56. Ferner war ja auch geplant, für das Verhandlungsteam eine „Sekretariatsfunktion“, so wie es da hieß, einzunehmen - so nachzulesen in MAT A AA-8.456, Blatt 11. Was die genaue Funktion und Zuständigkeit des Friedensministeriums war, konnte ich anhand der Unterlagen nicht so ganz genau herausfinden.

Ich bin da auf eine andere Fundstelle getroffen - MAT A AA-8.481, Blatt 5 -, wo es heißt - Zitat Anfang -:

„Die Rolle des Friedensministeriums bleibt unklar. **Eine enge Abstimmung und Aufgabenteilung zwischen Palast, Außen- und Friedensministerium mit dem HCNR bzw. seinem Vorsitzenden**“

- also Abdullah Abdullah -

„**findet nicht statt** und die Gefahr besteht, dass sich Parallelstrukturen bilden.“

Zitat Ende. - Das kommt aus einem Drahtbericht.

Und meine Frage ist: Können Sie uns weiter erhellen, was genau die Aufgaben hier waren? Und bestand tatsächlich die Gefahr, dass sich hier Parallelstrukturen etablieren könnten, oder ist dies passiert?

Zeugin Dr. Alema Alema: Okay. - Das Friedensministerium wurde 2019 während der Friedens-Loya-Jirga gegründet, und das Friedensministe-



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

rium sollte alle Aufgaben bezüglich dieses Friedensprozesses leiten. Diese Aufgabe hat es gehabt. Und nach den Wahlen dann, als es diese ganzen Auseinandersetzungen zwischen Dr. Abdullah und Präsident Ghani gab, hat man sich geeinigt, diesen Hohen Friedensrat zu gründen, ein Jahr später. Das war natürlich eine Parallelstruktur, muss man ehrlich sagen; aber das war auch meine Kritik.

Das Sekretariat für die Friedensverhandlungen und auch für den Hohen Friedensrat hat das Friedensministerium gehabt. Aus diesem Grund sollten wir, unser Ministerium, als Sitzungen stattgefunden haben, alles organisieren, Protokolle schreiben und einladen, diese ganzen Sachen, Berichte schreiben. Aber zu dieser Zeit, weil das Friedensministerium schon längst etabliert war mit verschiedenen Abteilungen, hat der Hohe Friedensrat angefangen, für das Gleiche Abteilungen zu gründen. Und ich habe selber in einem Gespräch mit Dr. Abdullah gesagt: Wozu? Solche Abteilungen gibt es im Friedensministerium. Und man soll keine parallelen Strukturen schaffen, man soll gemeinsam arbeiten, was besteht, und dann soll man das in Dienst nehmen. - Bis zum Ende war das nicht aufgeklärt.

Stefan Keuter (AfD): Das habe ich verstanden. Uns läuft leider ein bisschen die Zeit davon. - Ich habe eine Nachfrage noch, und zwar zu der Fundstelle MAT A AA-8.455, Blatt 8. Das ist eine Nachricht, eine E-Mail, von einer Mitarbeiterin der Botschaft in Kabul, verschickt am 5. April 2020. Da heißt es - Zitat Anfang -:

„SMOP“

- also State Ministry for Peace -

„möchte u.a. teure Reisen ins Ausland und horrendes Honorare für Experten.“

Zitat Ende. - Dazu meine Fragen: Wie darf ich diesen Hinweis der Botschaftsmitarbeiterin verstehen? Haben Sie oder Ihre Kollegen an die deutsche Botschaft Kostenübernahmebitten gewandt, bzw. was ist daraus geworden? Sind

solche Maßnahmen hier bezahlt worden und, wenn ja, welche?

Zeugin Dr. Alema Alema: Zumindest von meiner Abteilung nicht.

Stefan Keuter (AfD): Okay.

Zeugin Dr. Alema Alema: Wir haben einmal einen Experten afghanischer Herkunft gehabt, und er sollte mit dieser Frauengruppe einen Workshop machen. Das hat die GIZ übernommen. In der ganzen Zeit, als ich dort im Friedensministerium gearbeitet habe, nur das. Vielleicht gab es so was von anderen Abteilungen, weil wir hatten im Ministerium vier Deputy Minister gehabt.

Stefan Keuter (AfD): Okay, verstanden. - Ich würde Sie gerne weiter dazu befragen, aber die Zeit ist leider vorbei. Wir machen in der nächsten Runde weiter. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir machen jetzt mit der FDP weiter. Frau Kollegin.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Schönen guten Tag, Frau Alema! Vielen Dank, dass Sie heute da sind. Sie haben vorher, in Ihrem Eingangsstatement, ja auch einiges über den Friedensprozess gesagt und wie Sie den auch selber wahrgenommen haben. Mich würde interessieren - dadurch, dass Sie ja auch viel Kontakt zu deutschen Organisationen oder auch Behörden hatten, als Sie in Kabul waren -: Wie haben Sie denn die Einschätzung Deutschlands gegenüber dem Friedensprozess wahrgenommen? Welche Bedeutung haben die Deutschen dem Friedensprozess beigemessen, Ihrer Einschätzung damals nach?

Zeugin Dr. Alema Alema: Das ist meine Einschätzung: Ich habe dies sozusagen so wahrgenommen - das kann ich nicht festlegen -, dass Herr Potzel eine andere Rolle spielen sollte. Das war der Vertreter Deutschlands beim Doha-Prozess. Es ist so ein Eindruck gekommen, dass er pro Khalilzad war. Das ist nicht eine feste - - und



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

kann ich nicht behaupten; aber es ist so wahrgenommen worden. Aber das ist die - -

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Entschuldigung. Ich meine jetzt nicht die Doha-Verhandlungen, sondern den Friedensprozess, der in Doha ausgehandelt wurde, dass der stattfinden soll. Welche Relevanz hat Deutschland diesem Friedensprozess beigemessen? Wie viele Ressourcen hat man von deutscher Seite beigetragen, damit dieser Friedensprozess läuft, dass der zu einem Erfolg kommt? Was war da Ihre Wahrnehmung damals davon?

Zeugin Dr. Alema Alema: Die haben auch eine Organisation - das ist die Berghof Foundation - beauftragt. Und die waren in Doha, sollten technisches Geschick oder Know-how oder Tools den Taliban und auch der afghanischen Delegation beibringen und eine Art Schulung geben. Das ist von deutscher Seite, auch diese Anwesenheit von Markus. Aber ob das etwas Spürbares gebracht hat, haben wir nicht gesehen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Können Sie vielleicht noch mal die Rolle der Berghof Stiftung aus Ihrer Sicht darstellen, was die gemacht haben? Sie haben gerade gesagt: Schulungen. Wie haben Sie die denn wahrgenommen?

Zeugin Dr. Alema Alema: Ich habe selber persönlich nicht in Doha gesehen, was die gemacht haben oder so, weil ich nie in Doha war. Aber ich habe die zweimal in der deutschen Botschaft gesehen, bei inoffiziellen Treffen und an einem Abend oder so. Die waren ein bisschen vorsichtig, mit uns als Regierungsleuten zu sprechen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Und haben Sie die Berghof Stiftung als staatlichen Akteur oder als privaten Akteur wahrgenommen? Also war das sozusagen Deutschland, oder wer war das?

Zeugin Dr. Alema Alema: Das ist eigentlich eine nichtstaatliche; aber finanziert wurde sie - davon gehe ich aus - von der deutschen Regierung. Weiß ich nicht, kann ich nicht sagen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Haben Sie sonst noch ein Bild davon gehabt, wie viele Ressourcen und Bemühungen die deutsche Seite in den Friedensprozess eingesteckt hat?

Zeugin Dr. Alema Alema: Ich habe das nicht in Erinnerung.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay. - Dann möchte ich noch mal auf das zurückgehen: Der Herr Kollege Zippelius hatte Sie ja vorher auch gefragt, was Ihre Einschätzung damals war, wie sich die Lage in Afghanistan entwickeln würde. Und Sie hatten vorher auch von Ihrem Gespräch mit Botschafter Zeidler gesprochen, wo Sie ihm praktisch Ihre Sorgen geschildert haben. Können Sie vielleicht noch mal sagen, mit welchen Entwicklungen in Afghanistan Sie gerechnet haben nach dem Doha-Abkommen, also als das Doha-Abkommen geschlossen wurde? Was war Ihre Vorstellung damals, wie sich die Situation entwickeln würde?

Zeugin Dr. Alema Alema: Wie ich auch gesagt habe, wurde immer weiter und weiter versucht, am Verhandlungstisch - - Die afghanische Regierung wollte mitbestimmen, diesen Prozess retten. Wie ich auch gesagt habe: Ursprünglich sollte dieser Prozess „Afghan-led, Afghan-owned“ bleiben. Aber als diese Sitzungen stattgefunden haben, haben wir immer, immer gehofft, dass dieser Kurs korrigiert wird, dass es zu einer Verhandlung kommt, dass die beiden Verhandlungsteams sich einigen, für die Zukunft Afghanistans gemeinsam. Und wir sind davon ausgegangen: Vielleicht kann am Ende eine Regierung zustande kommen, eine Art Übergangsregierung, an der beide Seiten beteiligt sind, und dass dann - wie vorgesehen war von Präsident Ghani - der Mechanismus, der im Grundgesetz dargestellt war, nicht abgeschafft wird, aber verändert wird. Und dann war auch unser Ziel, Kapitel 2 des Grundgesetzes beizubehalten. Da ging es um die Rechte der Bürger - - und dass auch, was Frauen anbetrifft, in diesem Artikel verankert ist.

Wir sind auch davon ausgegangen, dass es irgendwann zu einer legitimen Regierung kommt, auch durch Wahlen, und dass jeder sich zur



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wahl stellen kann: Taliban, Leute von anderen Parteien, diese und jene. Aber so eine Situation, die heutzutage ist, dieses Worst-Case-Szenario, haben wir uns nie vorgestellt. Aus diesem Grund haben wir nie aufgegeben. Als die Freilassung von 5 000 Talibangefangenen war und die afghanische Delegation war dort, die Bemühungen waren da - - Aber das andere Signal, dass die Amerikaner grünes Licht gegeben haben, hat alles zunichtegemacht. Aber unser Wunsch war, dass Afghanistan nach 40 Jahren verdient hat, dass die Zukunft von Afghanistan auf demokratischer Basis bestimmt wird und eine legitime Regierung an die Macht kommt, vielleicht dass auch eine Übergangsregierung kommt, wie es 2002 dazu gekommen ist, und man dann den Kurs wieder korrigieren kann.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Hatten Sie diese Vorstellung, als die Abzugsentscheidung von Biden im April 21 kam, auch noch, dass es eine Übergangsregierung geben könnte? Oder was war da Ihr Bild, wie sich die Situation weiterentwickeln würde?

Zeugin Dr. Alema Alema: Als am 7. März dieser Brief von Blinken kam, haben viele Alternativvorschläge geschrieben, auf Initiative unseres Friedensministeriums: Frauengruppen, Parteien, Zivilgesellschaft. Und alles haben wir dokumentiert und an den Präsidentenpalast geschickt. Und dann war auch im April diese Konferenz in Istanbul vorgesehen - das war ungefähr eine Bonn-II-Konferenz, kann man so sagen -, auch mit einer Übergangsregierung. Schon während der Vorbereitung der Istanbul-Konferenz war Präsident Ghani bereit, zurückzutreten, und dann sollte eine Übergangsregierung an die Macht kommen. Und als diese Vorbereitungen stattgefunden haben - das war in unserem Ministerium -, sind alle Botschafterinnen und Botschafter gekommen, auch die türkischen Botschafter. Und wir alle haben gedacht und gehofft: Das ist die letzte Chance, dass wir durch diese Istanbul-Konferenz Afghanistan retten können. Aber trotzdem ist es zum Scheitern verurteilt.

Das ist meine Frage: Wenn 20 Organisationen und vor allem westliche Regierungen diese Konferenz durchlaufen lassen wollten, warum sind sie nicht hart geblieben? Warum haben sie zugelassen, dass es scheitert? Immer noch - bis zur letzten Minute - haben wir Hoffnung gehabt. Das kann man nicht einfach aufgeben. Weil dieses Land und dieses Volk haben gelitten unter dem Bürgerkrieg und auch der Situation. Wir haben die Taliban einmal und zum zweiten Mal erlebt.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir sind am Ende dieser Runde, eröffnen die nächste. - Es geht wieder los mit der SPD-Fraktion. Herr Kollege Nürnberger.

Jörg Nürnberger (SPD): Um das weiterzuführen, was die Kollegin Jurisch gerade gefragt hat: Sie haben jetzt sehr eindrücklich dargestellt, dass Sie bis zum letzten Augenblick sich bemüht haben, die Situation in Afghanistan zum Guten zu wenden. Aber als wie ernsthaft haben Sie denn die Bemühungen, die Verhandlungspositionen der Taliban erkannt? Als wie ernsthaft haben Sie diese Positionen der Taliban bewertet, tatsächlich sich in Verhandlungen zu begeben? Weil Sie haben vorhin in Ihrer Aussage beschrieben, dass drei Monate lang nur über Verfahrensregeln diskutiert wurde und Sie keinen Fortschritt gesehen haben. Als wie ernsthaft bewerten Sie die Bemühungen der Taliban, sich diesen Verhandlungen zu stellen und positive Ergebnisse zu erzielen?

Zeugin Dr. Alema Alema: Trotz allem: Wenn ich gesagt habe - - Am 29. Februar wurde das Doha-Abkommen unterzeichnet. Aber Afghanistan hat gehofft, dass die Biden-Administration ein Review macht und es zu einem Dreiparteienabkommen kommt, dass an einem Review dieses Abkommens auch die afghanische Regierung beteiligt wird. Im Palast lag sehr viel Hoffnung auf der Biden-Administration. Das ist auch nicht zustande gekommen.

Dann gab es diesen Bericht von unserem Verhandlungsteam, das gesagt hat: Es gibt schon Signale, dass die Verhandlungen stattfinden. -



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Wahrscheinlich waren wir alle naiv, dass die Taliban auf Zeit spielen wollten, dass die Truppen abgezogen werden. Wir waren naiv und haben nicht berücksichtigt, dass die Amerikaner die Unterstützung für die Soldaten nicht nur reduziert haben, sondern die Flugzeuge nicht repariert und sich bei den ganzen Technikthemen zurückgezogen haben, obwohl sie das Personal nicht in Afghanistan lassen wollten. Sie haben am 29. Februar in Kabul auch etwas unterzeichnet. Jetzt, später, sage ich, dass das ein symbolischer Akt war, diese Declaration zwischen Afghanistan und den USA. Und sie haben auch Versprechungen an die Regierung gegeben.

Als ich im Palast war und Präsident Ghani seine Reise nach Amerika sehr positiv bewertet hat, haben wir gedacht: Es gibt doch Chancen für die Regierung. - Als sie diese ganzen Soldaten abgezogen haben und die afghanische Armee keine Munition gehabt hat und solche Sachen, das nimmt man alles erst später wahr. In dieser Zeit versucht man, alles zu tun, um etwas zu retten.

Jörg Nürnberger (SPD): Daran schließt sich gleich meine nächste Frage an, weil Sie haben ja schon angedeutet, dass man seine eigenen Bemühungen in eine Beziehung zur Entwicklung der tatsächlichen Lage setzen muss. Wie haben Sie denn die Entwicklung der Sicherheitslage und des Einflusses der Taliban in Afghanistan im Laufe der Jahre von 2020 bis 2021 wahrgenommen? Hatten Sie Kenntnisse davon, dass der Einfluss der Taliban in der Fläche Afghanistans stetig zunimmt, oder hatten Sie darüber keine Informationen?

Zeugin Dr. Alema Alema: Ja, aber das ist so: Einmal sozusagen waren die Taliban nicht mehr als ungefähr 70 000 Leute, und sie waren vor allem in Distrikten und Provinzen und so, in einigen Provinzen und auch Städten. Bis zu der letzten Zeit, als es zum Sturz der Regierung kam, haben die Taliban nie die Hauptstadt einer Provinz in der Hand gehabt. Aber ich habe auch mit Afghanen zu tun gehabt auf Provinzebene, die gesagt haben: Wir unterstützen die Taliban nicht, aber die zwingen uns, die verlangen von uns Essen, die verlangen von uns, dass wir ihre Wäsche waschen und solche Sachen. - Die haben Angst

gehabt. Viele haben die Taliban aus Angst unterstützt. Das bedeutet nicht, dass die Taliban dort schon unter der Bevölkerung sehr Fuß gefasst haben.

Natürlich hat man es auch 20 Jahre lang versäumt, auf Provinz- und Dorfebene die Bedürfnisse der Bevölkerung zu erfüllen. Armut herrschte, Rückständigkeit; Schulen gab es nicht. Vieles auch durch die Angriffe der Taliban, und dann ist die Zentralregierung nicht dazu gekommen. Aber es waren auch Zeiten, in denen man versucht hat, durch das NSP, das National Solidarity Programme, in die Dorfebene zu kommen. Aber in der letzten Zeit waren durch die Sicherheitslage, die die Taliban verursacht haben, viele Entwicklungen auf der ländlichen Ebene und der Provinzebene nicht möglich. Aber dass die Taliban von der Bevölkerung Afghanistans akzeptiert werden, das finde ich ein bisschen merkwürdig. Viele sagen das. Und viele sagen auch: Das ist eine Stammesgesellschaft, und die haben so gelebt. - Und wenn man auch über die Frauengleichheit spricht: Da waren sowieso patriarchalische Strukturen. - Ja, es waren patriarchalische Strukturen, und wir haben versucht, dagegen zu kämpfen. In vielen Ländern gab es patriarchalische Strukturen. Und dann kann man nicht sagen: Wir lassen das so, weil es patriarchalische Strukturen waren.

Es gab schon Fortschritte durch solche Programme; aber durch diese Unruhe ist man nicht dazu gekommen. Aber dass die Taliban große Bereiche Afghanistans hinter sich gehabt haben, das stimmt nicht.

Jörg Nürnberger (SPD): Das war ja, glaube ich, auch gar nicht mein Statement. - Lassen Sie mich noch eine Frage daran anschließen, bevor ich dann wieder zu den Rückführungen komme. Wie groß und wie sicher war denn die Möglichkeit von afghanischen Regierungsinstitutionen, tatsächlich auch in die abgelegenen Provinzen in Afghanistan hineinzuwirken? Wir haben ja hier in Europa immer so die Vorstellung, dass ich, wenn ich eine staatliche Organisation habe, wenn ich einen Staatsaufbau habe, jeden Punkt in meinem Staatsgebiet tatsächlich mit meiner



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

eigenen staatlichen Verwaltung abdecken kann. Es würde mich von Ihnen interessieren: Wie waren denn die Einflussmöglichkeiten eines Ministeriums und der nachgeordneten Behörden in den Gebieten, die außerhalb der Stadt Kabul waren?

Zeugin Dr. Alema Alema: Es waren auf der Provinzebene auch solche Strukturen, die es auch in normalen Situationen oder normalen Regierungen gibt. Das ist genauso. Das waren staatliche Institutionen, auch nichtstaatliche Organisationen. Sie haben sehr viel geleistet; aber das war bedingt durch die Bombenanschläge der Taliban, diese Guerillakriege und das und jenes, dass man nicht alles idealerweise in normaler Situation erreichen kann. Man kann Deutschland auch nicht mit Afghanistan vergleichen, auf keinen Fall.

Eines will ich auch zugeben: Im Laufe dieser 20 Jahre haben wir eine Paradoxität, paradoxe Verhältnisse in Afghanistan. Von vornherein, von der Bonn-Konferenz an, ist vielleicht etwas schiefgelaufen. Man hat Afghanistan an die ehemaligen Dschihadisten gegeben. Und dann - Sie haben es bestimmt auch mitgekriegt - waren im Parlament Technokraten, Demokraten, auch Warlords. Und 2007 haben die Warlords im Parlament sich selber amnestiert und ein Amnestiedekret herausgegeben.

In dieser Paradoxität wurde trotzdem versucht, Institutionen zu etablieren, und das auch mit Frauen. Wir haben eine eigene Staatsanwaltschaft gegründet. Wir haben Gesetze zugunsten der Frauen verabschiedet. Wir haben versucht, durch ein Quota-System oder positive Diskriminierung Frauen im Parlament zu haben, die das Sagen haben. Es wurde auch 2020 der Hohe Frauenrat gegründet. Es gab all diese Errungenschaften. Genauso hat man auch versucht, das auf der Provinzebene zu etablieren.

Und man sollte auch nicht vergessen: In Helmand - vielleicht für Sie: das ist eine Provinz, die sehr rückständig und auch konservativ ist - haben die ersten Friedensbewegungen Frauen initiiert. Und die sind von Helmand nach Kabul gekommen. Es gab auch Friedensinitiativen, die

durch die ganzen Provinzen gelaufen sind. Und die Bevölkerung stand an der Seite der Regierung, um diese Initiativen zu unterstützen.

Wir haben 34 Provinzen in Afghanistan. Alle haben in Kabul das Kriegsoferkomitee gegründet. Die haben ihr Gremium gewählt, demokratisch gewählt. Aber das bedeutet nicht, dass man es nicht gemacht hat. Man hat viele Strukturen aufgebaut; aber es wurde auch verändert durch Warlords, andere Strukturen und auch Machtkämpfe.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. - Ich würde jetzt gern noch mal zurückgehen auf die Fragen der Rückführungsflüge. Wir haben vorhin, bei meiner ersten Runde, das Datum 18. März 2020 diskutiert, wo Sie auf das BMI darauf hingewirkt haben, Flüge einzustellen, und das auch tatsächlich am gleichen Tag oder am darauffolgenden Tag erfolgt ist.

Jetzt geht aus MAT A BMI-3.304 VS-NfD, Blätter 16 und 17 hervor, dass es dort einen Personalwechsel gegeben hat - da ist jetzt nicht mehr der Herr T. zuständig, sondern ein Herr B. -, dass dieser zuversichtlich sei, in der Pandemie die Rückführungen doch wieder aufnehmen zu können. Sie haben ihm dann am selben Tag - auf Blatt 11 bis 12 - geantwortet und bitten, aufgrund der rasant ansteigenden Zahl der Infizierten in Afghanistan - „Afghanistan hat den Höhepunkt der Pandemie noch nicht erreicht“ - noch keine Rückkehrmaßnahmen zu planen.

Um sich auf eine Wiederaufnahme der Rückführungen zu einigen, kommt es zu einem Treffen in digitaler Form am 13. Juli, also noch einen Monat später - MAT A BMI-3.304 VS-NfD, Blatt 86 -, mit Vertretern des BMI, des Auswärtigen Amtes, der Botschaft Kabul, des BMZ und des Zentrums zur Unterstützung der Rückkehr und Ihnen. Können Sie sich an dieses Treffen vom 13. Juli noch erinnern?

Zeugin Dr. Alema Alema: 13. Juli welchen Jahres, bitte?

Jörg Nürnberger (SPD): 2020.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Dr. Alema Alema: Im Juli 2020 war ich noch in diesem Ministerium, ja. Und dann fand auch diese Sitzung wie eine normale Sitzung statt. Aber an das Protokoll erinnere ich mich nicht. Ich bin so rausgekommen, ich habe auch keine Akten gehabt, um mich vorzubereiten, und Sie haben schon die Akten in der Hand. Aber ich habe die aus meinem Ministerium nicht.

Jörg Nürnberger (SPD): Deswegen möchte ich auch schnell aus diesen Akten noch zitieren. Das BMI hat dort auf Blatt 89 darauf hingewiesen, dass „auch ... eine Erhöhung der finanziellen Unterstützung im Rahmen der bestehenden Programme für eine freiwillige Rückkehr“ erfolgt sei. Wie haben Sie das Anliegen des BMI einer Wiederaufnahme der Rückkehrmaßnahmen wahrgenommen, und zwar in diesem Zeitpunkt Juli 2020?

Zeugin Dr. Alema Alema: Das war so: Wir haben gesagt, dass sie nicht diese Zwangsabschiebungen machen sollen. Und dann haben sie auch versucht, es freiwillig zu organisieren. Aber letztendlich haben die, die hier waren, keine andere Chance gehabt. Entweder wurden die abgeschoben, mit Zwang abgeschoben, oder die hatten eine Chance, Unterstützung zu bekommen. Man hat gesagt: Pro Person - freiwillig - sollte man 3 000, wie ich dunkel in Erinnerung habe, bekommen. Aber dieses Geld musste direkt durch Organisationen wie IOM passieren, und damit haben wir nicht zu tun gehabt. Aber wir haben in diesen Sitzungen immer darauf hingewiesen, dass so etwas, Zwangsevakuierungen meine ich, nicht stattfinden soll.

Aber ich habe auch nicht richtig verstanden: Was steht in diesem Protokoll? Ob wir zugestimmt haben, oder was?

Jörg Nürnberger (SPD): Da wäre ich jetzt gerade beim nächsten Punkt draufgekommen, weil auf Blatt 96 desselben Dokuments - - Und wenn Sie es sehen wollen: Wir können es Ihnen vorlegen.

(RAn Susanne Giesler: Ja, das wäre ganz nett! Es wäre gut, wenn wir das hätten!)

Zeugin Dr. Alema Alema: Ja, gerne. - Aber ich möchte gerne wissen: Was ist Ihre Frage diesbezüglich?

Jörg Nürnberger (SPD): Die Frage, die ich Ihnen jetzt stellen werde, lautet, dass auf diesem Blatt 96 des Dokuments steht, dass Sie, Frau Alema, der Vertragsverlängerung der bestehenden Reintegrationsprojekte im Rahmen der „Perspektive Heimat“ nicht zustimmen, mit IOM als durchführender Organisation. Da hätte mich interessiert, aus welchem Grund das der Fall war.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Ihr
Rechtsbeistand nimmt
Einblick)

Zeugin Dr. Alema Alema: Aus welchem Grund wir nicht zugestimmt haben?

(Abg. Jörg Nürnberger
(SPD) nickt)

- Ja, okay. - Jetzt kommt ein Punkt, was die Organisationen anbetrifft: Es gab in Afghanistan einige Organisationen, die im Bereich Migration tätig waren, wie IOM, UNHCR und auch andere. Und es gab von Regierungsseite unter der - wie sagt man? - Leitung des Außenministeriums eine Initiative, vom Präsidenten vorgeschlagen, dass die Leitung das Ministerium, Außenministerium, hatte, ein Deputy Minister - - dass diese „One UN“ existiert, unter diesem Motto. Dann wurde von diesen Organisationen verlangt, dass sie ihr Budget vorlegen, ihre Ausgaben und solche Sachen. Dann ist, bis zum Ende, als ich beim Ministerium war, nie von diesem „One UN“ ein Konzept gekommen.

Der Verdacht war, dass viele Organisationen - ob afghanisch oder international, aber in diesem Sinne international - sehr viele Gelder für ihre eigenen Bedarfe ausgegeben haben: für gepanzerte Autos, für - wie sagt man? - diese R&R und solche Sachen. Die Regierung wollte einen Überblick haben über diese Finanzen, Ausgaben oder so. Wahrscheinlich in diesem Zusammenhang war irgendetwas, das ich - - Aber das ist, weil wir nicht direkt überprüfen konnten, ob diese Leute



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

ihre Gelder von IOM kriegen oder nicht. Es gab auch bei unseren Kolleginnen und Kollegen Beschwerden, bei der Rechtsabteilung. Es kann sein, dass ich in diesem Zusammenhang etwas abgelehnt habe oder so. Aber genau erinnere ich mich nicht. Das ist lange Zeit her.

Jörg Nürnberger (SPD): Ist es denn dann richtig, dass im Laufe des Sommers 2020 die Rückführungen für bestimmte Zeiträume von August bis Oktober dann doch abgesagt wurden? Zuerst hat man versucht, Rückführungen wiederaufzunehmen; aber es wurden dann von August bis Oktober doch keine Rückführungen durchgeführt. Ist das richtig?

Zeugin Dr. Alema Alema: Ja, das war situationsabhängig. Und ich sage noch eins - ich gehe davon aus, dass es 2020 war -: Wir hatten die Mitgliedstaaten der EU in Kabul, dann sollten wir die Sitzung in EU-Räumlichkeiten machen, und dann gab es auch diese Art der Diskussion: Afghanistan ist sicher. Afghanistan ist nicht sicher. - Wir haben gesagt: „Es ist nicht unsicher [sic!]“, wegen der Abschiebungen. In diesem Moment ist eine Bombe hochgegangen, und dann war Alarm, und alle mussten in den Keller bis zum Abend, auch die EU-Delegationen. Dann habe ich gesagt: Ist Afghanistan so sicher, ist Kabul so sicher, dass Sie Leute abschieben können? - Meine Kritik war immer offen. Auch auf der Geneva-Konferenz habe ich bei diesem „People on the Move“ darüber gesprochen, dass Afghanistan nicht sicher ist und man nicht nach Afghanistan abschieben kann laut dieser Konvention von 1951.

Es ist oder war situationsabhängig, und auch Zwang war immer da. Wir haben es nicht leicht gehabt. Ich habe von Anfang an gesagt - - Die haben gesagt: Ihr habt ein Memorandum of Understanding unterschrieben. - Ich musste das. Sie mussten das auch - - Wenn ich jetzt auch die Gelegenheiten - - Es gab auch einige Botschaften, die unsere Kolleginnen und Kollegen im Flughafen unter Druck gesetzt haben, Rückkehrer zu akzeptieren. Ich habe auch mit einem Botschafter aus dem europäischen Raum gesprochen: Sie dürfen nicht unsere Kolleg/-innen im Flughafen

unter Druck setzen. Und wenn Sie Beschwerden haben, dann kommen Sie zu uns. - Dann hat er zu meinen Kolleginnen und Kollegen gesagt: Wir gehen zum Präsidenten und beschweren uns. - Das waren solche Sachen.

Ich habe in dieser Zeit auch von europäischen Ländern Schlechtes in Erinnerung. Ich war eineinhalb Tage in Norwegen und eineinhalb Tage in Dänemark. Die wollten minderjährige, allein-stehende Kinder nach Afghanistan abschieben und noch ein Zentrum in Afghanistan abbauen. Ich habe abgesagt, weil das nicht menschlich war, und ich wollte nicht die Verantwortung für diese Kinder in Afghanistan übernehmen. Die haben mir gesagt: Okay, als Nächstes gehen wir zu Präsident Ghani. - Da habe ich gesagt: Bitte schön. Aber ich kann das nicht auf meine Schultern nehmen.

Solche Sachen gab es in diesen vier Jahren. Ehrlich, das war ein Kampf mit den europäischen Partnern, den wir durchgemacht haben.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Jetzt sind wir eigentlich schon ein Stückchen drüber durch die längere Antwort.

Jörg Nürnberger (SPD): Es wäre die allerletzte Frage, die ich stellen möchte.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann lasse ich sie zu.

Jörg Nürnberger (SPD): Danke für die Möglichkeit. - Nur für mein Verständnis: Wir haben immer wieder von deutschen Zeuginnen und Zeugen gehört, dass die Coronasituation in Afghanistan ihre Handlungsfähigkeit sehr beeinträchtigt hat.

(Dolmetscher 2: Ein bisschen lauter reden, bitte!)

Zeugin Dr. Alema Alema: Ich kann nicht sehen, wer spricht, weil da das Licht gegenüber ist.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Es fragt immer noch der Kollege.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Jörg Nürnberger (SPD): Ach so. - Ich habe noch eine letzte Frage.

(Die Zeugin berät sich mit
ihrem Rechtsbeistand)

Zeugin Dr. Alema Alema: Ja, okay.

Jörg Nürnberger (SPD): Also, wenn Sie mich einigermaßen sehen können, versuche ich es auch laut und deutlich, so wie es meine Stimme zulässt. - Wir haben hier immer wieder von deutschen Zeugen gehört, dass die Handlungsfähigkeit deutscher Organe auch in Afghanistan wegen der Coronapandemie sehr eingeschränkt war. Wie hat sich denn die Situation in Afghanistan für die afghanische Bevölkerung dargestellt zu den Hochzeiten in dieser Pandemie? Wie war das Leben in Afghanistan zur Zeit, als die Pandemie auf dem Höhepunkt war?

Zeugin Dr. Alema Alema: Wie ich gesagt habe, war es so, dass die erste Coronapandemie auch 20- - dass das auch in Afghanistan - - Man sagte: Durch diese Abschiebungen aus dem Iran ist auch sehr viel gekommen. Wir haben auch versucht - - Iran hat dann immer noch Leute abgeschoben. Wir haben mit der iranischen Regierung gesprochen, dass die nicht Afghanen abschieben. Wir haben einen Aktionsplan erarbeitet und auch die Aufgaben jedes einzelnen Ministeriums festgelegt: Was für eine Aufgabe hat das Gesundheitsministerium? Welche Aufgabe hat das Transportministerium? Welche Aufgabe hat auch unser Ministerium? Diesen Plan sollten wir durchsetzen, damit diese Pandemie sich nicht verbreitet unter der Bevölkerung, und haben Maßnahmen getroffen. Aber auf unsere Bitte hat Iran das für einen Zeitraum nicht gemacht, weil unsere Leute nicht an die Grenzen gehen konnten und die Rückkehrer in Empfang nehmen konnten.

Aber die gesamte Bevölkerung in Afghanistan hat es nicht so hart getroffen wie in den Nachbarländern. Trotz allem gab es schon Fehler. Es gab auch Leute, die ums Leben gekommen sind. Es gab auch Maßnahmen durch das Gesundheitsministerium. Allgemein war die Situation wie in

allen anderen Ländern, die in dieser Zeit betroffen waren. Es gab auch Zeiten, in denen unser Ministerium nicht besetzt war, wie ich auch vorher gesagt habe. Manchmal war ich selber alleine nur im Ministerium.

Aber allgemein hat es mehr Schaden gebracht, weil Afghanistan durch diese jahrelange Dürre und auch diese Kriegssituationen geschwächt wurde. Aber allgemein hat es Afghanistan betroffen wie alle anderen Länder. Darüber kann ich nicht sehr viel sprechen, weil es auch nicht mein Bereich war.

(Im Sitzungssaal wird der
Sonnenschutz
heruntergefahren)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Wir wollen jetzt hier nicht schon in den Nachtmodus wechseln, sondern es war ausschließlich dem Punkt geschuldet, dass die Zeugin ein wenig geblendet gewesen ist hier durch die Sonne. - Jetzt wechselt das Fragerecht wieder zur Union. Herr Kollege Zippelius.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender. - Frau Dr. Alema, wir haben im vergangenen Jahr mit Herrn Nader Nadery gesprochen, der Teil des Verhandlungsteams der Republik war. Wir haben ihn damals gefragt, ob es einen Zeitpunkt gab, an dem ihm klar war bzw. klar wurde, dass nicht mehr über ein Friedensabkommen, sondern über eine Übergabe der Macht an die Taliban verhandelt wurde. Und Herr Nadery sagte uns damals, dass ihm spätestens im Februar 2021 klar gewesen sei, dass es in Doha letztlich nur noch um eine Machtübergabe an die Taliban ging.

Deswegen meine erste Frage an Sie: Hatten Sie als Vizeministerin auch schon im ersten Quartal - Februar/März - 2021 den Eindruck, dass eine Machtübergabe an die Taliban verhandelt wurde?

Zeugin Dr. Alema Alema: Das ist, wie ich auch gesagt habe: Dieses Verhandlungsteam war heterogen. Ich habe auch gesagt - das habe ich gehört; ich kann das nicht festmachen, was ich gehört



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

habe -, dass es schon Versuche von Talibanseite gab, mit den einzelnen Verhandlungsteammitgliedern zu sprechen und sie für ihre Seite zu gewinnen. Aber die waren in direkten Gesprächen mit den Taliban und auch mit den Amerikanern und Khalilzad. Aber dass er das persönlich dem Präsidenten gesagt hat, das weiß ich nicht. Das ist vielleicht seine Aussage und seine Einschätzung.

Aber was ich in Afghanistan erlebt habe vonseiten der Regierung: Die erste Bereitschaft war im Mai und April, nicht im Februar, -

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Okay.

Zeugin Dr. Alema Alema: - während der Vorbereitung der Istanbul-Konferenz, dass sie die Macht nicht an die Taliban geben, sondern wieder eine Konferenz machen und dann über das Weitergehen dieser Verhältnisse oder Friedensprozesse sprechen.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Und würden Sie - aus Ihrer Sicht damals - die Einschätzung von Herrn Nadery teilen, dass die Taliban die Verhandlungen so lange verzögern wollten, bis die letzten US-Truppen abgezogen waren?

Zeugin Dr. Alema Alema: Ja. Aber das sind auch Sachen, wo wir später zu dieser Einschätzung gekommen sind, nicht zu dieser Zeit.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Okay. - Haben Sie -

Zeugin Dr. Alema Alema: Jetzt haben wir fast drei Jahre Abstand genommen und bewerten die Situation vielleicht anders. Aber das war nicht in dieser Zeit.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Also, Sie haben noch Chancen für ein faires Friedensabkommen gesehen?

Zeugin Dr. Alema Alema: Ja, auch besonders durch diese Konferenz in Istanbul, die Bonn-II-Konferenz.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Ich möchte Ihnen einen anderen Vorhalt machen. Es wurde heute ja auch schon angesprochen, und zwar die Rolle der Berghof Foundation bei den innerafghanischen Friedensverhandlungen. Dabei kam die Frage auf, wie die Machtübernahme durch die Taliban in Kabul zustande kam.

Die Berghof Foundation hat dem Ausschuss Tätigkeitsberichte vorgelegt; das ist MAT A Berghof-1.16 VS-NfD_Austausch, Blatt 1 bis 3. Demnach wurde im Juli und August 2021 an den Gesprächen der Republik Afghanistan mit den Taliban über eine gewaltfreie Machtübergabe mitgewirkt, und es habe ein unterschrittsreifes Abkommen gegeben. Wegen der Flucht von Präsident Ghani sei es nicht unterzeichnet worden. Danach habe die Berghof Foundation einen Einmarsch der Taliban in Kabul befürwortet, damit es nicht zu einer Gewalteskalation in einem Machtvakuum komme.

Meine Frage an Sie: Hatten Sie als Vizeministerin in Kabul Erkenntnisse, dass im August 2021 eine gewaltfreie Machtübergabe an die Taliban verhandelt wurde?

Zeugin Dr. Alema Alema: Es gab eine Sitzung. Die war, wenn ich nicht falschliege, zwei Tage vor dem 15. August, am 13./14., in diesem Zeitraum. Das war im Palast. Ich habe an dieser Sitzung nicht teilgenommen. Präsident Ghani hat zugestimmt in dieser Sitzung, dass die Macht an die Taliban gegeben wird. Abdullah Abdullah war beauftragt, nach Doha zu fliegen. Das haben Karzai und Abdullah in die Hand genommen. Es ist auch nicht dazu gekommen. Das war dieser Zeitraum, ja.

Aber es war meiner Meinung nach auch interessant, dass die Taliban, wie wir später mitgekriegt haben, schon an den Toren von Kabul waren. Die haben auch an dem Tag den Palast übernommen. Aber wie konnte das alles organisiert werden, wenn das nicht unterstützt wurde? Warum haben sie nicht zugelassen, dass diese Leute nach Doha fliegen? Wer hat das verhindert? Das ist auch eine Frage für uns. Warum konnten Abdullah und dieses Team nicht fliegen? Warum waren die



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Taliban nicht dort anwesend? Viele Sachen sind für uns immer noch nicht geklärt.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Gab es ein vorbereitetes Abkommen, das Ghani hätte unterschreiben sollen? Ist Ihnen da etwas bekannt?

Zeugin Dr. Alema Alema: Nein, nein. Ist mir nicht bekannt. Nie gehört.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Wussten Sie davon, dass die Berghof Foundation in den inner-afghanischen Verhandlungen eine Machtübergabe an die Taliban mit unterstützte?

Zeugin Dr. Alema Alema: Ich habe mitgekriegt, dass die mit diesen Formulierungen dabei waren.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Und hatten Sie Erkenntnisse, ob die Taliban die Sicherheit von Ortskräften und deren spätere Ausreise zugesagt haben?

Zeugin Dr. Alema Alema: 2021/22 war es so, dass einige Ortskräfte über die deutsche Regierung mit der pakistanischen Regierung gesprochen hatten, und wahrscheinlich auch Pakistan mit den Afghanen. Sie haben gesagt: Die haben akzeptiert, dass einige Afghanen mit einer Tazkira über den Torkham-Weg nach Pakistan reisen und von dort weiter. Aber das ist nie immer so reibungslos gelaufen. Es gab auch Ortskräfte, die Angst hatten, und teilweise haben sie auch, wie Sie wissen, mit ihrem Leben bezahlt. Aber dass die Gespräche zwischen - - Dass die Taliban sich bereit erklärt haben, darüber weiß ich nichts. Mit wem die Taliban gesprochen haben und gegenüber welcher Regierung oder welchen Personen sie sich bereit erklärt haben, das ist mir nicht bekannt.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Gut, dann danke ich Ihnen vielmals.

Zeugin Dr. Alema Alema: Bitte.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann wechseln wir jetzt zu Bündnis 90/Die Grünen. Frau Kollegin Bayram.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Alema, ich hätte noch einige Fragen zu der Evakuierungssituation. Sind Sie eigentlich vor der Flucht Ghanis informiert worden, dass dieser das Land verlassen werde? Die Flucht von Herrn Ghani?

Zeugin Dr. Alema Alema: Nein.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie, warum er geflohen ist und warum genau an diesem Tag, zu diesem Zeitpunkt? Wissen Sie das?

Zeugin Dr. Alema Alema: Was ich gesehen habe, war sein eigenes Interview. Er hat ein Interview gegeben, dass er nicht wusste, dass dieser Flug ins Ausland geht, dass er keine Zeit gehabt hat für die Vorbereitung, dass er mit seinen, sage ich, Sandalen oder Latschen ins Flugzeug eingestiegen ist, mit einer Weste. Und es gibt auch jetzt Spekulationen, und man fragt sich, ob er nicht gezwungen wurde. Das braucht Zeit, bis das alles ans Tageslicht kommt. Und ich weiß nicht - das kann ich auch nicht einschätzen -, ob er gezwungen wurde, Afghanistan zu verlassen, ob er aus Angst Afghanistan verlassen hat, ob er Bürgerkrieg vermeiden wollte. Das sind alles Sachen, die Zeit brauchen.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank für die Antwort so weit. - Wurden Sie oder andere Regierungsmitglieder gefragt, ob Sie mit Herrn Ghani gemeinsam gehen wollen? Insbesondere würde mich interessieren, ob Herr Atmar gefragt wurde.

Zeugin Dr. Alema Alema: Das weiß ich nicht. Ich habe seitdem niemanden aus der Regierung gesehen und weiß es nicht. Aber mich hat keiner gefragt.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihnen wurde kein Angebot gemacht. Vielen Dank. - Wie war denn die Beziehung zwischen Herrn Ghani und Herrn Atmar? Können Sie dazu was sagen?



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Dr. Alema Alema: Am Anfang, als Ghani an die Macht kam, bei der ersten Wahlperiode, als er an die Macht kam, war Atmar ein sehr enger Freund von Ghani gewesen und war auch sein Berater, Staatssicherheitsberater. Aber später war er sein Außenminister. Ich gehe davon aus, dass die Beziehung gut war. Und einmal wollte Atmar auch kandidieren und hat dann auf seine Kandidatur verzichtet. Ich weiß nicht, wie die Beziehung privat war.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Private interessiert auch gar nicht. Vielen herzlichen Dank für Ihre Antwort. - Gab es denn dann im Kabinett nach der Flucht Ghanis noch Diskussionen? Also, gab es zum Beispiel Überlegungen, dass jemand anderes aus der Regierung eine Führungsrolle übernimmt nach der Flucht Ghanis, damit kein Machtvakuum entsteht?

Zeugin Dr. Alema Alema: Ja, am gleichen Tag sollte eine Kabinettsitzung stattfinden; am 15. August, 14 Uhr, war das geplant. Als das Büro des Präsidenten Kontakt aufgenommen hat mit den anderen Kabinettsmitgliedern, waren einige nicht im Lande. Das war auch - - Einen Tag zuvor oder am gleichen Tag sind einige nach Pakistan geflogen. Bei der letzten Sitzung, in der Ghani bestimmt hat, dass Abdullah Abdullah nach Doha fliegt, hat diese Delegation Ghani um Zustimmung gebeten, dass die nach Pakistan gehen, und Ghani sollte zustimmen.

Was ich vom Pressechef vom Büro von Ghani gelesen habe - das ist auch hoffentlich in einer Zeitung; ich habe es auf Afghanisch gelesen -: dass Ghani nicht damit einverstanden war, wegen der Rolle von Pakistan, dass die Leute in dieser sehr ernstesten Situation als Delegation nach Pakistan gehen. Aber trotzdem sind sie gegangen. Deshalb waren viele nicht zu diesem Zeitpunkt in Kabul.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Verstehe. - Jetzt habe ich noch mal zu den innerafghanischen Friedensverhandlungen ein paar spezifische Fragen zu den Frauenrechten. Welche Rolle hat die Frage von Frauenrechten eigentlich

bei den innerafghanischen Friedensverhandlungen gespielt?

Zeugin Dr. Alema Alema: Frauen haben am meisten diese Angst, dass die Taliban zurückkehren, weil sie die erste Talibanzeit erlebt haben. Viele sind davon ausgegangen, dass die Taliban nicht die Taliban von 1996 sind. Aber die konnten nicht in ein paar Jahren ihre Ideologie ablegen oder dann frauenfreundlich werden.

Dann gab es diese Initiative „United Voice of Women for Peace“, in der Frauen aus 34 Provinzen vertreten waren. Sie haben auf Provinzebene ihr eigenes Gremium gebildet und dann auch Vorschläge gemacht. Für die war eine, sage ich, friedliche und auch legitime Übergabe der Macht wichtig. Für Frauen war es sehr wichtig, dass die Verfassung beibehalten wird, und für Frauen war es wichtig, dass ihre Rechte garantiert werden, und das auch bei den Verhandlungen. Wir haben auch eine Loya Jirga gehabt mit 3 000 Frauen aus allen Provinzen, die 2020, wenn ich den Zeitraum nicht falsch sage, nach Kabul gekommen sind und auch eine Resolution mit 15 Artikeln herausgegeben und darin ihre Forderungen formuliert haben. Und die standen an der Seite der Republik, weil sie wussten, dass die Republik ihre Interessen wahrnehmen kann oder verteidigen kann. In den letzten Jahren, 2020, ist auch dieser ... (akustisch unverständlich) Frauenrat gegründet worden. Da waren auch Vertreterinnen aus den Provinzen. Die Frauen hatten immer diese Befürchtungen, dass so etwas passiert, was auch heute passiert.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank so weit. - Ich habe noch mal eine Frage - Sie haben es ja angedeutet, aber wir haben es in diesem Ausschuss schon häufiger besprochen -, und zwar, ob die politischen Taliban in Doha, die dort verhandelt haben, sich von den kämpfenden Taliban in Afghanistan unterscheiden haben, es also eine realistische Chance gab, einen Frieden zu verhandeln, der auch unter menschen- und frauenrechtlichen Aspekten akzeptabel gewesen wäre. Können Sie dazu mal Ihre Einschätzung geben?



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Dr. Alema Alema: Ja. Die Taliban waren nicht nur in Doha, die waren auch in Moskau. In diesem Moskau-Format haben auch Friedensverhandlungen stattgefunden. Und da haben die auch gesagt: Die Frauen können studieren, die Frauen können arbeiten, die Frauen können politische Ämter übernehmen. Die Frauen können nur nicht Präsident werden; sonst können sie alles tun. - Sie wollten eigentlich ein anderes Gesicht zeigen, um auch westliche Länder zu überzeugen.

Ich persönlich teile die Taliban in drei Kategorien ein. Die erste Gruppe sind diese Fundamentalisten, die ideologisch geprägt sind, die auch jetzt Afghanistan beherrschen, besonders dieser Hibatullah und seine Leute. Die zweite Kategorie sind sogenannte Leute, die Kriegsgewinner sind und die Situation für sich nutzen, wie Außenminister, Innenminister und solche Leute, die sich bereichern oder so etwas. Und die dritte Kategorie waren die weißen Kinder, die in Madrasas in Pakistan eine Ausbildung gekriegt haben und bei denen diese, sage ich, Gehirnwäsche stattgefunden hat, die Söldner sind und die aus Glauben kämpfen und auch töten.

Die Leute, die in diesen Sitzungen in Doha waren oder im Moskau-Format oder so etwas, das waren die, die sich gut zeigen konnten; das war diese zweite Ebene, die ich vorgestellt habe. Aber die sind die Gleichen geblieben, und sie sind auch die Gleichen.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Verstehe. - Können Sie noch sagen, ob Sie wissen und mitbekommen haben, ob denn an den Verhandlungstischen, an denen die Taliban saßen, überhaupt Frauen teilgenommen haben, also denen gegenübergesessen haben?

Zeugin Dr. Alema Alema: Ja, diese vier Frauen, die im Verhandlungsteam waren, haben auch mit den Taliban gesprochen. Manchmal haben sie berichtet, dass die Taliban sie am Anfang ignoriert haben, auf den Korridoren nicht Hallo gesagt haben und, als sie gesagt haben: „Salam!“ und „Guten Tag!“, nicht geantwortet haben. Die waren später in den gleichen Sitzungen, aber die

Frauen haben berichtet, dass die immer Augenkontakt vermieden haben. Auch die Frauen von unserer Delegation waren im gleichen Raum, als auch die Taliban da waren. Ja.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe noch mal eine Frage: In einem Bericht der Deutschen Welle haben Sie mal - - oder: werden Sie mit der Aussage zitiert, die Taliban von 2021 hätten sich kaum von den Taliban der 90er-Jahre unterschieden. - Wurde diese Ihre Einschätzung von der afghanischen Regierung geteilt, oder gab es da unterschiedliche Bewertungen auch innerhalb der afghanischen Regierung? Und haben Sie diese Bewertung von den Taliban - - Sie haben ja gerade auch schon mal gesagt: Das sind die Gleichen. - Haben Sie das auch gegenüber den NATO-Partnern gesagt, und, wenn ja, wie wurde darauf reagiert?

Zeugin Dr. Alema Alema: Immer gesagt. NATO-Partner und auch die Regierung wussten es. Mindestens Präsident Ghani wusste es und hat immer versucht, die Frauen in Schutz zu nehmen. Wenn Sie alle diese Prozesse, die ich erwähnt habe - Frauen und Verfassung - - Besonders der zweite Teil der Verfassung war ein Thema gewesen. Und deshalb hat er auch diese Initiativen von Frauen unterstützt.

Aber in der Regierung, wie ich auch gesagt habe, gab es unterschiedliche Gruppierungen und Meinungen. Die Konservativen in der Regierung, zum Beispiel verschiedene islamische, dschihadistische Gruppen, haben eine andere Meinung; die haben die gleiche Meinung wie die Taliban. Und deshalb kann man nicht sagen: Die Regierung war einheitlich. - Die Regierung bestand aus verschiedenen Interessen und Gruppen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Jetzt wechselt das Fragerecht wieder.

Stefan Keuter (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau Dr. Alema, Sie hatten heute schon mehrfach die Gespräche in Istanbul erwähnt. Sie hatten sich ja versucht dafür einzusetzen, dass auch die Frauen dort Gehör finden. Der Aktenlage nach, und zwar Fundstück MAT A



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

AA-8.541, Blatt 19, hatten Sie am 31.03.2021 ein Gespräch mit Axel Zeidler. Können Sie sich an dieses Gespräch erinnern?

Zeugin Dr. Alema Alema: Dunkel, ja, weil ich so viele Diplomaten getroffen habe.

Stefan Keuter (AfD): Wissen Sie, wie Herr Zeidler auf Ihren Versuch reagiert hatte?

Zeugin Dr. Alema Alema: Ja, er hat zugehört, hat sich Zeit genommen. Ja, das stimmt. Das war im Mai, glaube ich, bei seinem Abschied, das Treffen.

Stefan Keuter (AfD): Ich glaube, das war vor dieser Konferenz.

Zeugin Dr. Alema Alema: Okay, ja. Ich auch.

Stefan Keuter (AfD): Mir liegt hier - -

Zeugin Dr. Alema Alema: Da war noch diese Konferenz in Istanbul. - Aber ich will allgemein etwas zu den internationalen Organisationen und auch Ländern sagen. Als über die Istanbul-Konferenz gesprochen wurde, war ich bei der türkischen Botschaft, weil eine Fraueninitiative dort ein Side Event machen wollte während der Konferenz. Und weil ich auch die Frauen aus der Zivilgesellschaft unterstützte, weil das auch mein Bereich war, habe ich mit dem Botschafter gesprochen und habe gesagt: Ich finde es sehr, sehr gut, dass Sie diese Initiative von Frauen unterstützen als Side Event. Bitte geben Sie auch ihnen Visa für Istanbul. - Da hat er gesagt: „Ja, ja, mache ich“ und alles.

Und dann war eine Sitzung in unserem Ministerium - -

Stefan Keuter (AfD): Warten Sie mal. Sie beziehen sich jetzt auf das Gespräch, glaube ich, mit dem türkischen Botschafter.

Zeugin Dr. Alema Alema: Nee, nee, dazu komme ich auch. - Darum waren Vertreter von allen Ländern in unserem Ministerium. Man wollte dann nicht das Side Event unterstützen. Dr. Abdullah

wollte das Side Event nicht unterstützen, weil die türkische Botschaft gesagt hat: Okay, bringen Sie ein Papier, dass Sie offiziell teilnehmen können. - Und dann sind die zu mir gekommen. Ich habe das unterschrieben und ihnen auch diesen Brief gegeben, womit sie zur türkischen Botschaft gegangen sind. Ich komme gleich dazu.

Und dann war in dieser Sitzung die Rede davon, dass das Side Event nicht stattfinden sollte - ungefähr in diesem Ton, nicht so direkt, sondern indirekt -, weil die Frauen die Aufmerksamkeit der internationalen Presse auf sich ziehen und der Konferenz Schaden bringen könnten.

Stefan Keuter (AfD): Glauben Sie oder hat Herr Zeidler Ihnen damals mitgeteilt, dass Sie wahrscheinlich seine Einflussmöglichkeit auf diese Konferenz in Istanbul verkennen?

Zeugin Dr. Alema Alema: Nein, nein, nicht so. Aber ich weiß nicht, wie er Deutschland in dieser Sitzung vertreten hat. Aber wichtig war, dass die auf einmal diese Delegation nicht wollten. Und dann war ich in dieser Sitzung, glaube ich, die einzige Frau von afghanischer Seite; -

Stefan Keuter (AfD): Okay.

Zeugin Dr. Alema Alema: - aber da waren auch andere Diplomatinen. Und ich habe gesagt: So geht das nicht, nicht auf Kosten der Frauenrechte!

Stefan Keuter (AfD): Ich würde mit Ihnen gerne noch mal über den - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich würde mich übrigens freuen, wenn die Fragen weniger suggestiv gestellt würden wie die letzte. Eine offene Frageform würde ich sehr bevorzugen.

Stefan Keuter (AfD): Der Ex-Präsident Karzai soll hinter den Kulissen intensiv Optionen zu einer Übergangsregierung ausgelotet haben. Sie sollen ihn in diesem Zusammenhang gegenüber Vertretern der Botschaft als - ich zitiere aus MAT A AA-2.36, Blatt 36; Zitat Anfang - „Verräter der Republik“ - Zitat Ende - bezeichnet haben. Was



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

können Sie uns grundsätzlich zur Rolle von Hamid Karzai in den letzten Monaten der Republik und in den Augusttagen 2021 speziell sagen? Und wie können Sie es sich erklären - - Oder: Haben Sie eine Erklärung dafür, weshalb er unter den Taliban in Afghanistan als ehemaliger Präsident der früheren Republik Afghanistan straffrei geblieben ist?

Zeugin Dr. Alema Alema: Während dieser ganzen Zeit haben sich einige gewünscht, an die Macht zu kommen. Dieser ganze Friedensprozess, alle Verhandlungen sind auch nicht reibungslos gelaufen. Es waren persönliche Interessen dabei. Es gab - ich kann das nicht belegen; was man gesagt hat, was ich gehört habe - schon Versuche, die Regierung scheitern zu lassen. Es gab schon Leute - Persönlichkeiten, Politiker -, die sich gewünscht haben, wieder irgendwann an die Macht zu kommen. Das kann ich so beantworten.

Stefan Keuter (AfD): Okay, danke. - Ich würde gerne mit Ihnen über die Ortskräfte noch mal sprechen. Ich habe in dem Beweismaterial eine E-Mail eines ehemaligen GIZ-Mitarbeiters gefunden. In der E-Mail, verschickt an Herrn Gregory Bledjian von der Botschaft am 23. August 21, schreibt der Unbekannte in einem äußerst vertraulichen Stil - Fundstelle: MAT A GIZ-3.38, Blatt 1983; Zitat Anfang -:

„Unter denen, welchen die Migrationsgelegenheit plötzlich vor die Füße fällt und die sich nach kurzer Überlegung dem allgemeinen Rush anschließen, werden sich viele nie wirklich mit unseren Lebensmodellen ... befasst haben. ... für GIZ, Kfz, SWECO, Fichtner etc. wegen des vergleichsweise hohen Gehalts gearbeitet [haben], nicht weil man das vorherrschende Lebensmodell in Deutschland erstrebenswert findet. Es könnte da für viele der „Geretteten“ ein jähes Erwachen geben.“

Zitat Ende. - Können Sie uns diese Wahrnehmung, also dass viele Afghanen vor allen Dingen

aus monetärem, finanziellem Aspekt für ausländische oder deutsche Institutionen gearbeitet haben, bestätigen? Was war Ihr Eindruck diesbezüglich?

(RAn Susanne Giesler
meldet sich zu Wort)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Einen Moment.

Zeugin Dr. Alema Alema: Nee, nee, ich sage das trotz allem.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir haben eine prozessuale Anmerkung.

Zeugin Dr. Alema Alema: Okay. - Aber eins sage ich: Ich war in Afghanistan. Ich wollte nie in Deutschland bleiben.

Stefan Keuter (AfD): Wollen Sie sich mit Ihrer Anwältin beraten?

Zeugin Dr. Alema Alema: Nein, nein.

Stefan Keuter (AfD): Weil die Anwältin wollte gerade intervenieren.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Lassen die Sitzungsleitung im Moment bei mir! - Ich wollte gerade fragen, ob es prozessuale Anmerkungen gibt. Wollen Sie eine Pause haben?

RAn Susanne Giesler: Nein, ich hatte nur Bedenken gegen diese Frage, -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das verstehe ich.

RAn Susanne Giesler: - die hier eine Unterstellung macht und worauf überhaupt - - Nein. Das ist etwas, -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das verstehe ich. Ich hätte auch - -

RAn Susanne Giesler: - wo ich denke, dass die Zeugin nicht darauf antworten muss.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich hätte auch interveniert. Das war meine Absicht.

Stefan Keuter (AfD): Das sehe ich jetzt allerdings nicht als eine Verfahrenssache; -

Zeugin Dr. Alema Alema: Aber trotzdem würde ich dann sagen - -

Stefan Keuter (AfD): - das wäre eine Antwort für die Zeugin gewesen.

Zeugin Dr. Alema Alema: Eins sage ich Ihnen: Ich bin nach Deutschland gekommen, um zu studieren. In den 80er-Jahren habe ich in Deutschland studiert. Nach meinem Studium - ich habe das Studium frühzeitig beendet - kehrte ich zurück und habe zwei Jahre in Afghanistan gearbeitet. Dann kam ich zurück, um zu promovieren. Ende 94 habe ich meine Promotion verteidigt.

Stefan Keuter (AfD): Frau Dr. Alema, -

Zeugin Dr. Alema Alema: Nein. Das ist - -

Stefan Keuter (AfD): - das war nicht auf Sie bezogen.

Zeugin Dr. Alema Alema: Nein, -

Stefan Keuter (AfD): Das war auf Ihre Wahrnehmung in Afghanistan - -

Zeugin Dr. Alema Alema: - ich will das - - Bitte, bitte!

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir machen - -

Zeugin Dr. Alema Alema: Lassen Sie - - weil Sie gefragt haben.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Entschuldigung, jetzt habe ich mal das Wort. - Wir machen das in der Reihenfolge so: Die Frage wird gestellt, und dann wird geantwortet. Wir machen hier kein Dazwischenreden. Und die Zeugin -

Stefan Keuter (AfD): Herr Vorsitzender, -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: - wollte antworten.

Stefan Keuter (AfD): - laut Parlamentarischem Untersuchungsausschussgesetz ist mir freigestellt, wie ich meine Redezeit gestalte. Ich habe leider pro Fragerunde nur sieben Minuten.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Entschuldigung, aber die Zeugin war dabei, die Frage zu beantworten. Da die Frage so hätte missverstanden werden können, dass sie Unterstellungen beinhaltet, wollte ich auch Gelegenheit geben, zu antworten, und das wird gerne zeitlich angehängt. Aber ich finde schon, dass wir die Höflichkeit wahren sollten, dass die Zeugin antworten kann. Sie wollte das gerade tun.

Stefan Keuter (AfD): Ja, aber mir drängt sich der Eindruck auf, dass die Zeugin die Frage falsch verstanden hatte. Ich hatte nicht zu ihrer Motivation gefragt, sondern sie war ja nun in leitender Position in Afghanistan tätig, und die Frage war, wie ihre persönliche Wahrnehmung war: ob es Personen gab, die das westliche Lebensmodell, so wie Sie, Frau Dr. Alema, es kennengelernt haben, gar nicht kennengelernt haben und sich jedenfalls - -

Zeugin Dr. Alema Alema: Moment, aber Sie haben eine Frage gestellt. Bitte geben Sie mir Zeit, etwas zu sagen und zu antworten.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das war in der Tat mein Hinweis.

Zeugin Dr. Alema Alema: Ich hatte nicht die Absicht, in Deutschland zu bleiben. Ich bin hierhergekommen und habe meine Promotion geschrieben; 94 habe ich sie verteidigt. Aber es gab keine Möglichkeiten, zurückzukehren, auch nicht über den Flughafen in Kabul. Ich bin zu den deutschen Behörden gegangen und habe gesagt: Mein Aufenthalt war zweckgebunden. Jetzt ist meine Promotionszeit zu Ende. Was soll ich machen? - Die haben gesagt: Es gibt drei Wege: entweder zurück oder hier einen Deutschen heiraten - eine Scheinheirat machen - oder Asyl beantragen. - Da habe ich Asyl beantragt, weil ich in dieser Zeit



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht gehen konnte. Mein Asylantrag wurde bewilligt, und ich habe - wie sagt man? - Asylangelegenheiten gehabt. Bis zu den Taliban waren da die Mudschahedin, und es gab diesen Bürgerkrieg.

2002 bin ich persönlich nach Afghanistan geflogen. Ich habe als Entwicklungshelferin gearbeitet, 13 Jahre lang. Ich habe in dieser ganzen Zeit Unterhaltsgeld bekommen. Es ging mir um Afghanistan, nicht um Gehalt. Und dann bin ich gewechselt, weil die Regierung mich gefragt hat, ob ich dieses Amt im Ministerium übernehmen kann, im Flüchtlingsministerium, weil ich auch einen Migrationshintergrund habe. Persönlich bin ich nicht wegen Geld gegangen. Meine Motivation war Afghanistan.

Ich sage eins: Wenn die Taliban nicht mehr da sind und die Situation sich ändert, bin ich die Erste, die zurückgeht. Es geht mir um die Menschen in Afghanistan, es geht um Afghanistan, nicht um dieses Gehalt. Bitte unterstellen Sie nichts den Menschen, die nach Afghanistan gegangen sind und dort gearbeitet haben.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. Ich finde, das war jetzt auch notwendig, das in Klarheit beantworten zu können. - Die Zeit wird abgezogen. Sie haben also die Gelegenheit, noch eine Frage zu stellen, wenn Sie möchten.

Stefan Keuter (AfD): Vielen Dank für die Ausführungen. - Ich wollte aber ganz speziell wissen, ob Sie damals von Afghanen, die die Möglichkeit bekommen haben, das Land zu verlassen - - ob viele gegangen sind, die nicht wie Sie wussten, was auf sie zukommt.

Ich selber habe in Pakistan, in Islamabad, am Flughafen gestanden und habe mit Menschen, die ausgeflogen sind, gesprochen. Und ich habe sie gefragt - das ist meine Erfahrung gewesen -: Wo werden Sie heute Abend schlafen? Was wird auf Sie zukommen? Was wollen Sie machen? - Und ich persönlich hatte den Eindruck, dass relativ viele von denen gar nicht wussten, was sie hier in Deutschland erwartet. Die meistgegebene

Antwort war: I want to have a better life. - Aber sie wussten nicht, was da greifbar ist.

Deshalb, um meine Frage zu verstehen: Sie konnten ja nun auch Menschen, die mit Ihnen ausgeflogen worden sind. Sie kannten Deutschland; Sie haben hier promoviert, Sie kennen den Lebenswandel bei uns. Die Frage ist: Was glauben Sie: Welche Motivation oder welche Kenntnisse hatten diese Menschen - oder: welche Kenntnisse haben Sie darüber? -, die nach Deutschland gekommen sind?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Entschuldigung, bei aller Liebe: „Was glauben Sie, was Motivationen von Menschen sind?“ - das sind Fragen, die kann man so unmöglich beantworten. Man kann sie nach Erkenntnissen fragen; das haben Sie getan.

Stefan Keuter (AfD): Nach persönlichen Eindrücken auch: „Haben Sie Kenntnisse darüber?“

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ja, aber ich fürchte, wir kommen jetzt allmählich in den Bereich, wo wir Gedankenlesen und Spekulieren machen. Dafür ist dann unsere Zeit zu knapp.

Zeugin Dr. Alema Alema: Ich will diese Frage dann nicht beantworten, weil mir das zu persönlich ist, und das kann ich auch nicht einschätzen.

Stefan Keuter (AfD): Gut, das soll es in der Runde gewesen sein. - Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir wechseln zur FDP. Frau Kollegin Jurisch.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich habe noch ein paar Rückfragen zu Dingen, die Sie vorher gesagt haben. Sie haben am Anfang gesagt, das Doha-Abkommen sei ein Abzugsabkommen gewesen. Und mit dem Doha-Abkommen wurde ja auch ein klarer Zeitpunkt festgelegt, zu dem die internationale Gemeinschaft das Militär abzieht.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Wir haben hier im Ausschuss oft diskutiert, ob das jetzt eigentlich ein Time-based- oder Condition-based-Abkommen ist, also ob das zeitbezogen ist oder an Bedingungen geknüpft. Und da würde mich einfach interessieren - weil Sie ja auch viel Kontakt zum Beispiel mit Außenminister Heiko Maas hatten und auch mit anderen Deutschen -, was Ihr Eindruck war, was die deutsche Wahrnehmung des Abkommens war. War es time-based oder condition-based?

Zeugin Dr. Alema Alema: Es war nicht condition-based; es war time-based. Die Amerikaner haben fünf Punkte gehabt, und einer davon war dieser Rückzug der Truppen. Das war nur time-based.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Und haben Sie in Ihren Gesprächen, zum Beispiel mit Außenminister Heiko Maas oder anderen Deutschen, zum Beispiel dem deutschen Botschafter, auch den Eindruck gewonnen, dass Deutschland das auch so sieht, dass es time-based ist? Was war Ihr Eindruck davon?

Zeugin Dr. Alema Alema: Ich habe konkret über diese Sache mit denen nicht gesprochen. Deshalb kann ich nichts sagen, nur spekulieren.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay, danke. - Dann komme ich sozusagen „fast forward“ in Richtung 2021. Da haben Sie vorher gesagt: Wir haben nicht gewusst, dass Kabul so schnell fallen würde. - Mich würde interessieren, ob es aus Ihrer Sicht einen Zeitpunkt gab - und, wenn ja, welchen -, zu dem Sie gesehen haben, dass die Lageveränderung sich in Afghanistan beschleunigt, also dass es da so eine Dynamik gab. Welcher Zeitpunkt war das Ihrer Ansicht nach?

Zeugin Dr. Alema Alema: Das war der letzte Monat, bevor die Taliban an die Macht gekommen sind, als die Provinzen gefallen sind. Und interessant waren diese letzten drei Tage. Wir haben zum Beispiel Jalalabad, Nangarhar, die dann schon einen Tag oder zwei Tage früher - 72 Stunden vor der Machtübernahme durch die Taliban - gefallen sind. Für viele war Herat sehr problematisch und auch Masar.

Aber obwohl Präsident Ghani nach Masar geflogen war, haben Dostum und Atta Mohammad Noor versprochen, die Provinz Balkh zu verteidigen. Dann haben wir durch Sendungen gesehen, dass die als Erste Masar verlassen haben. Aber es war trotz allem, trotz dieser ganzen Situationen, die wir wahrgenommen haben durch die Sitzungen, nie die Rede davon, dass Kabul - - weil verschiedene Sachen eine Rolle gespielt haben, auch diese Joint Declaration von den Amerikanern, die Reise von Ghani nach Amerika. Dadurch, dass die Sitzungen - - dass wir den Palast haben, hat man nie diesen Eindruck gekriegt, dass Kabul fällt. Aber diese letzten 72 Stunden waren besonders hart.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Hatten Sie einen Blick darauf oder konnten Sie einschätzen, wie die Leistungsfähigkeit der afghanischen Streitkräfte, ANDSF, war, also wie stark die waren? Und vor allem: Wie war Ihr Eindruck, wie sich das so im Laufe von 2021 entwickelt hat?

Zeugin Dr. Alema Alema: Eins möchte ich sagen: Leider hat man - oder: die Verbündeten - in Afghanistan nicht eine Armee aufgebaut, auf die man - wie sagt man? - zählen konnte oder die Fuß fassen konnte [offenbar gemeint: auf eigenen Füßen stehen konnte]. Das war die ... (akustisch unverständlich). Wie ich auch gesagt habe: Sogar die Techniker, die Flugzeuge repariert haben, waren Amerikaner und haben auch amerikanische Verträge gehabt. Die ganze Munition, Lebensmittel und alles für die Armee kam von denen oder wurde von den Amerikanern unterstützt.

Wahrscheinlich war es auch nie Ziel gewesen, eine starke Armee in Afghanistan aufzubauen. Man sagt, dass die Afghanen oder afghanischen Truppen nicht gekämpft haben, wenn die Amerikaner ihre Techniker abgezogen haben, wenn die nicht den Lebensunterhalt ihrer Armee unterstützt haben. Man sagt auch: Einige haben bei Kommandanten oder so angerufen und gesagt, dass sie nicht kämpfen, weil das sowieso alles vorbei ist. Wenn die amerikanischen Zeitungen geschrieben haben, dass es in ein paar Monaten



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

einen Kollaps geben kann, dann haben die versucht, zu kämpfen; aber die hatten nicht so die Möglichkeiten.

Was auch traurig ist: In der letzten Zeit haben nur die afghanischen Sicherheitstruppen oder die Armee gekämpft. Die Zahl der Opfer liegt bei über 70 000. Und auch jetzt bezahlen sie mit ihrem Leben, weil sie nirgendwo unterstützt werden.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Darf ich noch mal - -

Zeugin Dr. Alema Alema: Aber wesentlich würde ich sagen, dass die keinerlei Unterstützung bekommen haben.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Darf ich da ganz kurz einhaken? Was war denn Ihre Vorstellung, als die Amerikaner dann abgezogen waren - nach dem, was Sie jetzt gerade gesagt haben -, wer für die Sicherheit Kabuls und auch des noch nicht von den Taliban eingenommenen Rests von Afghanistan eintreten würde?

Zeugin Dr. Alema Alema: Zwei Tage zuvor wurde die ganze Verteidigung Kabuls an einen General übergeben - das war General Alizai -, und er hat sogar an dem Tag versucht, mit den Amerikanern Kontakt aufzunehmen. Als ich sein Interview gesehen habe oder ein anderes Interview - ich weiß es nicht genau - - Er wollte Kabul trotzdem verteidigen, trotz allem, obwohl Ghani weg war und so. Und die Amerikaner haben gesagt: Man soll aufhören, es geht nicht.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielen Dank.

Zeugin Dr. Alema Alema: Bitte.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann sind wir am Ende dieser Runde. Ich habe verstanden, dass SPD, Union und Grüne keine Fragen mehr haben. - Sie hatten noch eine.

Stefan Keuter (AfD): Das ist richtig, auch nicht mehr allzu viel. - Einer E-Mail von Andreas

Krüger zufolge soll Herr Sadat Naderi, der damalige Friedensminister, zusammen mit anderen Afghanen am 16. August 2021 nach Doha geflogen sein, um dort mit den Taliban über - ich zitiere aus MAT A AA-8.652, Blatt 28; Zitat Anfang - „de facto Gewaltvermeidung bei Einnahme von Kabul“ - Zitat Ende - zu sprechen. Was können Sie uns über das Gespräch vom 16. August 2021 zwischen Herrn Naderi und den Taliban mitteilen?

Zeugin Dr. Alema Alema: Ich weiß von diesem Gespräch nichts. Wie ich gesagt habe: Zuletzt habe ich mit unserem Minister am 15. August gesprochen, als ich gesagt habe, dass die Direktorinnen und Direktoren bei mir waren. Um 11 Uhr habe ich ihn angerufen, und er hat gesagt: Alles unter Kontrolle. Machen Sie Ihre Arbeit weiter! - Das war das letzte Gespräch mit ihm, und seitdem haben wir nichts voneinander gehört.

Stefan Keuter (AfD): Sie hatten vorhin - -

Zeugin Dr. Alema Alema: Ich kann auch nichts zu dieser Aussage von ihm sagen. Dazu weiß ich nichts.

Stefan Keuter (AfD): Okay, gut. Danke. - Sie hatten vorhin häufiger die Doha-Verhandlungen angesprochen. Noch mal ganz konkret: Wann haben Sie welche Kenntnisse aus dem Doha-Prozess erhalten?

Zeugin Dr. Alema Alema: Ich habe gesagt: Wir waren dann in Verbindung zu unserem Verhandlungsteam, und die haben auch berichtet. Und ab und zu, als Nadiri, unser Minister, da war, hat er uns auch über die Begegnung mit den Taliban, die Entwicklungen und solche Sachen berichtet.

Stefan Keuter (AfD): Gut. - Das letzte Thema, was ich gern mit Ihnen ansprechen würde, wäre der damalige Präsident Karzai, der sich einem Ortskräfteverfahren strikt ablehnend gegenübergestellt hatte, weil er einen sogenannten Brain-drain aus Afghanistan fürchtete - Fundstelle: MAT A AA-9.55, Blatt 46. Ist dieser Begriff „Brain-drain“ Ihnen schon mal untergekommen?



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Dr. Alema Alema: Nein. - Präsident Karzai?

Stefan Keuter (AfD): Ja. Karzai hatte Angst, dass durch diese Ortskräfteevakuierung hochqualifizierte, gebildete Afghanen ins Ausland verbracht werden und damit dem Wiederaufbau oder der Weiterentwicklung von Afghanistan nicht zur Verfügung stehen würden.

Zeugin Dr. Alema Alema: Aber ich habe eine Frage an Sie: Wann war Karzai involviert in diese Sachen? Ich meine, Karzai war nicht in der Regierung.

Stefan Keuter (AfD): Es geht um das Ortskräfteverfahren grundsätzlich, wie er sich dazu positioniert hatte.

Zeugin Dr. Alema Alema: Ich weiß nichts davon.

Stefan Keuter (AfD): Okay. Gut, dann war es das an dieser Stelle. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gut. - Dann darf ich mich bei Ihnen, Frau Dr. Alema, bedanken, dass Sie uns zur Verfügung gestanden haben.

Ihre Befragung ist formell noch nicht beendet, sondern Sie kriegen das Protokoll übersandt, haben 14 Tage Zeit, das durchzusehen und gegebenenfalls Korrekturen anzubringen, und dann wird erst förmlich festgestellt, dass das beendet ist.

Ich bedanke mich auch bei Ihnen, dass Sie uns ermöglicht haben, dass das doch auch sehr zügig abgewickelt worden ist und Sie in weiten Teilen in Deutsch gesprochen haben. Ich bedanke mich allerdings auch bei den Dolmetschern für die Übersetzung, die sie machen.

Zeugin Dr. Alema Alema: Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Und ich bedanke mich wie immer beim Protokoll; denn dass das hier so professionell protokolliert wird, ist auch eine große Stärke dieses Ausschusses. Das will

ich ausdrücklich hinzufügen. Vielen Dank auch Ihnen!

Zeugin Dr. Alema Alema: Danke schön.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann wünsche ich Ihnen alles Gute, gute Rückreise!

Ich unterbreche die Sitzung für zehn Minuten, bis wir den zweiten Zeugen begrüßen.

Zeugin Dr. Alema Alema: Danke schön.

(Unterbrechung von
14.56 bis 15.07 Uhr)

*Fortsetzung mit
Vernehmung des Zeugen
Mohammed Haneef Atmar
siehe Stenografisches Protokoll 20/62 I, Teil 2*



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vernehmung des Zeugen „Fisch“

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fahren mit der Sitzung fort.

Ich begrüße unseren dritten Zeugen, „Fisch“, der bereits Platz genommen hat. Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Sie haben den Erhalt der Ladung am 22. November bestätigt.

Ich heiße Sie herzlich willkommen. Ich bedanke mich, dass Sie dem Ausschuss als Zeuge zur Verfügung stehen. Ich bedanke mich auch für Ihr Verständnis, dass wir Sie auf den heutigen Tag umladen mussten. Und übertrieben lange warten mussten Sie, glaube ich, heute nicht, hoffe ich jedenfalls. Jedenfalls sind Sie früher als dritter Zeuge dran, als es für die meisten dritten Zeugen galt.

Ich bin zunächst gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge aufzuklären. Diese Belehrung schreibt mir das Gesetz vor. Sie ist auch für jeden wortgleich.

Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen, dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswid-

rigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren. Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind.

Haben Sie dazu Fragen?

Zeuge „Fisch“: Nein.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann will ich Sie darauf hinweisen, dass eine Tonaufnahme gefertigt wird, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Deshalb ist es sehr wichtig, dass Sie Ihr Mikrofon einschalten, wenn Sie das Wort ergreifen.

Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen vor seiner endgültigen Fertigstellung übersandt.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen.

Es handelt sich hierbei jedoch um ein Regel-Ausnahme-Verhältnis. Der Öffentlichkeitsgrundsatz für Beweiserhebungen in Untersuchungsausschüssen hat nach Artikel 44 des Grundgesetzes Verfassungsrang. Die Gründe für eine Ausnahme müssen also von besonderem Gewicht sein. Und es ist der Ausschuss, der alleine darüber entscheidet.

Haben Sie zu diesen Hinweisen Fragen?

Zeuge „Fisch“: Nein.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Was den Ablauf der Vernehmung angeht, werde ich Sie zunächst kurz zu Ihrer Person befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie dann nach § 24



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, wenn Sie das wünschen. Anschließend oder wenn Sie darauf verzichten, werden Sie von den Mitgliedern des Ausschusses befragt. Die Fragezeit richtet sich nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen.

Dazu Fragen?

Zeuge „Fisch“: Auch nicht, danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Nun würde ich Sie bitten, sich dem Ausschuss zu Beginn Ihrer Ausführungen mit Ihrem Namen - jedenfalls dem, den Sie uns nennen mögen -, Ihrem Alter und Ihrem Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

Zeuge „Fisch“: Mein Arbeitsname ist „Fisch“. Mein Alter ist 58 Jahre, und ich bin Polizeibeamter in der Bundespolizei.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Jetzt könnten Sie, wenn Sie das wünschen, im Zusammenhang vortragen, was Ihnen über den Untersuchungsgegenstand bekannt ist.

Zeuge „Fisch“: Herr Vorsitzender, ich glaube, ich habe noch die ladungsfähige Anschrift vergessen. Die würde ich jetzt gerne noch mal nachholen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das hat das Sekretariat mir gerade auch gesagt. Aber es ist gut, dass Sie zugehört haben, was ich Ihnen gesagt habe. Das ist immer der Test, herauszufinden, ob das auch so ist. Also insofern seien Sie so freundlich und holen Sie das nach.

Zeuge „Fisch“: Meine ladungsfähige Anschrift lautet Bundespolizeidirektion 11, Schöneberger Straße 14/15 in 10963 Berlin.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank.

Zeuge „Fisch“: Und jetzt würde ich ganz gerne beginnen mit meinem Eingangsstatement.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Mein Arbeitsname ist „Fisch“, und ich bin seit 1981 Angehöriger der Bundespolizei bzw. vormals des Bundesgrenzschutzes. Seit 1985 versee ich meinen Dienst bei der GSG 9 und konnte in meiner operativen Dienstzeit umfangreich Erfahrungen in Krisenländern sammeln. Aktuell werde ich im Stab der Bundespolizeidirektion 11 verwendet.

2018/19 und 2020 bis August 2021 wurde ich als Sicherheitsberater an der deutschen Auslandsvertretung in Kabul verwendet. Zu meinen Aufgaben zählte die beratende Leistung hinsichtlich des materiellen und personellen Schutzes der Auslandsvertretung. Darunter fällt auch die fachliche Führung des abgeordneten Personals der Bundespolizei und der Kräfte eines privaten Sicherheitsunternehmens.

Während meiner Verwendungszeit mussten wir als Team „Sicherheit“ uns vielen Herausforderungen stellen. Zum einen verschlechterte sich die Sicherheitslage zusehends, und parallel dazu wurden weitere bauliche Maßnahmen vorangetrieben, die den Schutz des Personals der Botschaft erhöhen sollten.

Nach Unterzeichnung des Doha-Abkommens und dem dadurch bevorstehenden Abzug der multinationalen Militärmission Resolute Support war es uns klar, dass wir die Sicherheits- und Evaluierungskonzeption für die Botschaft neu aufstellen müssen. Da wir in dem Konstrukt Green Zone neben anderen Botschaften und internationalen Organisationen eingebettet waren, bestand hier akuter Handlungsbedarf zur Neuausrichtung gemeinsam mit der internationalen Gemeinschaft. Hierzu haben wir auch detailliert berichtet. Ergebnis der Berichterstattung war dann unter anderem die Entsendung eines Krisenberatungsteams an die deutsche Botschaft im März 2021. Leider haben wir es nicht mehr geschafft, die Handlungsempfehlung des Berichtes in Gänze umzusetzen.

Die Sicherheitslage in den Provinzen verschlechterte sich immer weiter, und aus den Berichten



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

der NATO war zu entnehmen, dass die afghanischen Sicherheitskräfte den Taliban nicht standhalten konnten oder wollten. Rurale Gebiete wurden stellenweise kampfflos übergeben und militärisches Gerät durch die Taliban beschlagnahmt. In Kabul zeigte sich die volatile Sicherheitslage durch das gezielte Töten von afghanischen Regierungskräften und Angriffe gegen Regierungseinrichtungen, zum Beispiel gegen das Privathaus des afghanischen Verteidigungsministers am 04.08. des Jahres.

Zu diesem Zeitpunkt war die internationale Gemeinschaft nie Ziel der Angriffe der Taliban. Allerdings operierte zum gleichen Zeitpunkt der IS in Kabul, der sich wieder erstärkte. Und die Anschlagsintensität nahm ebenfalls zu. Hier waren insbesondere schiitische Einrichtungen Ziel, aber auch die internationale Gemeinschaft, wie ein Anschlag gegen einen Fahrzeugkonvoi der britischen Botschaft zeigte. Dagegen galt es sich zu schützen.

Im August gingen die Taliban über, die Provinzhauptstädte nacheinander einzunehmen. Hier zeichnete sich das gleiche Bild wie zuvor bei den ländlichen Gebieten. Städte wurden zum Teil kampfflos übergeben. Die Moral der afghanischen Sicherheitskräfte, außer der Spezialkräfte, nahm ich als sehr schlecht wahr. Städte und Gebiete, die zuvor von den Spezialeinheiten zurückgewonnen wurden, gingen nach Abzug dieser wieder verloren.

Der Ring um Kabul zog sich immer weiter zu, und ich entschloss mich zusammen mit meinem Team, Vorkehrungen zu treffen, die Botschaft eventuell zu schließen oder evakuieren zu müssen. Dazu stand ich permanent im Austausch mit meinen Pendants anderer Botschaften und erfragte deren Vorgehensweise.

Konsequenzen für unsere eigene Sicherheit hatte dann der geplante und später auch durchgeführte Abzug unserer Nachbarbotschaften von Großbritannien, Kanada und Japan. Dadurch, dass sie unmittelbare Nachbarn waren, entstanden durch deren Abzug Sicherheitslücken, die wir nur sehr schwerlich kompensieren konnten.

Der Druck meiner Verantwortung für die Sicherheit der Botschaftsmitarbeiter wuchs dadurch weiter an. Und ich hatte nicht den Eindruck, dass die Zentrale in Berlin die Lage ähnlich dramatisch einschätzte wie wir vor Ort. Noch am Samstag, dem 14.08., wurde ich aufgefordert, nicht zum Flughafen zu verlegen, sondern an der Botschaft zu verbleiben. Am gleichen Tag kündigte die US-Botschaft ihre Schließung innerhalb der nächsten 48 Stunden an. Jetzt konnten wir auf Weisung der Zentrale zumindest eine Verlegung der Botschaft an den Flughafen vordenenken und planen, unter der Voraussetzung, dass die Botschaft am Flughafen vollumfänglich arbeitsfähig ist. Dies war praktisch unmöglich.

Am Sonntag, dem 15.08., erhielt ich einen Anruf, dass die US-Botschaft schneller als gedacht schließt und der letzte luftbewegliche Transport um 16 Uhr die US-Botschaft verlässt. Unsere eigene Evakuierung zum Flughafen konnte nur durch die Luft erfolgen, weil die Zufahrtswege zum Flughafen komplett verstopft waren und unsere Signatur mit insgesamt 27 Fahrzeugen viel zu auffällig war. Unter sicherheitlicher Betrachtung blieb nur der Luftweg mit Unterstützung der US-Botschaft. Diese erklärte mir dann auf Nachfrage, dass wir unverzüglich zur US-Botschaft kommen sollten; sonst besteht keine Möglichkeit der Unterstützung mehr.

Danach ordnete ich die sofortige Herstellung der Abmarschbereitschaft an, und zwar der gesamten Belegschaft, und informierte den Geschäftsträger Jan Hendrik van Thiel über die Umstände. Danach verlegten wir zur US-Botschaft, um von dort zum HKIA zu fliegen. - Und hiermit möchte ich mein Eingangsstatement beenden.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank, Herr Zeuge, für Ihr Eingangsstatement. - Und vielleicht lassen Sie zu Beginn mich auch sagen, dass wir Ihnen grundsätzlich Dank für den Einsatz sagen, weil Sie ja unter schwierigsten Umständen mit dazu beigetragen haben, dass die Mitarbeiter der Botschaft unversehrt und erfolgreich evakuiert worden sind. Das, finde ich, unabhängig von den Dingen, über die wir da insgesamt zu



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

reden haben, ist angebracht, das auch im Namen des Ausschusses hier auszudrücken.

Ich würde mit den Fragen diesmal selbst beginnen und Sie fragen wollen, wie Sie sich auf die heutige Vernehmung vorbereitet haben.

Zeuge „Fisch“: Ja, ich habe die mir zur Verfügung gestellten Akten und meine eigenen Aufzeichnungen mir noch mal durchgelesen und mich versucht noch mal in die damalige Zeit zurückzusetzen. Und ich wurde gezielt durch die Projektgruppe im BMI zum Parlamentarischen Untersuchungsausschuss auf diese Sitzung vorbereitet.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Hat sich Ihr Aufgabenbereich als Sicherheitsberater der deutschen Botschaft in Kabul verändert im Laufe der Zeit und, wenn ja, wie?

Zeuge „Fisch“: Das ist eine interessante Frage. Also, der Aufgabenbereich hat sich dahin gehend verändert, dass zunächst natürlich, als ich meine erste Verwendungszeit in Kabul wahrnahm als Sicherheitsberater, meine Hauptaufmerksamkeit darin bestand, die Botschaft resilienter zu machen und zu stärken, sowohl personell als auch materiell.

Später, als sich die Sicherheitslage mehr und mehr veränderte und ein Ungleichgewicht zugunsten der Taliban entstand, führte das dazu, dass ich mir Gedanken gemacht habe, wie wir uns in Kabul darauf einstellen können, und habe mich dann auch intensiver mit möglichen Evakuierungsszenarien beschäftigt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Von wem haben Sie Weisungen erhalten bezüglich Ihrer Tätigkeiten in Kabul?

Zeuge „Fisch“: Im Auswärtigen Amt ist das das Referat 107, die für den Schutz der Auslandsvertretungen weltweit zuständig sind. Das ist mein unmittelbarer Ansprechpartner. In Krisensituationen ist es dann das Referat 040, das Krisenreaktionszentrum des Auswärtigen Amtes.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich frage Sie das deswegen, weil „Der Spiegel“ in einer Publikation vom 13. August 2022 berichtet hat, „Fisch“ habe zwei Vorgesetzte gehabt, einen beim Auswärtigen Amt und einen bei der Bundespolizei. Das ist dann keine zutreffende Darstellung, oder doch?

Zeuge „Fisch“: Das ist insofern zutreffend, dass die Bundespolizei ihr Personal im Ausland weiter fachlich führt, also die Polizeiexpertise.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Welche Informationen standen Ihnen für Ihre wöchentlichen Sicherheitsberichte zur Verfügung? Und von wem kamen die?

Zeuge „Fisch“: Zum einen gab es einen NATO-Secret-Rechner, über den ich Lagemeldungen der NATO erhalten habe. Zum anderen gab es ein reges Berichtswesen der internationalen Gemeinschaft, in deren Verteiler wir als deutsche Botschaft ebenfalls aufgenommen waren. Und zum anderen gab es ein Netzwerk, ein Sicherheitsnetzwerk, mit anderen Partnern anderer Botschaften, wo wir unmittelbar und sehr schnell Informationen über Messengerdienste getauscht haben.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wenn also - - Auch da beziehe ich mich wieder auf den „Spiegel“, der im gleichen Bericht geschrieben hat, Sie seien in der Sicherheitscommunity besonders gut vernetzt gewesen. Ich entnehme dem, was Sie gerade eben gesagt haben, dass das zutreffend ist oder dass Sie sagen würden, dass das zutreffend ist.

Zeuge „Fisch“: Das ist zutreffend, ja.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Der Vertreter der Residentin des BND in Kabul hat in seiner Vernehmung am 18. Januar ausgesagt, es habe regelmäßige Termine in der deutschen Botschaft in Kabul gegeben, bei denen ein sehr offener Austausch über Lageinformationen vor Ort stattgefunden habe. In der heißen Phase sei das täglich oder mehrmals täglich gewesen, und teil-



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

weise habe es Abweichungen in der Interpretation des Lagebildes gegeben; so weit im vorläufigen Protokoll der Vernehmung, die ja gerade erst gewesen ist. - Können Sie uns was zu dem Thema sagen, was die Frage von Abweichungen in der Interpretation des Lagebildes angeht. Was ist damit gemeint, und worauf bezieht sich das?

Zeuge „Fisch“: Ich denke mir, dass es sich dabei eher um Kleinigkeiten handelt. Die generelle Richtung war, glaube ich, uns allen gleich bewusst. Die Quellen, die der Nachrichtendienst zur Verfügung hatte, die standen mir natürlich so umfänglich nicht zur Verfügung. Ich habe meine Berichterstattung aus den mir vorher genannten Quellen bezogen, und diese haben wir dann regelmäßig abgeglichen und versucht, daraus ein gemeinsames Lagebild zu erstellen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Was das Thema Sicherheitsarchitektur angeht, gibt es in den Akten verschiedene Begriffe, um deren Erläuterung ich Sie mal bitten würde, vor allen Dingen auch um die Abgrenzung. Da ist von „Sicherheitskonzept“ die Rede, von „Krisenplan“ und von „Evakuierungsplan“. Was ist damit gemeint, und wie grenzt sich das eine vom anderen ab?

Zeuge „Fisch“: Dann würde ich zunächst eingangs etwas zum Sicherheitskonzept sagen wollen. Das Sicherheitskonzept befasste sich ausschließlich mit dem Schutz der deutschen Auslandsvertretung, sowohl personell als auch materiell. Das umfasste viele Maßnahmen, unter anderem eben auch, dass die Liegenschaft in dieser Green Zone aufhältig war und unsere eigenen Sicherheitsmaßnahmen eng mit den Maßnahmen der Green-Zone-Überwachung abgestimmt waren, auch im Kontext mit anderen Botschaften, mit unseren Nachbarbotschaften. Dort gab es Abstimmungen, es gab dort Abgleiche, wie wir gemeinsam unseren Bereich schützen konnten. Dazu gab es, so wie ich es gerade gesagt habe, enge Kontakte zu unseren Nachbarbotschaften.

Was das Evakuierungskonzept oder das Krisenkonzept betrifft: Das ist grundsätzlich Aufgabe des Krisenreaktionszentrums in 040, und an der

Botschaft ist dort jemand außerhalb des Sicherheitsberaters explizit mit betraut. Der Sicherheitsberater selber arbeitet diesem nur zu. Ist also nicht aus meiner Feder entsprungen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wenn man jetzt mit Blick auf die Sicherheit der deutschen Botschaft und der möglichen Evakuierung sich das anschaut: Welche Rolle spielen in dem Konzept oder in diesem Kontext die Green Zone, der Flughafen und die Präsenz der amerikanischen und der britischen Botschaft, also in der Gewichtung dessen, was besonders bedeutsam war aus Ihrer Sicht für die Sicherheit der deutschen Botschaft?

Zeuge „Fisch“: Ich hatte dazu auch in einem Bericht etwas geschrieben, der im Herbst - ich weiß nicht mehr genau, wann - 2020 an das Auswärtige Amt gesendet wurde. In dem Bericht steht ausdrücklich - - sind dort mehrere Parameter aufgeführt, die notwendig sind, um einen Betrieb der deutschen Botschaft vor Ort aufrechtzuerhalten. Unter anderem war es auch die Sicherheit der Green Zone.

Die Green Zone, müssen Sie sich vorstellen, war ein Ring um mehrere - - ja, um einen Stadtteil herum, wo man nur durch bestimmte Checkpoints Zugang erhielt. Diese Checkpoints wurden in erster Linie durch amerikanische Contractors betrieben, und mit aufwendigen technischen Mitteln wurden Fahrzeuge durchsucht, aber auch Personen etc., damit eben keine gefährlichen Gegenstände oder Bomben in die Green Zone gelangen konnten.

Unser eigenes Sicherheitskonzept stützte da natürlich drauf ab. Dadurch, dass die Botschaft am Rande der Green Zone lag, haben wir unsere eigenen Sicherheitsmaßnahmen ein wenig ausgeweitet und haben Abstandsfläche geschaffen zur sogenannten Red Zone, falls es dort zu einer Umsetzung einer größeren Autobombe kam - - diese nicht unmittelbare Auswirkung auf unsere Liegenschaft hat.

Aber wenn wir Besuch bekommen oder sonst etwas, wenn jemand Zugang zur Botschaft haben



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

möchte, musste dieser natürlich vorher kontrolliert werden. Und dies erfolgte in erster Linie durch die Checkpoints der Green Zone und in zweiter Linie durch einen eigenen Check, den wir noch mal an der deutschen Botschaft vorgenommen haben.

Die Amerikaner haben dahin gehend eine außerordentliche Rolle gespielt, weil sie mehr oder weniger den Lead hatten beim Aufrechterhalten der Sicherung der Green Zone. Die britische Botschaft, die japanische Botschaft waren unsere unmittelbaren Nachbarn, so wie ich es eingangs erwähnt habe. Und wir haben gemeinsame Konzepte entworfen, wie wir uns in Krisensituationen oder in sicherheitsrelevanten Situationen gegenseitig unterstützen können. Das hatte auch was mit dem Eingangsmanagement zu tun. Um zur deutschen Botschaft zu gelangen, mussten unsere Besucher unter anderem an mehreren Checkpoints der britischen Botschaft vorbei, wo zusätzlich noch mal Sicherheitschecks durchgeführt wurden. - Ist das umfänglich genug?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ja. - Gab es eine konkrete Evakuierungsplanung für die deutsche Botschaft in Kabul?

Zeuge „Fisch“: Es gab wohl eine konkrete Evakuierungsplanung seitens der Bundeswehr, was mir bekannt ist, die mir aber nie vorgelegt wurde. Daher weiß ich nicht, wie diese Planungen aussahen. Wir selber haben uns auf ein mögliches Evakuierungsszenario der deutschen Botschaft ohne Bundeswehr zunächst abgestützt und haben ein MoU gezeichnet mit der amerikanischen Botschaft, die uns zusicherte, im Falle eines Evakuierungsszenarios mit Hubschraubern aus der Green Zone Richtung internationaler Flughafen zu verbringen. Das haben wir eigeninitiativ gemacht, vor Ort an der Botschaft.

Natürlich gab es auch Krisenpläne, wer welche Funktionen im Rahmen einer solchen Krise wahrnimmt. Wir müssen ja auch immer noch ein gewisses Element vorhalten, um deutschen Staatsbürgern oder EU-Bürgern Hilfe leisten zu können vor Ort.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich würde Ihnen dazu gerne einen Vorhalt machen. Im „Spiegel“ vom 30. Juli 2022 heißt es - ich zitiere wörtlich -:

„Fisch weiß, wie schwachbrüstig die Evakuierungspläne für die Botschaft sind. Zwar hat die Bundeswehr zugesagt, die Diplomaten im Notfall vom internationalen Flughafen auszufliegen, doch da muss man erst mal hinkommen. Wie soll das gehen, wenn in der Stadt Gewalt und Chaos herrschen? Nicht unser Problem, sagen die Militärs.“

In seinem Lagerbericht vom 11. August wies der Zeuge „Fisch“ auf diese Problematik hin. Durch die Bundeswehr werden derzeit Evakuierungsmöglichkeiten vom Flugplatz erarbeitet. Noch offen und nicht abschließend geklärt ist der Transport aller zu Evakuierenden von der Botschaft zum Flughafen.

Und T. G. hat in seiner Vernehmung am 18. Januar ausgesagt nach vorläufigem Protokoll, es habe eine fest integrierte Planung der Evakuierung der deutschen Botschaften in der Außenstelle des BND gegeben mit einer genauen Evakuierungsanweisung bis zu einzelnen Checklisten für verschiedene Stufen;* diese Abläufe seien mehrfach geübt worden.

Vor dem Hintergrund dessen, was ich da gerade vorgetragen habe und was Sie gesagt haben über die Information oder Nichtinformation durch die militärischen Planungen: Was bedeutet das denn eigentlich in der Beurteilung dieser Evakuierungsüberlegungen?

Zeuge „Fisch“: Also, wenn ich Sie jetzt richtig verstanden habe: Wenn wir unsere Planung ohne die Bundeswehr durchgeführt haben, wie wir uns dahin gehend aufgestellt haben bezüglich der Evakuierungsmaßnahmen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Und wie Sie das bewerten.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge „Fisch“: Also, ich kann dazu nur sagen: Ich habe mehrfach eingefordert, dass ich in die Evakuierungspläne der deutschen Botschaft seitens des Militärs eingebunden werde. Das habe ich nie erhalten. Es gab da keine Pläne.

Erst unmittelbar vor - ich weiß jetzt nicht mehr genau den Zeitpunkt, wann es war; das war in der Woche vor der Evakuierung - wurde mir dann mitgeteilt, dass die Bundeswehr plant, einen Hub auf dem Flughafen, internationalen Flughafen, einzurichten. Aber wie das Personal der deutschen Botschaft zu diesem Flughafen kommt, das ist das Problem der deutschen Botschaft selber. Also eine Unterstützung der Bundeswehr bei einer möglichen Abholung aus der Botschaft war nicht vorgesehen. Das ist das, was mir zumindest per Telefon gesagt wurde.

Daraufhin haben wir unsere eigenen Möglichkeiten ausgeschöpft; da gab es ja verschiedene. Wir haben Planungen vorangetrieben, unter anderem, mit Fahrzeugen von der Botschaft zum Flughafen zu evakuieren, wobei im Vorfeld schon klar war - das haben uns mehrere internationale Militärs mitgeteilt -, dass dieser Flughafen wie ein Flaschenhals wirkt. Wir als internationale Gemeinschaft sind ja nicht die Einzigen, die bei einem Vorrücken der Taliban versuchen, zu evakuieren, sondern das betrifft ja auch viele afghanische Bürger. Und alle drängen zu diesem Flughafen, und die Straßen waren vollgestopft.

Und genau dieses Szenario ist auch eingetreten. Die Stadt füllte sich unmittelbar in der Woche vor der eigentlichen Evakuierung immer mehr mit afghanischen Flüchtlingen, und es war kein Durchkommen mehr mit den Fahrzeugen. So gesehen mussten wir unsere eigenen Planungen dahin gehend abstimmen mit den Amerikanern und versuchen, mit diesen zumindest die letzte Möglichkeit zu bekommen, zum Flughafen zu verlegen; sonst hätten wir dort verbleiben müssen, an der Botschaft.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wenn ich mir das so anhöre, was Sie sagen, würde ich doch mich fragen wollen: Haben Sie das eigentlich gegen-

über Vorgesetzten thematisiert, dass das ein Problem ist? Ist das irgendwo diskutiert worden, dass man das möglicherweise ändern muss? Gab es Überlegungen, zum Beispiel die deutsche Botschaft durch KSK-Kräfte zu verstärken, die Ihnen bekannt sind? Oder wie geht man damit um, wenn dann am Ende das eintritt, wovon Sie gerade sprachen, was Sie erwartet haben?

Zeuge „Fisch“: Also, ich habe also dieses Angebot, die deutsche Botschaft mit KSK-Kräften zu verstärken, das gab es weit im Vorfeld, und zwar sollte dort ein KSK-Element entsandt werden, zum 1. September, war der Plan, also einen Monat später. Dieses Element sollte, glaube ich, aus einer geringen Anzahl von KSK-Soldaten bestehen, in erster Linie, um den Kontakt zur NATO aufrechtzuerhalten und eine sichere Kommunikation zu gewährleisten, nicht als Kampfkraft in irgendeiner Art und Weise.

Später, am Samstag, unmittelbar vor der Evakuierung, bin ich aufgefordert worden, doch in der Botschaft zu verbleiben, und man würde mir ■ KSK-Soldaten senden, um diese zu schützen. Nur, da ich mich in Kabul zu dem Zeitpunkt ja schon länger aufgehalten habe und die Lage so bewertet habe, dass dies eigentlich nicht möglich ist, habe ich von diesem Angebot natürlich keinen Gebrauch gemacht und habe das verneint, also dass ich das als nicht notwendig ansehe, aus meiner Sicht.

(RDn Kathrin Geyer
(BMVg) meldet sich zu
Wort)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bitte schön. Die Bundesregierung wünscht das Wort.

RDn Kathrin Geyer (BMVg): Ja, danke schön. - Ich wollte nur kurz darauf aufmerksam machen, dass vielleicht die Stärke vom KSK so im Einzelnen nicht in der Öffentlichkeit besprochen werden sollte.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Es bezog sich nicht auf meine Frage, Ihre Anmerkung, habe ich gerade festgestellt, ja?



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich will aber noch mal nachhaken. Am Ende tritt etwas ein, was Sie erwartet hatten, was ja auch ein Problem darstellt. Aber es hat vorher nicht kritische Erörterungen zwischen verschiedenen Ressorts gegeben darüber, ob man daran was ändern muss, sondern das haben Sie zur Kenntnis genommen, haben Sie jetzt gesagt, dass so entschieden worden ist. Oder war das Ihrem Wissensstand nach Gegenstand von Erörterungen etwa zwischen Ressorts oder auch mit Blick auf das, wie andere Nationen das gehandhabt haben?

Zeuge „Fisch“: Also, ich kann Ihnen nur sagen: Wir hatten ja dieses Krisenberatungsteam, das im März 2021 an der Botschaft vertreten war, vor Ort. Die haben ja einen Bericht geschrieben mit Handlungsempfehlungen, auch für die deutsche Botschaft. Und welche Maßnahmen letztendlich daraus generiert wurden und was umgesetzt wurde in Deutschland, dazu kann ich Ihnen nichts sagen, das ist mir nicht bekannt, welche Pläne im BMVg oder im AA dazu vorangetrieben wurden.

Und aufmerksam gemacht haben wir natürlich. Wir haben VTCs geschaltet, auch mit dem Krisenreaktionszentrum, und haben dort auch noch mal aktiv nachgefragt nach möglichen Plänen, wie das konkret auszusehen hätte, wenn es zu einem Evakuierungsszenario kommt, haben es dann aber bis zum 15.08. nicht mehr bekommen, diese Pläne.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann will ich mal abstrakt fragen: Finden Sie es sinnvoll, dass der Sicherheitsbeauftragte der deutschen Botschaft in Kabul informiert wird über solche Konzepte, wenn es sie denn gibt?

Zeuge „Fisch“: Natürlich ist das sinnvoll. Also, Sie müssen unterscheiden: Ich war Sicherheitsberater. Der Sicherheitsbeauftragte ist der Ständige Vertreter an der Botschaft in der Regel. In dem Fall war es der Herr Jan van Thiel. Der war der Sicherheitsbeauftragte, und ich war mehr oder weniger sein Sicherheitsberater.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Also als Laie, muss ich sagen, erschließt sich einem die Logik

dieser Dinge noch nicht so richtig, aber das ist eine andere Sache. - Hatten Sie im Vorfeld Kenntnis - ich frage nur kursorisch; die Kollegen werden das ja in Teilen auch sicher vertiefen -, dass die USA ihre Botschaft verlassen würden?

Zeuge „Fisch“: Ja. Wir haben am Samstag eine Mitteilung bekommen - so, wie ich es, glaube ich, auch im Eingangsstatement gesagt habe -, dass die Botschaft in den nächsten 48 Stunden schließen würde. Das wurde auf operativer Ebene besprochen.

Außerdem haben wir vermehrte Flugtätigkeit wahrgenommen. Sie müssen sich das so vorstellen, dass da tagsüber nahezu viertelstündlich sogenannte Transporthubschrauber der Marke Chinook über die Green Zone von der US-Botschaft Richtung internationalem Flughafen geflogen sind, vermutlich um Personal und auch Material zu verfliegen. Das waren starke Indikatoren dafür, dass die US-Botschaft sich auf ein Evakuierungsszenario einrichtet.

Und auch das Berichtswesen durch andere internationale Partner: Andere Botschaften haben darauf hingewiesen, dass dies passiert. Die britische Botschaft hat es mir dann später am Samstag ganz offiziell gesagt: Wir schließen die Botschaft. Wir machen jetzt zu. Wir verlassen die Green Zone und gehen zum Flughafen. - So gesehen war uns das klar, dass das passiert.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie hatten das im Eingangsstatement gesagt bezogen auf den 14. August, wenn ich das richtig erinnere. - In MAT A AA-8.38 VS-NfD, Blatt 150 wird darauf hingewiesen, dass der Gesandte der deutschen Botschaft in Kabul, Jan Hendrik van Thiel, dem Auswärtigen Amt am 11. August unter dem Betreff „Alarmstufe dunkelgelb“ geschrieben hatte, dass die USA Amerikaner in großen Zahlen ausreisen würden, und die USA würden „ihre Leute und NATO“ ausfliegen und der „letzte Flieger“ das Land am 25. August verlassen. Davon wussten Sie aber an diesem 11. August nichts, oder waren Sie beteiligt?



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge „Fisch“: Da war ich nicht beteiligt. Das hat er mir, glaube ich, mündlich persönlich gesagt. Ich weiß nicht, ob ich diese E-Mail ebenfalls erhalten habe; das weiß ich nicht. Das war aber das Ergebnis einer Besprechung mit amerikanischen Militärs und internationalen Militärs.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Und dann kam die Information am 14. August, die Sie bekommen hatten, von wem?

Zeuge „Fisch“: Die kam von dem amerikanischen RSO, Regional Security Officer. Also, das ist quasi das Pendant zum Sicherheitsberater an der deutschen Botschaft. Wie gesagt, wir haben da ein sehr freundschaftliches Verhältnis gepflegt. Und ich habe die Nähe zu den Amerikanern natürlich gesucht aufgrund ihrer Fähigkeiten und war mir bewusst, dass ich da Unterstützung erhalten könnte.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Und wiederum „Der Spiegel“ berichtet dann in dem Artikel vom 30. Juli 2022, dass Sie über diese Informationen dann Herrn van Thiel unterrichtet haben.

Zeuge „Fisch“: Das ist richtig.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Und Sie haben eben gesagt, das war absehbar, dass sich das so entwickeln würde. Wir haben verschiedene Zeugen gehört hier, die eher, sagen wir mal, den Charakter des Überrascht-gewesen-Sein- - Also, würde ich hier viele der Aussagen subsumieren, die wir gehört haben. Können Sie das nachvollziehen?

Zeuge „Fisch“: Also, ich kann das nicht nachvollziehen. Aus meiner Sicht war die Sicherheitslage - - hat sich so entwickelt. Der Ring um Kabul wurde enger. Und warum sollte es, wenn es um Kabul ging, anders sein als in den Provinzhauptstädten?

Ich habe nur mit Jan van Thiel mich eng ausgetauscht. Wir haben auch mit anderen internationalen Partnern darüber gesprochen. Das Militär sprach von, ja, maximal vier Wochen, also Ende August oder Ende September spätestens würde

Kabul fallen. Aber die Geschwindigkeit, mit der die Taliban diese Gebiete gewonnen haben und eingenommen haben, führte dann bei mir persönlich zu einem anderen Lagebild, dass ich somit darauf eingestellt war, dass dieses Szenario früher eintritt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wann hatten Sie das erste Mal den Eindruck, dass die deutsche Botschaft in Kabul evakuiert werden müsste, nach Ihrer Erinnerung?

Zeuge „Fisch“: Ganz konkret am Freitag.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dieser „Spiegel“-Bericht, der sehr flott geschrieben ist, was die Formulierungen betrifft, der zitiert Sie indirekt. „Der Spiegel“ vom 30. Juli 2022: Der Zeuge „Fisch“ soll geäußert haben, er habe den Eindruck gehabt, dass das Auswärtige Amt seine Lagereinschätzungen „konsequent“ ignoriert habe. Die beiden Wörtchen „konsequent ignoriert“ sind wörtliches Zitat [sic!]. Ist das ein zutreffendes Zitat?

Zeuge „Fisch“: Weiß ich nicht, ob ich das so wortwörtlich gesagt habe. Aber ich habe wahrscheinlich darauf angespielt, dass ich unter anderem eine E-Mail verfasst habe, in der ich davon berichtete, dass unsere Nachbarbotschaften abziehen und dass ich jetzt eine Entscheidung brauche - weil die Parameter für den Schutz der deutschen Botschaft sind dann nicht mehr erfüllt -, wie wir damit umzugehen haben. Und diese Entscheidung habe ich eingefordert.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: „Der Spiegel“ berichtet auch darüber, dass Sie mit dem Präsidenten der Bundespolizei, Dr. Romann, telefoniert hätten. Und der habe Ihnen geraten - - Erinnern Sie sich noch, was er Ihnen geraten hat? Und ist es zutreffend, dass Sie da telefoniert haben?

Zeuge „Fisch“: Dr. Romann hat mich nicht beraten. Er hat sich erst mal von mir ein Lagebild geholt. Er hat sich persönlich bei mir erkundigt, was in Kabul vor sich geht, wie sich die Situation darstellt. Dazu habe ich ihm berichtet. Und er hat



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

mich dann gestärkt in meiner Entscheidungskompetenz. Da war er sehr bemüht und hat gesagt, dass er an mich glaubt, weil er mich persönlich auch kennt, und wollte mir eigentlich den Rücken stärken - das war seine Absicht - für alle Entscheidungen, die zu treffen sind.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann zitiere ich doch noch mal den „Spiegel“ konkret. Da heißt es: Dr. Romann habe Ihnen in diesem Telefonat geraten, die Diplomaten vorsorglich in Obhut zu nehmen, wenn „er das Gefühl habe, die Botschaft müsse evakuiert werden“. Das wird da zitiert in diesem „Spiegel“-Bericht.

Zeuge „Fisch“: Dr. Romann hat zu mir gesagt, wenn ich den Eindruck habe, dass die deutsche Botschaft evakuiert werden müsste, und das Auswärtige Amt dieser Auff- - oder diesem nicht zustimmt, sondern anderer Auffassung ist, dann solle ich die Entsandten in Schutzgewahrsam nehmen und mit zur Evakuierung führen. Das waren seine Worte.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Was ja ein außerordentlich ungewöhnlicher Vorgang wäre, richtig?

Zeuge „Fisch“: Das wäre ein sehr außerordentlicher und ungewöhnlicher Vorgang, war aber an der deutschen Botschaft überhaupt nicht notwendig, weil wir als Team dort vor Ort alle der gleichen Auffassung waren. Zum Glück!

(Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich will Sie zu was ganz anderem fragen: Haben Sie Kenntnis darüber, ob sensible Daten oder sonstiges Material der deutschen Botschaft in Kabul zurückgeblieben sind?

Zeuge „Fisch“: Da habe ich keine Kenntnis zu, ob was zurückgeblieben ist. Ich weiß, dass wir vernichtet haben. Aber ob sensible Daten zurückgeblieben sind, da weiß ich wirklich nichts zu sagen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gab es zum Zeitpunkt der Evakuierung nach Ihrem Kenntnisstand noch Ortskräfte an der deutschen Botschaft?

Zeuge „Fisch“: An der Botschaft selber nicht. Das habe ich in Abstimmung mit dem Verwaltungsleiter beschlossen, dass die Ortskräfte aufgrund der sich zuspitzenden Lage und auch dem Wochenende - Freitag war ja der Sonntag in diesem Land - - haben wir davon abgesehen, dass die Ortskräfte zur Botschaft kommen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich würde jetzt gern mit Ihnen ein bisschen über die Lage am Flughafen sprechen. Sie haben das ja vorhin schon angedeutet in Ihrem Eingangsstatement, wie die Situation insgesamt gewesen ist. Welche Deutschen befanden sich denn nach dem 15. August 2021 noch am Flughafen?

Zeuge „Fisch“: Also, Sie meinen jetzt - - Am Flughafen selber befanden sich nach meinem Kenntnisstand keine Deutschen. Also, das deutsche Militär war komplett abgezogen. Und wir - - Also, reden Sie vom 20. August? Entschuldigung.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Nach dem 15. August.

Zeuge „Fisch“: Nach dem 15. August also sind wir mit der deutschen Botschaft evakuiert und waren zunächst die einzigen Deutschen am internationalen Flughafen. Das ist mein Kenntnisstand.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: In MAT A AA-8.124 VS-NfD, Blatt 21 - das ist eine E-Mail vom Krisenreaktionszentrum - ist die Rede von ■ deutschen Personen, die am Flughafen verblieben seien: ■ Mitarbeitende des Auswärtigen Amtes, ■ Mitarbeiter der Bundespolizei, ■ Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes und ■ weitere deutsche Staatsangehörige. Das ist sozusagen die Aussage in dieser E-Mail vom Krisenreaktionszentrum. Das war Ihnen so aber nicht bekannt, oder?



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge „Fisch“: Das war das Team - das muss ich jetzt korrigieren - - Als wir am 15. August mit der gesamten Belegschaft der deutschen Botschaft zum militärischen Teil des Flughafens in Kabul verlegt haben, haben wir die große Masse der deutschen Botschaft evakuiert mit amerikanischen Fliegern nach Doha. Und ein kleineres Team, bestehend aus diesen, die Sie gerade vorgelesen haben, ist vor Ort geblieben, um Evakuierungsmaßnahmen für deutsche Staatsbürger vor Ort einzuleiten.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann war das, glaube ich, nur ein Missverständnis. - Was war Ihre konkrete Aufgabe am Flughafen?

Zeuge „Fisch“: Zunächst einmal der Schutz der zurückgebliebenen Entsandten, dass sie ihre Aufgaben dort wahrnehmen können. Und zum anderen haben wir unser Aufgabenspektrum erweitert und haben versucht, deutsche Staatsbürger in den Anfangszeiten auf das Flughafengelände zu bekommen. Unter anderem haben wir auch die Frau Dr. Alema, die heute Morgen hier war, auf den Flughafen geholt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wenn Sie im Nachhinein die Zusammenarbeit betrachten im Kernteam des Auswärtigen Amtes, mit dem BND, mit den Einsatzkräften des BMVg, wie würden Sie die Zusammenarbeit bewerten? Und wie haben Sie jeweils miteinander kommuniziert?

Zeuge „Fisch“: Meinen Sie die Zeit am Flughafen dann konkret?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ja, ich bin immer noch beim Flughafen.

Zeuge „Fisch“: Das war ein sehr - in unserem Jargon - kameradschaftliches Zusammenarbeiten, mit der Bundeswehr insbesondere. Wir haben uns gegenseitig unterstützt und ausgeholfen und haben regelmäßige Lage-Briefings durchgeführt und unsere Maßnahmen miteinander abgestimmt. Und das umfasst alle vertretenen Ressorts und Behörden vor Ort.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Und wie haben Sie jeweils kommuniziert untereinander?

Zeuge „Fisch“: Kommunikation mit Whatsapp oder anderen Messengerdiensten, natürlich auch mit Anrufen. Ich persönlich hatte am Flughafen selber keine IT mehr zur Verfügung - die war vernichtet bzw. defekt - und konnte eben nur über dieses Medium kommunizieren. Natürlich auch in Briefings und mündlich persönlich.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Hatten Sie während der Evakuierungsoperation Austausch mit anderen Nationen, und, wenn ja, wie sah das aus?

Zeuge „Fisch“: Nun ja, „Austausch mit anderen Nationen“, das ist ein gutes Stichwort.* Also, Sie wissen ja, dass dort nur begrenzte Fahrzeugkapazitäten zur Verfügung standen. Und in Norddeutschland sagen wir: Da mussten wir ab und zu mal ein Fahrzeug schanghaien, damit wir selber ein bisschen mobil bleiben. - Und da gab es dann natürlich schon mal einen Austausch mit anderen Nationen, die dieses Fahrzeug vorher für sich beansprucht haben. Aber da haben wir uns immer gütlich geeinigt. Das ging immer ganz gut.

(Thomas Röwekamp
(CDU/CSU): Muss man das
übersetzen? - Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: - Ich glaube nicht. Das verstehen auch Nichtnorddeutsche, oder? - Sie haben ja eben schon mit Blick auf die Zeugin, die wir vorhin gehört haben, gesagt, dass es die Aufgabe auch war, einzelne Personen in den Flughafen zu bringen. Aus anderen Zeugnisaussagen wissen wir, dass das eine sehr robuste Angelegenheit gewesen ist. Mögen Sie uns das mal aus Ihrem eigenen Erleben schildern, wie sich das abgespielt hat?

Zeuge „Fisch“: Das war eine sehr schwierige Phase für uns. Sie müssen sich vorstellen, dass ein Zulauf Richtung Flughafen stattfand, der einfach nicht mehr zu kontrollieren war, in keinsten Art und Weise.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Und wir hatten natürlich auch einige deutsche Staatsbürger außerhalb des Flughafens. Und wir hatten auch einige Lokalbeschäftigte der deutschen Botschaft insbesondere, die uns persönlich bekannt waren. Und mein Telefon selber - die Nummer ist auch in der internationalen Community und in der afghanischen Community sehr bekannt gewesen -, dort liefen Anrufe und Nachrichten en masse auf, wer sich alles auf dem Flughafen oder in der Nähe des Flughafens befand. Und wir haben dann versucht, mit unseren bescheidenen Mitteln, mit dem kleinen Team Bundespolizei, was vor Ort war, so viele wie möglich, auch unter dem Einsatz unserer eigenen Gefährdung, Menschen auf den Flughafen zu bekommen.

Und die Bilder, die sich davor abgespielt haben, ich glaube, die haben Sie den Medien entnehmen können, was da los war. Und das war gar nicht so einfach; das kann ich Ihnen sagen. Wenn man dann jemanden gesehen hat, dem man helfen wollte und der mehr oder weniger in greifbarer Nähe war: Sich da durchzukämpfen und diesen Menschen dann auf das Flughafengelände zu zerren, das war sehr schwierig.

Also, da kann ich mich nur bei meinem Team noch mal ausdrücklich bedanken, wie geschlossen wir das geschafft haben und dass sie bereit waren, dieses Risiko auf sich zu nehmen und das zu tun. Das muss ich an dieser Stelle noch mal erwähnen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir haben schon vor einer ganzen Weile Zeugen gehört, die uns geschildert haben, wie schwierig das gewesen ist, auf Flugzeuge zu gelangen, auch mit Blick darauf, wer auf welchen Listen gewesen ist, und dass dann Feldjäger vor Ort teilweise auch in schwierigen Verfahren Leute zurückgewiesen haben, beispielsweise weil die - das war die Aussage eines Zeugen - die auch ein wenig eigenwillig gehaltene Mitteilung aus dem BMVg, dass sie auf so eine Liste gehören, jedenfalls nicht ausgedruckt dabei hatten, sondern nur einen Handyhinweis geben konnten.

Sind Ihnen solche Vorgänge bekannt? Wissen Sie, wie das sich abgespielt hat? Und wer hat da eigentlich die Entscheidung konkret zu treffen vor Ort in der unmittelbaren Situation?

Zeuge „Fisch“: Das war in der Tat eine sehr heikle Angelegenheit nach meinem Kenntnisstand. Es war nicht meine Aufgabe, sondern dazu gab es das sogenannte Krisenunterstützungsteam, das sich zusammensetzt aus Mitarbeitern des Auswärtigen Amtes und der Bundeswehr. Und diese Listen gab es dort in der Tat. Aber so, wie ich das wahrgenommen habe, war das ein unübersichtliches Chaos an Namen, was dort vor Ort vorlag, und sehr schwierig für die Entscheidungsbeamten, dort die richtigen Entscheidungen zu treffen.

Dass aufgrund dessen Leute abgewiesen wurden, nachdem sie den Eingangsscheck passiert haben, das ist mir so nicht bekannt. Das weiß ich nicht; das kann ich Ihnen nicht sagen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Haben nach Ihrem Kenntnisstand andere Nationen, zum Beispiel die Amerikaner, anders gehandelt, was das Thema angeht, wer mitgenommen wird und wer nicht?

Zeuge „Fisch“: Die Amerikaner haben, losgelöst von der Bundeswehr und dem KUT-Team, eigene Checkpoints betrieben, also parallel zu den Checkpoints der Bundeswehr, und sich ausschließlich um ihre eigenen Ortskräfte und ihre eigenen Staatsbürger gekümmert. Sie haben also alle anderen NATO-Staatler und alle an- - Ortskräfte liefen über das Gate, was von der Bundeswehr betrieben wurde.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Hat es nach Ihrem Kenntnisstand eine Evaluierung im Nachhinein dieser ganzen Aktion am Flughafen gegeben oder Konsequenzen, die daraus gezogen worden sind für möglicherweise spätere Missionen oder - -

Zeuge „Fisch“: Nein. Ist mir nicht bekannt, dass da in irgendeiner Art und Weise eine Nachbereitung stattgefunden hat; das wüsste ich nicht. Also, ich war zumindest nicht dabei.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Was wären denn aus Ihrer Sicht die Lessons learned mit Blick auf das, was Sie da am Flughafen erlebt haben in der ganzen Konstellation, wie sich das abgespielt hat?

Zeuge „Fisch“: Das ist schwierig. Lessons learned aus meiner Sicht, dass die Krisenvorsorge vielleicht noch verbessert werden muss, dass die Krisenvorsorge noch ressortübergreifender gestaltet werden muss unter Einbeziehung aller Ressorts - für die Auslandsvertretung, aber auch für die deutschen Staatsbürger in dem Land. Das ist sicherlich ein Thema. Aber ansonsten ist die Situation in Kabul wohl auch ein wenig wirklich schwierig zu handeln gewesen, weil es eben nur diesen einen Hub gab, zu evakuieren. Und ich habe mir den Satz halt zu Herzen genommen: Besser früher als später denken. Also, und das hätte meiner Meinung nach vorher passieren müssen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wie würden Sie insgesamt die humanitäre Lage am Flughafen in diesen Krisenstunden sozusagen beschreiben? Und was hat das mit der psychischen und physischen Lage sozusagen derer gemacht, die dafür zuständig waren, das zu regeln, also Ihrer Leute?

Zeuge „Fisch“: Das muss man unterscheiden. Die Situation außerhalb des Flughafens war eine totale Katastrophe. Also, da drangen Menschen gegen das Tor, Familien mit Kleinkindern, Babys. Sie haben die Bilder sicherlich gesehen. Davor gab es eine von den Amerikanern beauftragte afghanische Spezialeinheit, die rücksichtslos agiert hat, um diese Menschenmassen von diesem Tor abzuhalten. Dort kamen regelmäßig Gummigeschosse, Tränengas etc. zum Einsatz, aber auch scharfer Schusswaffeneinsatz. Auch das ist passiert. Ich selber habe gesehen, wie jemand dort angeschossen wurde. All diese Dinge sind da vor Ort passiert. Und was das mit den Menschen gemacht hat und mit denen, die das auch gesehen haben: Das nimmt, glaube ich, jeder unterschiedlich auf. - Das ist das eine.

Die humanitäre Lage selber auf dem Flughafen war zu Beginn schwierig, weil man nicht darauf

eingestellt war, auf die Menschenmassen, die da strömten, wurde aber mit zunehmender Dauer der Lage immer besser, weil die Versorgungseinrichtungen professionalisiert wurden und auch Verpflegung bereitgestellt wurde.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Würden Sie es insgesamt für erforderlich halten, dass das, was ich vorhin gefragt habe, ob es das nach Ihrem Wissen gegeben hat, nämlich so eine Lessons learned-Schlussfolgerung aus diesen Gegebenheiten, noch erstellt wird?

Zeuge „Fisch“: Herr Vorsitzender, wenn ich ganz ehrlich bin, ein persönliches Anliegen von mir: Wenn wir aus dieser Krise und aus anderen Krisen lernen würden und vielleicht unser Krisenmanagement in Deutschland dahin gehend ein bisschen ändern würden, dann wäre das ein ganz großer Erfolg für mich. Ich bin ein starker Verfechter von - - Oder ich sehe, dass diese Schnittmenge zwischen operativ-taktischen Bedarfen und strategisch-politischen Bedarfen in unserem Krisenmanagement nicht unbedingt optimal abgedeckt ist.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. Das waren meine Fragen. - Und dann geht das Frage-recht jetzt an die Union. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Vielen Dank. - Und Ihnen vor allen Dingen zunächst mal vielen Dank nicht nur, dass Sie heute da sind, sondern vor allen Dingen auch für den Einsatz dort vor Ort. Ich glaube, das können wir uns kaum vorstellen, unter was für Belastungen auch Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen da gelitten haben.

Ich versuche, jetzt nicht redundant zu sein zu den Vorfragen, weil schon sehr, sehr viel abgefragt wurde. Es kann sein, dass das deswegen ein bisschen sprunghaft ist. Ich würde aber gerne gleich an eine Frage anhängen; da hat mir die Folgefrage quasi unmittelbar gefehlt. Es war vorher die Rede davon, dass Sie abrufen wollten eine Entscheidung, was denn nun zu tun wäre, weil die Nachbarbotschaften abziehen. Meine



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Frage ist: Wann haben Sie das abgefragt, und wann kam die Antwort dazu?

Zeuge „Fisch“: Nach meinem Kenntnisstand habe ich diese E-Mail am Samstag versendet vor der Evakuierung, also am 14.08. Und eine Antwort habe ich darauf nicht erhalten.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Das soll nicht blöd klingen: Also, „nicht“ heißt „nicht unmittelbar“ [sic!], sondern einfach gar nicht, also auch nicht am Sonntag, am Montag.

Zeuge „Fisch“: Nein, gar nicht; nein. Keine Antwort habe ich darauf erhalten. Das mag auch damit zusammenhängen, weil diese E-Mail eigentlich auch an mein zuständiges Referat gerichtet war, 107, und dort vielleicht auch zu dem Zeitpunkt nicht gearbeitet wurde, weil ja Samstag war.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Gut. - Dann würde ich einen weiteren Punkt anhängen wollen, nämlich: Laut Herrn van Thiel wurden am 13. August - das war dann wohl der Freitag, glaube ich, auch; Freitag, ja - in einer mehrstündigen Diskussion konkrete Maßnahmen zur Vorbereitung der Evakuierung besprochen und mit der Umsetzung begonnen, also schon am Freitag, 13. In einer E-Mail am gleichen Tag konterkariert der designierte neue Botschafter diese Entscheidung weitgehend. War Ihnen bewusst, dass es da deutliche Spannungen gab? Und hatte das dann auch Einfluss auf die Planungen? Denn es betrifft ja unmittelbar die Botschaft.

Zeuge „Fisch“: Könnten Sie mir das eingangs noch mal wiederholen? Wer hat jetzt was dort gesagt?

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Ich sage vor allen Dingen auch gleich mal die MAT-Nummer: Das ist MAT A Auswärtiges Amt-8.36 VS-NfD, Blatt 116, 117. Und zwar: Laut Herrn van Thiel wurden am 13. August 21 in einer mehrstündigen Diskussion konkrete Maßnahmen zur Vorbereitung der Evakuierung besprochen und sollte auch mit der Umsetzung begonnen werden. Und in einer E-Mail am gleichen Tag - das ist die, die

ich gerade zitiert habe und die wir eventuell auch vorlegen können - konterkariert der designierte neue Botschafter diese Entscheidungen aber weitgehend zu dieser Evakuierung. Da ist meine Frage, ob es Ihnen eben bewusst war, dass zwischen Herrn van Thiel und dem designierten neuen Botschafter da offenkundig keine Harmonisierung der Meinungen stattgefunden hat.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Zeuge „Fisch“: Also, zu dem Zeitpunkt am Freitag, weiß ich nicht, wahrscheinlich meinte der Herr van Thiel den Krisenstab, der getagt hat am Freitag, den 13., und bezog sich darauf in seiner Mail. Und die E-Mail-Korrespondenz zwischen Herrn Potzel, glaube ich, und Herrn van Thiel ist mir nicht bekannt; da kann ich nichts zu sagen.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Wenn Sie das aber jetzt so hören und dann auch hier nachlesen können, würden Sie behaupten, dass Herr Potzel dann über die Realitäten vor Ort auch genauso exakt informiert war wie Sie und Herr van Thiel?

Zeuge „Fisch“: Also, ich gehe davon aus, dass der Herr Potzel über die Realitäten vor Ort sehr informiert war und dass er die kannte vor Ort; da gehe ich von aus.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Okay. - Und war es dann die richtige Entscheidung, den Einsatz der Bundeswehr weiter nach hinten zu verschieben?

Zeuge „Fisch“: Am Freitag war es aus meiner Sicht eine Fehlentscheidung. Den Verlauf des Krisenstabes - ich durfte selber zuhören -, den kennen Sie ja, glaube ich, wie das war. Und das endete dann ja mit einem Statement der Vizepräsidentin, glaube ich, die noch gesagt hat, dass Kabul so schnell nicht fällt, sondern dass wir noch vier Wochen Zeit haben, Minimum. Und das führte dann zu der Entscheidung, dass nicht evakuiert wird und die Bundeswehr sich darauf vorbereitet, aber eben noch nicht in den Einsatzraum verlegt.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Okay. - Und am 14. August schrieben Sie aber dann auch, weil Herr van Thiel mit dieser Frage schon gescheitert war, was denn die Unterbringung von Kräften der GIZ auch noch im Bereich der Botschaft - - möglich sein würde und die Notwendigkeit auch einer Reduzierung der deutschen Präsenz. Ich nehme an - Sie korrigieren mich, wenn ich das falsch interpretiere -, weil einfach die Räumlichkeiten nicht ausgereicht hätten für diese Menge an dann zu schützenden Personen.

Und hier gibt es ein Zitat - das haben Sie geschrieben -:

„Aufgrund der derzeitigen Sicherheitslage und der eingeschränkten Transportkapazitäten haben wir jetzt schon das Maximum an Schutzpersonen übertroffen.“

Das war am 14. August. Da würde mich interessieren, ob es da eine Reaktion von Herrn Potzel auf diese sehr zwingende Argumentation gab und, wenn ja, welche?

Zeuge „Fisch“: Also, Herr Potzel hat meiner Kenntnis nach auf diese E-Mail nicht geantwortet. Und das bezog sich auch darauf, dass wir nicht noch mehr Mitarbeiter an der deutschen Botschaft jetzt vertragen. Wenn es darum ging, deutschen Staatsbürgern zu helfen, war natürlich jeder willkommen. Darum ging es nicht. Aber es ging da nach meinem Kenntnisstand darum, dass die GIZ an der deutschen Botschaft weiterarbeiten sollte. Und das wollte ich halt verhindern. Ich wollte die Signatur verkleinern an der deutschen Botschaft. Ich wollte die Evakuierungsmasse kleiner machen, damit wir schneller und flexibler evakuieren können. Das war mein Ziel mit dieser E-Mail. Herr Potzel hat darauf aber nicht geantwortet. Der hat mir zu einem späteren Zeitpunkt am Samstag noch eine Mail geschickt, ja.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Die sich aber nicht darauf bezog.

Zeuge „Fisch“: Das weiß ich nicht. Er hat mich dazu aufgefordert dann, in der Botschaft zu verbleiben und die Pläne, zum Flughafen zu verlegen, ad acta zu legen, weil es am Flughafen ja viel gefährlicher ist als in der Botschaft selbst. Und die Taliban bräuchten wir nicht zu fürchten. Und er würde mir - Punkt, Punkt, Punkt - KSK-Soldaten schicken. Das waren seine Worte.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Okay, da tun sich jetzt ganz viele Fragen gleichzeitig auf. Ich versuche, sie hintereinander zu reihen und keine zu vergessen. - Nachdem Sie das jetzt schon wiederholt berichtet haben, stellt sich mir schon die Frage, ob Sie das Gefühl hatten, dass Ihre Forderungen und Hinweise im Auswärtigen Amt so wirklich ernst genommen worden sind.

Zeuge „Fisch“: Das kann ich nicht bewerten. Ich weiß nicht, ob es ernst genommen wurde. Ich hatte nur das Gefühl, dass es nicht gehört wurde.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Gut. - Hatten Sie insgesamt den Eindruck, dass die Beachtung des Sicherheitskonzepts, also die Beachtung, so wie Sie es geplant haben, ein relevanter Faktor war, oder waren andere Faktoren möglicherweise überwiegend?

Zeuge „Fisch“: Das kann ich Ihnen nicht sagen; das weiß ich nicht.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Gut. - Jetzt waren wir schon mal bei der Anzahl. Darum würde ich hier noch mal nachfragen wollen. Am 15. August haben Sie am frühen Morgen den aktuellen Planungsstand wieder kommuniziert nach Berlin. Also offenkundig ist zumindest die Kommunikation von Ihnen sehr regelmäßig und sehr nachhaltig ausgegangen. Und demnach war geplant worden, dass auch die Ortskräfte der deutschen Botschaft mit ausgeflogen und evakuiert werden sollen, was ja dann immer mehr Personen bedeutet. Die Frage ist: Standen denn diese Personen auch schon bereit? Hatte man denn in der Botschaft dann auch die Menschen schon quasi beisammen? Und war auch dann ein Plan - wir kommen gleich noch dazu -, wie denn



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

dann - Sie sagen selber - flexibel evakuiert hätte werden können?

Zeuge „Fisch“: Also, die standen noch nicht bereit. Der Plan existierte, diese mit einem zuvor angemieteten Charterflieger, so wie ich das in Erinnerung habe, der sich, glaube ich, sogar schon am Flughafen in Kabul befand, zu evakuieren und auszufliegen. Das war, glaube ich, der Sachstand. Da kam es dann aber leider nicht mehr dazu, weil sich die Lage und die Situation dann überschlagen haben.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Jetzt will ich da trotzdem noch mal nachhaken. Wenn diese noch gar nicht da waren, die Maschine quasi aber schon bereitstand, wie hätte man denn das binnen weniger Stunden organisieren können?

Zeuge „Fisch“: Na, wir hätten das natürlich dann - - die hätten wir zum Flughafen geschickt. Und vor Ort hatten wir natürlich auch ein Netzwerk mit afghanischen Sicherheitskräften und hätten natürlich vor Ort auch ein Krisenunterstützungsteam entsandt, welches die Ortskräfte identifiziert und auch auf den Flieger setzt.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Okay. - Dann komme ich jetzt mal kurz zu den Optionen. Wir haben ja vorher schon mal kurz über die Möglichkeiten gesprochen: Wie kommen die Schutzpersonen von der Botschaft dann an den Flughafen und da danach noch mal in die Flugzeuge? Da gab es ja die eine Option, die da war, dass Sie einen Fahrzeugkonvoi schicken. Und wenn ich Sie vorher in Ihrem Eingangsstatement richtig verstanden habe, dann sprachen Sie davon, dass Sie sagten, die Signaturen des Konvois waren so auffällig, dass - das interpretiere ich jetzt; bitte, Sie stoppen sofort, wenn Sie es für falsch halten - es zu gefährlich gewesen wäre, diese, ich glaube, 6 Kilometer - oder was das waren - in dieser Auffälligkeit fahren zu lassen.

Zeuge „Fisch“: Ja, das war meine Einschätzung. Ich hatte ja die Möglichkeit, über die Amerikaner ein Luftbild von Kabul, ein Live-Luftbild, zu generieren. Und darauf sah ich halt, wie voll die Stadt war, wie viele Menschen da unterwegs

waren, auch schon Richtung Flughafen, und dass die Straßen verstopft waren mit Fahrzeugen. Und nach meiner Lagebewertung wäre es nicht zu verantworten gewesen, mit so auffälligen Fahrzeugen dann durch das Stadtbild zu fahren, wenn wir überhaupt vorwärtskommen, und als offensichtlich Angehörige der internationalen Gemeinschaft versuchen, Richtung Flughafen zu verlegen. Das hätte mit Sicherheit auch den Unmut der afghanischen Bevölkerung auf uns gezogen. Das war für mich keine Option mehr zu dem Zeitpunkt.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Hätten Sie denn, selbst wenn Sie das riskieren hätten wollen, genügend Sicherheitskräfte gehabt, die auch diesen Konvoi begleiten könnten und schützen?

Zeuge „Fisch“: „Genügend Sicherheitskräfte“ ist immer eine schwierige Aussage. Wir haben natürlich Sicherheitskräfte vor Ort gehabt, um die Lage handeln zu können. Aber wenn es da zu einer Auseinandersetzung gekommen wäre, vielleicht auch einer Auseinandersetzung mit entsprechenden Tätern, wäre es eventuell nicht möglich gewesen.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Dann beziehe ich mich noch mal auf eine Aussage, die Sie, ich glaube, entweder in der Beantwortung einer der Fragen oder bei Ihrem Statement getroffen hatten, nämlich: Die Option, in der Botschaft zu verbleiben, war meines Erachtens oder war nach Ihren Aussagen vom Auswärtigen Amt zunächst präferiert worden, mit dem Hinweis, die Bundeswehr würde die Botschaft schützen. - Ist das falsch oder richtig?

Zeuge „Fisch“: Da bezog ich mich auf eine E-Mail von Herrn Potzel, die an mich gerichtet war am Samstag. Und er präferiert - ich weiß nicht, ob das die Meinung des Auswärtigen Amtes war; er hat das nur so in meine Richtung kommuniziert -, dass er mir - Punkt, Punkt, Punkt - KSK-Soldaten schicken würde, um die Botschaft zu sichern, und dass ich nicht zum Flughafen verlegen sollte. Aus meiner Sicht aber eine Lagebewertung, die nicht geeignet war, um die Lage zu bewältigen.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Jetzt hat der Herr Vorsitzende mehrfach den „Spiegel“-Artikel zitiert. Das würde ich jetzt an der Stelle auch tun und Ihnen da auch ein Zitat vorlesen wollen, das so angeblich gefallen ist:

„**Fisch** teilt seinen Vorgesetzten im Außenressort und bei der Bundespolizei nach seiner Rückkehr mit, dass er in Zukunft nicht mehr für das Auswärtige Amt arbeiten werde. Er fühlt sich im Stich gelassen.“

Ist das richtig zitiert?

Zeuge „Fisch“: Das ist so nicht richtig zitiert. Also, ich fühle mich nicht im Stich gelassen; das habe ich nicht gesagt. Aber dass ich nicht mehr für das Auswärtige Amt im Ausland arbeiten werde, das habe ich so gesagt; das ist richtig.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Da muss ich zwangsläufig jetzt „Warum?“ fragen.

Zeuge „Fisch“: Weil ich, ganz ehrlich - - Ich habe Ihnen auch in meinem Eingangsstatement schon gesagt, dass ich schon sehr viel Krisenerfahrung sammeln durfte. Und ein Stück weit hat das jetzt das Fass zum Überlaufen gebracht, muss ich Ihnen - - Ich bin damit nicht zufrieden gewesen, wie mit dieser Krise umgegangen wurde. Und dann möchte ich mich auch nicht mehr zur Verfügung stellen für weitere Auslandsmaßnahmen.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Dem schließen sich gleich zwei Fragen an. Sie haben gesagt, das ist wohl dann mehrfach vorgekommen in Ihrer Laufbahn, dass in solchen Krisen einfach suboptimal gearbeitet oder kommuniziert wurde. „Welche Krisen meinen Sie noch?“, ist die erste Frage. Und die zweite Frage ist: Wann haben Sie dann für sich so eine doch klare Entscheidung getroffen, die auch Ihre Laufbahn dann beeinflusst?

Zeuge „Fisch“: Ich war zuvor bereits in Afghanistan eingesetzt, auch 2008, 2009, dort als Leiter eines Personenschutzteams und hatte dort ebenfalls zwei Anschläge mitgemacht, die meiner

Meinung nach nicht sehr gut abgearbeitet wurden, oder die Anschläge selber schon, aber die Auswirkungen dieser Anschläge hätten vermieden werden können im Vorfeld. Und ich war mehrfach im Irak eingesetzt, und auch dort gab es Dinge, die vorgefallen sind. Unter anderem haben wir auch zwei meiner Kameraden dort verloren im Dienst, die auf dem Weg von Amman nach Bagdad waren, was man vielleicht hätte vermeiden können.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Darf ich kurz fragen, wie lange ich noch habe? Entschuldigung.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie dürfen noch fünf Minuten.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Ah, das passt noch. - Dann ist nämlich die nächste Frage auch eine relativ logische, nämlich: Welche Anpassungen wären aus Ihrer Sicht notwendig oder jetzt für Ihre Entscheidung notwendig gewesen aus den diversen Krisen, die Sie offenkundig erlebt haben, damit Sie hier eine andere Entscheidung getroffen hätten, damit Sie gesagt hätten, da gab es ein Lessons learned wohl im Auswärtigen Amt aus verschiedenen Ereignissen?

Zeuge „Fisch“: Ich glaube, da sind wir auch mittlerweile auf einem guten Weg. Zum einen ist das natürlich das Mindset, das Sicherheitsempfinden beim Auswärtigen Amt für gewisse Dinge. Und der zweite Punkt, den ich auch schon dem Herrn Vorsitzenden mitgeteilt habe, dass wir vielleicht unser Krisenmanagement auf andere Beine stellen würden. Das wären so Punkte, die mich überzeugen würden.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Dazu kombiniere ich jetzt eine weitere Thematik, nämlich: Es wurde ja am Ende dann die eine Option gezogen, nämlich dass die Rettung durch die USA erfolgt ist und die Evakuierung. Ist es ein Teil dessen, dass Sie sagen: „Genau auf diese Hilfeleistung sollte man nicht mehr angewiesen sein; eine der Lessons learned müsste eigentlich sein, dass jenseits Kommunikation, Aufstellung von Krisenplänen etc. auch diese Möglichkeit ganz anders



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

dargestellt werden muss, wenn es zu Evakuierungen kommen muss“?

Zeuge „Fisch“: Optimal wäre es ja sicherlich, wenn wir mit eigenen Mitteln solche Maßnahmen durchführen können. Und die Bundeswehr hat sich ja vor Ort wirklich bemüht, mit ihren Mitteln das Optimale zu schaffen. Aber wir waren da halt so gesehen nicht darauf vorbereitet. Und in mehreren, in anderen Auslandslagen war es ähnlich. Der verlässliche Partner sind die Amerikaner. Das ist einfach so. Und da orientiert man sich als Sicherheitsberater als Erstes in den Krisenländern, wenn man seine Botschaft resilient machen möchte und Pläne in der Schublade haben möchte für eine mögliche Evakuierung.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Da habe ich jetzt noch eine Wissensfrage dazu, die ich einfach tatsächlich nicht weiß: Ist die Bundeswehr denn schon ab Botschaft und für die Botschaft zuständig oder eigentlich bei Evakuierungen erst ab dem Flughafen?

Zeuge „Fisch“: Die Botschaft ist für den Schutz der Auslandsvertretung nicht verantwortlich.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Die Bundeswehr.

Zeuge „Fisch“: Die Bundeswehr - Entschuldigung - ist für den Schutz der Auslandsvertretung nicht verantwortlich; das nicht. Aber sie sind natürlich zusammen mit dem Auswärtigen Amt im Rahmen der Krisenunterstützung verantwortlich für die Evakuierung der deutschen Staatsbürger und somit auch für die Angehörigen der deutschen Auslandsvertretung.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Jetzt habe ich wahrscheinlich nur höchstens eine Minute.

(MRn Dr. Kerstin Schult-
heiß (BT) deutet „zwei“
durch Handzeichen an)

- Ah, sehr gut, dann geht ja noch ein bisschen. -
Ich würde sehr gerne - - Wir haben jetzt viel über
den Samstag schon gesprochen. Mich interessiert

tatsächlich, wie der Entscheidungsablauf am Morgen des 15. August dann bestand, insbesondere als wir vorher ja schon mal angesprochen hatten, dass es da ja unterschiedliche Auffassungen gab zwischen dem Auswärtigen Amt und Ihnen, wie denn jetzt da die Lage einzuschätzen ist. Wie hat sich das am Sonntagmorgen, 15., dann entwickelt?

Zeuge „Fisch“: Da wurde die Lage ja noch dynamischer, und ich war natürlich gestärkt durch den Anruf von Herrn Dr. Romann. Habe ich einen Anruf der Amerikaner entgegengenommen, die ausgesagt haben, dass ihre Maßnahmen jetzt noch zügiger abgeschlossen werden, dass das Zeitfenster kürzer wird und dass der letzte Flug - jetzt weiß ich nicht mehr genau -, ich meine, 16 Uhr oder 17 Uhr die amerikanische Botschaft verlassen würde und ob wir noch irgendeinen Support benötigen; das war die Frage.

Und da habe ich gesagt: „Ja, wir brauchen noch Support, wir wollen mitfliegen, und wir würden gerne so gegen 16 Uhr dann an der Botschaft erscheinen“, weil ich natürlich im Hinterkopf hatte, dass wir noch einige Maßnahmen zu treffen hatten. Und da hat er mich gefragt, von wie vielen Leuten spreche ich denn. Ich habe ein bisschen höher gegriffen als die tatsächliche Zahl. Ich habe, glaube ich, 80 gesagt oder so was. Und dann sagte er zu mir: Come now or never. - Das waren seine Worte. Und dann habe ich noch mal gefragt. Ich habe extra noch jemanden neben mir sitzen gehabt von der Bundespolizei. Der hat diese Worte auch gehört. Und dann habe ich ihm gesagt: „Das habe ich verstanden“, habe aufgelegt und habe dann über das Funkgerät, was jeder Mitarbeiter der deutschen Botschaft dort mit sich führt, mitgeteilt, dass die sofortige Abmarschbereitschaft herzustellen ist mit einem 8-Kilogramm-Gepäckstück und zu den Fahrzeugen zu gelangen ist.

Diese Maßnahme hatten wir schon vorbereitet. Die Fahrzeuge waren durchnummeriert und alles, und jeder wusste, wo er sich hinzusetzen hatte; das war schon alles bekannt. Und danach bin ich dann schnellstmöglich zu Herrn van



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Thiel hoch, habe ihm diese neueste Lagerkenntnis mitgeteilt und habe ihm dann gesagt, dass wir jetzt diese Möglichkeit nutzen müssen, das ist unsere letzte Chance, wenn wir zum internationalen Flughafen wollen, diese jetzt zu ergreifen oder nicht. Und er hat dann, glaube ich, Richtung Berlin noch mal gekabelt und da noch mal eine Freigabe erbeten. Das ist mein Kenntnisstand dazu.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Okay, ich muss mal gucken, aber dann frage ich einfach munter weiter. - Nicht munter, gut.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ja, aber weiter: nein.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Dann später munter.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Insofern wechseln wir jetzt zu den Grünen. Frau Kollegin Nanni.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Vorsitzender. - Guten Abend auch von mir! Ich würde mal anfangen, ein bisschen sozusagen von hinten noch mal aufzuräumen, weil noch die Antworten, die Sie schon gegeben haben, einige Fragen provozieren.

Sie haben von der Krisenstabssitzung berichtet am 13.08., an dem Freitag. Weil wir dazu kein Wortprotokoll haben - - also uns liegt kein Wortprotokoll vor. Es gibt auch keine Transkription oder so was davon. Das heißt, wir haben natürlich ein Interesse daran, herauszufinden, wer noch welche Äußerungen in dieser Krisenstabssitzung gemacht hat. Sie haben gerade die Vizepräsidentin des BND schon zitiert: Kabul fällt nicht, wir haben noch Zeit. - An welche Aussagen erinnern Sie sich noch? Und wenn Sie es konkreten Personen zuordnen können, dann auch gerne mit konkreten Personen.

Zeuge „Fisch“: Das ist jetzt aber sehr schwierig für mich. Das müssen Sie mir nachsehen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nach bestem Wissen und Gewissen.

Zeuge „Fisch“: Also, das Einzige, wo ich mich wirklich noch gut daran erinnern kann, war die Aussage vom Staatssekretär Engelke, der dafür plädiert hat, dass wir zum Flughafen verlegen, auch aus Fürsorgegründen gegenüber dem Personal da, um die Evakuierungsmöglichkeit zu erleichtern, und dass wir nicht an der Botschaft verbleiben. Das war so noch ein Thema, wo ich auch sehr dabei war. Danach gab es Lageeinschätzungen noch vom BND, also neben der von der Frau Vizepräsidentin, wie sie die Lage derzeit dort von Ort einschätzen. Und es gab eine Aussage vom Staatssekretär Jäger, glaube ich, der noch mal gesagt hat, dass das BMZ natürlich auch noch eine höhere Anzahl von Ortskräften vor Ort hätte, die außer Landes geflogen werden müssten.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben jetzt von Ihnen schon einige - ich sage es mal - Schnipsel zu der Sicherheitslage, wie sie sich aus Ihrer Perspektive dargestellt hat an dem Tag, wo auch die Krisenstabssitzung war, gehört. Welche Einschätzung von vor Ort haben Sie oder Herr van Thiel oder irgendjemand anders der Runde zur Kenntnis gegeben?

Zeuge „Fisch“: Also, ich hatte selber kein Rede-recht.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich kurz fragen, warum? Da sind mir die Gepflogenheiten nicht bekannt.

Zeuge „Fisch“: Weiß ich nicht. Also, der Herr van Thiel hat die Botschaft Kabul vertreten. Der wird ja auch durch mich gebrieft; das ist schon in Ordnung. Und der Herr van Thiel hat dann natürlich auch die Möglichkeit gehabt, direkt zu Anfang ein Eingangsstatement zu geben und hat noch mal auf die Lage hingewiesen und - gut, dass Sie das sagen -, soweit ich mich erinnere, auch auf unterschiedliche Lagebilder, welches in Berlin herrschte und welches tatsächlich in Kabul herrschte. Wir hatten ja auch die Quellen des internationalen Militärs vor Ort, die uns über die



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Situation in Afghanistan berichtet haben, und das deckte sich nicht, glaube ich, eindeutig mit dem, welches in Berlin vorherrschte.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich frage noch mal so konkret nach. Mir geht es auch darum, welche inhaltlichen Elemente da auf den Tisch gekommen sind. Sie haben das jetzt sehr anschaulich erzählt: Die Amerikaner haben alle 15 Minuten Helikopter Richtung HKIA irgendwie rübergeschickt und andere Dinge. Also, wenn Sie jetzt sagen: „Da wurde die Lage berichtet“, dann würde mich jetzt aber interessieren, sozusagen aufgeschlüsselt, welche Elemente der Lage. An welche Elemente der Lage können Sie sich noch erinnern, dass die von Herrn van Thiel vorgetragen worden sind?

Zeuge „Fisch“: Er hat aus diesen Runden berichtet, aus seinen Gesprächsformaten; aber was da jetzt im Einzelnen, was er dort vorgetragen hat - - sehen Sie mir es jetzt nach, da kann ich mich nicht mehr daran erinnern.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, in Ordnung. - Dann würde ich noch eingehen auf eine Aussage, die Sie gerade getätigt haben zu den USA. Sie sagten: Der verlässlichste Partner, das sind immer die USA. - Und kurz danach haben Sie der Kollegin berichtet, dass, obwohl es ein Memorandum of Understanding ja gab mit der US-Botschaft, als Sie dann angerufen wurden, eben nicht die Aussage kam: „Ja, ja, genau, wir rechnen mit euch“, sondern: Wie? Ihr wollt mit? Und wie viele Leute habt ihr denn? Come now or never. - Wie sehen Sie das sozusagen - - Also, ich sehe da ein Spannungsverhältnis. Können Sie das vielleicht mal für mich auflösen, warum - - Also, welche Verbindlichkeit hatte das Memorandum of Understanding für die USA aus Ihrer Sicht dann?

Zeuge „Fisch“: Also, dieses Memorandum of Understanding sagte, dass die USA uns unterstützen im Falle einer Evakuierung mit diesem Lufttransport; aber eben nur nach tatsächlicher Verfügbarkeit, wenn sie diese Kapazitäten nicht selber benötigen. - Das war der eine Punkt.

Der andere Punkt war: Es wurde im Vorfeld abgefragt: Wie viele zu Evakuierende sind denn zu erwarten? - Da sind wir natürlich von der tatsächlichen Stärke der deutschen Botschaft ausgegangen. Was wir zu dem Zeitpunkt nicht hatten, war die Mittlerorganisation, die GIZ. Die hatte ich zwar schon in Gedanken mit dabei, aber es haben ja auch noch andere Zuflucht bei der deutschen Botschaft gesucht, unter anderem die Schweizer Vertretung mit einigen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer noch? Können Sie das aufzählen?

Zeuge „Fisch“: Bitte?

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie aufzählen, wer noch?

Zeuge „Fisch“: Na ja, die Schweizer Vertretung, dann natürlich der BND; die kamen auch noch zu uns. Dann war noch ein Vertreter von der privaten Sicherheitsfirma dabei, ein Schweizer Staatsbürger, der für die deutsche Botschaft gearbeitet hat. Und, ich glaube, das war es. Plus dann die Anzahl der deutschen Diplomaten, die zu diesem Zeitpunkt auch ungewöhnlich hoch war; kann ich vielleicht später auch noch mal was zu sagen. Und so kamen wir dann zu einer Zahl, wo ich damit rechnete, dass die eventuell noch anwächst, weil sich Vertreter von der KfW angemeldet haben. Es haben sich andere Vertreter vom Roten Kreuz noch angemeldet, die es dann aber nicht mehr geschafft haben, zu uns durchzudringen. Und dadurch habe ich das Richtung Amerikaner so gemeldet. Und die Antwort war jetzt nicht überraschend für mich; das war eigentlich okay.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das in der Krisenstabssitzung besprochen worden, dass dieses Memorandum of Understanding sozusagen mit einer Vorbehaltsklausel „Wenn wir noch Platz haben, nehmen wir euch mit“ - -

Zeuge „Fisch“: Nein. Die Amerikaner haben aber im Vorfeld schon gesagt - - also unter anderem, als sie gesagt haben: Noch 48 Stunden bis zur Schließung der Botschaft; es ist jetzt Zeit, dieses Memorandum of Understanding zu ziehen, wenn



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie das benötigen. - Denn nicht nur wir als deutsche Botschaft hatten dieses Memorandum of Understanding, sondern viele internationale andere Einrichtungen hatten das ebenfalls - - und bezog sich in der Regel auf die diplomatische Community.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das Memorandum war ja auch nicht, wenn die Amerikaner abziehen, dass sie dann sagen: „Dann nehmen wir euch auf jeden Fall mit“, sondern: „Wenn ihr Deutsche abziehen wollt, dann bieten wir ...“, und so.

Zeuge „Fisch“: Genau.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dafür hätte aber ein Wille bestehen müssen, abzuziehen.

Zeuge „Fisch“: Richtig.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben vorhin gesagt, ab einem bestimmten Punkt waren die Parameter für den Schutz der deutschen Botschaft nicht mehr erfüllt, und Sie haben dann eine Entscheidung zur Evakuierung eingefordert. Können Sie das noch datieren?

Zeuge „Fisch“: Also eine grundsätzliche Präsenz der deutschen Botschaft haben wir an drei Parametern festgemacht. Und zum einen war das ein funktionierender Flughafen, eben genau um Personal ein- und ausfliegen zu können. Zum anderen war es natürlich eine medizinische Rettungskette für Notfälle aller Art. Und das Dritte waren die Sicherheitsaspekte, eine funktionierende Green Zone. Und diese Green Zone funktioniert mit dem Abzug der Amerikaner nicht mehr, weil die amerikanischen Kontraktoren diese Checkpoints bedient haben, unter anderem auch - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, die Frage war aber, wann Sie diese Entscheidung eingefordert haben.

Zeuge „Fisch“: Das, meine ich - - die Mail müsste vom 14.08. gewesen sein, glaube ich.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also am Samstag.

Zeuge „Fisch“: Ja.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Haben Sie in der Krisenstabssitzung - sorry, dass ich jetzt immer zwischen den drei Tagen hin und her springe -, aber haben Sie in der Krisenstabssitzung - - Können Sie sich daran erinnern, ob die Bedeutung der Green Zone eine Rolle gespielt hat bei den Erörterungen, also dass das sozusagen einer der Parameter ist?

Zeuge „Fisch“: Doch, das auf jeden Fall. Denn wir haben ja schon im Vorfeld darauf hingewiesen, dass mit dem Abzug auch des internationalen Militärs diese Green Zone nicht mehr funktioniert und dass da eine sogenannte Nach-Mission-Konstruktion entstehen muss. Wir haben damals das sogenannte Kabul Security Program aufgelegt, wo dann alle Botschaften und andere internationale Organisationen sich regelmäßig zu Meetings getroffen haben - - und wie wir dieses Loch auffüllen können, welches der Abzug der internationalen Militärs hinterlassen würde. Da ging es in erster Linie auch um medizinische Einrichtungen. Wir haben uns ja sehr auf die Krankenhäuser des Militärs abgestützt; solche Dinge zum Beispiel.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sehen, mich interessiert vor allem sozusagen das Dienstverhältnis dann auch. Sie haben ebenfalls in den Antworten gerade gesagt, dass Sie auch mehrfach eingefordert haben, dass Sie bei der Mil-Evac-Planung eingebunden wurden. Wem gegenüber? Und können Sie sich noch erinnern, wann das war?

Zeuge „Fisch“: Ich habe es nicht mehrfach eingefordert, dass ich eingebunden werde. Ich hätte gerne Kenntnis davon gehabt, wie diese Mil-Evac-Op durchgeführt wird. Und das habe ich per VTC, soweit ich weiß, geäußert.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wem gegenüber?



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge „Fisch“: Ich glaube, gegenüber dem Krisenreaktionszentrum, also gegenüber 040. Und dort waren ja auch Verbindungsbeamte sowohl von der Bundespolizei als auch von der Bundeswehr, vom BKA etc. mit zugegen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da wir sehr viele verschiedene Krisenbeauftragte hatten in der Zeit, wenn Sie sich noch erinnern könnten - -

Zeuge „Fisch“: Der war da nicht zugeschaltet, der Krisenbeauftragte, zu dem Zeitpunkt.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sich noch an den Zeitraum ungefähr erinnern?

Zeuge „Fisch“: Ja, das war im - - also im Juni oder so was.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Juni?

Zeuge „Fisch“: Juni oder Juli, ja, sehr weit frühzeitig, also nicht unmittelbar vor der Evakuierung, sondern weit vorher.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Sie im Austausch mit dem Krisenreaktionszentrum standen - das hatten Sie auch in den Befragungen gerade schon angesprochen, dass es da VTCs zu gab -: Können Sie etwas sagen zu der Regelmäßigkeit dieser VTCs?

Zeuge „Fisch“: Ja, also es gab keine regelmäßigen VTCs, sondern die wurden auf Einladung durchgeführt. Aber wenn ich das jetzt mal so rekapituliere, haben die alle zwei Wochen stattgefunden.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und war bei irgendeiner dieser VTCs der Krisen- - einer, wer auch immer da gerade Krisenbeauftragter war, anwesend?

Zeuge „Fisch“: Nein, ist mir nicht bekannt. Nein. Ich war ja auch nicht bei jeder VTC dabei - das muss man auch ganz ehrlich sagen -, sondern ich bin nur ab und zu hinzugezogen worden. Der

Verantwortliche dafür war der Herr R [REDACTED], der ja hier auch schon gesessen hat. Und der hat diese in der Regel durchgeführt, und ab und zu hat er sich dann meine Expertise dazu geholt.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Jetzt müssten wir wechseln. - Sie haben das Wort.

Joachim Wundrak (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Abend, Herr Zeuge! Auch von mir: „Herzlich willkommen!“, und bin gespannt auf Ihre weitere Expertise.

Ich möchte mit Ihnen zeitlich wieder ein bisschen vor die letzten Tage da kommen, um die Entwicklung noch mal aufzuzeigen. Es ist ja deutlich geworden, dass es wohl deutliche Unterschiede in der Bewertung der Gefährdungslage über die Zeit gegeben hat. Ich habe hier gefunden, dass Amerikaner und auch deutsche Stellen durchaus große Verlässlichkeit bei den Taliban gesehen haben. Ich zitiere hier einen BND-LBA-Zeugen von der Sitzung hier vom 26.01.:

„Also nach unserer Bewertung waren die Taliban sehr verlässliche Vertragspartner, die sich ... auch an den Wortlaut dieser Abmachung gehalten haben ... Also, nach unserer Bewertung sind die Taliban immer sehr bestrebt gewesen, das, was sie gesagt haben, was sie verhandelt haben, auch mit NGOs - - das haben die immer eingehalten.“

In diesem Zusammenhang liegt uns auf MAT A BND-3.436 VS-NfD, Blatt 37 eine weiterführende Reuters-Meldung vom 30. April 2021 vor. In der Meldung wurden US-Beamte dahin gehend zitiert, dass Washington im Februar 2020 ein Angebot der Taliban angenommen habe, die Standorte der westlichen Militärs beim Abzug aus Afghanistan vor dem „Islamischen Staat“ zu beschützen. Darüber hinaus zitierte Reuters einen westlichen Diplomaten, der seit 2020 erbrachte Leistungen der Taliban, IS-Attacken auf westliche Truppen zu verhindern, lobend erwähnte.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Meine Frage an Sie: War Ihnen bekannt, dass die Taliban den NATO-Truppen, also auch der Bundeswehr, seit 2020 militärischen Schutz gewährten, und wenn ja, inwieweit beeinflusste dies Ihre Einschätzung im Sommer 2021, dass von den Taliban eine Sicherheitsgefahr für die deutsche Botschaft ausgehen würde?

Zeuge „Fisch“: Mir war nicht bekannt, dass die Taliban dem internationalen Militär militärischen Schutz gewährleisteten oder gewährleisteten. Mir war bekannt, dass es keine Angriffe mehr gab seitens der Taliban gegen die internationalen Militärs; zumindest ist mir da kein Vorfall bekannt geworden. Aber alles andere entzieht sich meiner Kenntnis und hatte damit auch keine Auswirkung auf meine Lagebeurteilung, die ich im Sommer 2021 getroffen habe, weil die Taliban auch in der Tat nicht die einzigen Akteure waren in Kabul, sondern da gab es ja auch noch andere.

Joachim Wundrak (AfD): Ja, im Verlauf unserer Ausschussarbeit ist immer wieder zur Sprache gekommen, wie zwielichtig das Bild der für Deutschland arbeitenden Ortskräfte in den Augen verschiedener deutscher Stellen gewesen ist. Die Bandbreite reicht von Mutmaßungen über Spionagetätigkeit der Taliban - das ist in einer Sitzung vom 29.09.22 dargestellt worden -, Blockaden vor dem deutschen Feldlager, Angriffe auf deutsche Bundeswehrpatrouillen - das ist in der UA-Sitzung vom 09.02. erwähnt worden -, Erpressung der Ausreise nach Deutschland mit Waffengewalt - das ist MAT A BMVg-5.48 VS-NfD, Blatt 38/39 - bis hin zur Verübung terroristischer Anschläge in Deutschland - das ist MAT A BND-3.181 VS-NfD, Blatt 24.

Nun liegt uns eine E-Mail auf MAT A AA-2.27 VS-NfD, Blatt 14 von T. R., den Sie eben erwähnt haben, vom 11. Mai 2021 vor. Hier schreibt er über die Ortskräfteverfahren mit Blick auf die deutsche Botschaft - und da trugen Sie, glaube ich, auch Verantwortung für die Ortskräfte; für deren Sicherheit trugen Sie auch Verantwortung -, ich zitiere:

„Indirekt trägt es somit auch zum Schutz DEU Einrichtungen bei, da es zum Vertrauensverhältnis/Bindung der OK an uns ... beiträgt. Damit wirkt es möglichen Innentätern/Informationsweitergabe aus der Botschaft an Dritte entgegen.“

Meine Frage ist da: Sahen auch Sie die Inaussichtstellung der Ausreise nach Deutschland bzw. das dann etablierte Ortskräfteverfahren als ein Hilfsmittel, eine Einrichtung, eine Methode an, die die Gefährdungslage für die deutsche Botschaft reduzieren konnte?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bevor Sie das beantworten, erlauben Sie mir noch den Hinweis, dass der Teil der Fragestellung, wo Sie gesagt haben, uns sei bekannt, dass es ein zwielichtiges Bild von den Ortskräften gibt - - Das „uns“ kann sich allenfalls auf Ihre Fraktion beziehen, aber nicht auf den Ausschuss; das will ich ausdrücklich sagen. Ich würde schon bitten, die Fragen so zu formulieren, dass die Zeugen nicht irregeführt werden. Der Ausschuss hat solche Erkenntnisse nicht. - Dann können Sie - -

Joachim Wundrak (AfD): Einverstanden.

(VLR Andreas Gloßner
(AA) meldet sich zu Wort)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die Bundesregierung wünscht aber noch das Wort. Kleinen Moment mal!

VLR Andreas Gloßner (AA): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Wenn ich die Frage akustisch richtig verstanden habe, habe ich auch das Gefühl, dass das auf eine reine Bestätigung einer Stellungnahme abzielte, also eine Suggestivfrage war.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das kommt erschwerend hinzu. Also wenn Sie offen fragen und weniger Possessivpronomen verwenden, die sich auf den Ausschuss beziehen, dann kommen wir weiter.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Joachim Wundrak (AfD): Ja, meine Bitte an den Zeugen ist, ob er aus seiner Erfahrung und aus den Erkenntnissen - er hat ja über erhebliche Erfahrungen dort verfügt - diese Kritik oder diese Fragezeichen in Hinsicht auf die Loyalität der Ortskräfte - - ob er das auch so gesehen hat und da Sicherheitsrisiken gesehen hat.

Zeuge „Fisch“: Ich bezweifle die Loyalität unserer Ortskräfte an der Botschaft in keinsten Weise - - an. Das war überhaupt nicht der Fall, ganz im Gegenteil. Sie waren natürlich besorgt über die Lageentwicklung im gesamten Land. Sie dienten uns ja auch stellenweise als Quelle für Informationen. Aber sie haben dann auch nachgefragt, was mit ihnen passiert. Aber in keinsten Art und Weise konnte ich an ihrer Loyalität zweifeln.

Joachim Wundrak (AfD): Ja, vielen Dank. - Laut MAT A AA-2.30 VS-NfD, Blatt 113 und 114 sandte Jan van Thiel am 16. Juli eine E-Mail an einen AA-Mitarbeiter in Doha. Es ging um Deals mit den Taliban zwecks Sicherheit für das deutsche Botschaftspersonal. Ich zitiere van Thiel wörtlich:

„Ich habe grünes Licht für diese Initiative von Markus Potzel“

- ist zu dieser Zeit Botschafter -

„... wir müssen auch über diplomatie tous azimuts“

- französisch für „Diplomatie in alle Richtungen“ -

„... nachdenken und alternative Si-Konzepte“

- Sicherheitskonzepte -

„(Ich fasse das unter [den Begriff] „TLB-LV““

- Talibanversicherung -

„... für den Ernstfall, sowie „blei-freie Transition“). Ziel ... wäre ein

... Agreement, in dem wir [den Taliban] ... zu sichern - von uns und unseren Polizisten geht keine Gefahr aus- und die TLB dafür mit uns o.g. „Versicherungen“ abschliessen. Was die kosten, wie und ob wir das zahlen können, ist eine andere Frage, ...

Ich bin auf der Suche nach diskretem TLB-Kontakt in Kabul, um zu „Sicherheitsfragen“ der Botschaft ... ein Hintergrundgespräch ... zu [be]kommen. Andere“

- Botschaften -

„tun dies längst ...“

Meine Frage dazu: Herr Thiel [sic!], wissen Sie, wie viel Geld Deutschland den Taliban als Sicherheitsgarantie für die Botschaftsangehörigen bezahlt hat, und was können Sie uns zu den erwähnten avisierten Hintergrundgesprächen mit Taliban-Sicherheitsexperten sagen? Was genau wurde hier verhandelt, und was hat Ihnen Jan van Thiel über diesen Sachkomplex berichtet oder kommuniziert, und wie haben Sie sich dazu abgestimmt?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Nur für das Protokoll: Es ist der Zeuge „Fisch“. - Das hilft sicher beim Übermitteln, dass Sie nicht denken, wir hätten hier zwei Zeugen sitzen.

(Heiterkeit)

Bitte schön.

Zeuge „Fisch“: Dazu ist mir nichts bekannt, gar nichts.

Joachim Wundrak (AfD): Also, ich darf noch kurz nachfragen: Also, Ihnen nichts bekannt - - dass von der deutschen Botschaft, Botschaftsangehörigen Geld gezahlt worden ist an die Taliban zur Sicherheitsgarantie?

Zeuge „Fisch“: Dazu ist mir wirklich nichts bekannt. Nee.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Was mir bekannt ist, ist, dass die Zeit abgelaufen ist, und wir fahren fort mit der FDP-Fraktion. Frau Kollegin Jurisch.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Schönen guten Abend, Herr „Fisch“! Ich habe eine kurze Nachfrage zu dem, was Sie vorher gesagt haben. Sie haben gesagt, dass Ihnen der Evakuierungsplan der Bundeswehr nicht bekannt gewesen sei und Sie ihn auch auf Nachfrage nicht bekommen haben. Sie haben ja sehr viel Erfahrung auch mit anderen Kriseneinsätzen. Deswegen frage ich Sie: Ist das ein ungewöhnlicher Vorgang, oder ist das normal, dass man den Evakuierungsplan der Bundeswehr nicht kennt und auch nicht einsehen kann?

Zeuge „Fisch“: Ich weiß nicht, ob das ein ungewöhnlicher Vorgang ist. Allerdings ist diese Evakuierungsplanung eingestuft - ich glaube, bis Geheim, soweit ich das weiß -, und ist nicht einfach zur Verfügung, sondern da braucht man natürlich auch geeignete Kommunikationsmittel, diese zu übersenden. In der Regel, glaube ich, ist der Militärattaché einer solchen Vertretung in diese Planung eingeweiht und hat diese auch zur Verfügung. Jetzt war die Besonderheit an Kabul, dass wir keinen Militärattaché hatten vor Ort.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay. Vielen Dank für diese Klärung. - Jetzt kommt was anderes: In MAT A BMVG-4.374 VS-NfD, Blatt 11 liegt uns eine abgeschnittene E-Mail inklusive eines angehängten, ebenfalls abgeschnittenen Screenshots vor. Vollständig findet sich der Vorgang in MAT A BMVG-5.49 VS-NfD, Blatt 104 bis 108. Demnach handelt es sich um eine Mail, der dem Augenschein nach ein Foto aus einem Messengerchatverlauf der Sicherheitsberater angehängt ist. Zunächst würde ich daher gerne mit Ihnen über diesen Chat sprechen. Wenn Sie möchten, können wir Ihnen die entsprechenden Dokumente auch vorlegen.

Zeuge „Fisch“: Glaube ich, brauche ich nicht.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay. - Können Sie vielleicht mir einmal sagen, wer in dieser

Chatgruppe drin war; also funktional, ich meine jetzt nicht die Namen?

Zeuge „Fisch“: Ja, so wie ich das eingangs erwähnt habe: Es gab verschiedene Chatgruppen. Aber diese Chatgruppe bestand in der Regel aus meinen Pendants der anderen Botschaften oder anderer internationaler Organisationen, also allen, die mit Sicherheitsaufgaben betraut waren.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Und gab es Informationen, die Sie nur auf dem Weg erhalten haben?

Zeuge „Fisch“: Die gab es. Informationen, die schnell, kurzfristig geteilt werden müssen. Sie müssen sich das vorstellen: Wenn das eigene Personenschutzteam in Kabul unterwegs ist und es gab die Meldung, dass ein Hinweisgeber sich gemeldet hat, der sagt: „Es ist eine sogenannte SVV IED unterwegs“ - das ist ein Fahrzeug mit einer Bombe ausgestattet, mit Kennzeichen und sonst etwas -, dann muss diese Information möglichst schnell transportiert werden. Und das erfolgte in der Regel über Messengerdienste.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Über Ihr Diensthandy oder über ein privates Handy?

Zeuge „Fisch“: Das war ein Diensthandy oder zumindest ein Handy, welches mir von der deutschen Botschaft vor Ort zur Verfügung gestellt wurde und mit einer afghanischen SIM-Karte ausgestattet war.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): In dem sehr kurzen Ausschnitt des Chats, der uns in unterschiedlich vollständigen Versionen vorliegt, geht es um die bevorstehende Evakuierung der US-Botschaft und den Schutz der Green Zone. Und folgt man dem Datum der E-Mail, mit der das Foto des Chatverlaufs versendet wurde, wurden die Nachrichten am Nachmittag des 14. August 2021 versendet. Und Sie haben im Wesentlichen den Ablauf ja auch schon genannt.

Aber erstens war die Information, dass die US-Botschaft innerhalb der nächsten 72 Stunden heruntergefahren wird. Das war um 16.07 Uhr,



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

dieser Chat. Und dann zweitens: die Information, dass ab dem 19. August 2021 auch der Schutz der Green Zone eingestellt wird. Das wurde um 16.26 Uhr versendet. Und drittens: die Nachricht, dass die USA wesentlich schneller abziehen werden als erwartet, verbunden mit der Bitte, die durch die USA angebotene Transportoption schnellstmöglich in Anspruch zu nehmen. Das war um 17.32 Uhr. - Mich würde interessieren, was in diesem Chat kurz davor und dann vielleicht im Nachgang noch geschrieben wurde, also dass Sie sozusagen auch mal das beleuchten, was wir jetzt nicht vorliegen haben.

Zeuge „Fisch“: Da kann ich mich, um ganz ehrlich zu sein, gar nicht mehr so sehr daran erinnern. Also, sehen Sie es mir nach, wenn ich das mit den Stunden auch nicht mehr so genau weiß, wann die amerikanische Botschaft jetzt angekündigt hat, wie viele Stunden Vorlauf wir noch haben. Da bin ich auch nicht mehr ganz auf Ballhöhe gewesen. Aber nachdem die Amerikaner diese Meldung verteilt haben in der internationalen Community, dann haben wir uns schon auch noch ausgetauscht mit unseren benachbarten Partnern, den Briten oder den Kanadiern etc. Aber die waren in ihren Planungen ja schon so weit, dass sie sich ganz klar sogar schon Liegenschaften am Flughafen besorgt hatten. Und bei denen stand eigentlich auch schon der genaue Abzugsplan fest, wann und wie was zu erfolgen hatte. So gesehen, waren sie da nicht ganz in der gleichen Not wie wir.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Aus der Zeit vor den Nachrichten haben wir noch eine Nachricht, die darauf verweist, dass eine bestimmte Information - ich zitiere - „seit 24 Stunden immer wieder auf allen Kanälen“ komme. Erinnern Sie sich noch, auf was sich das beziehen könnte, welche Information auf allen Kanälen immer wieder gemacht wurde?

Zeuge „Fisch“: Ich glaube, das war eine Formulierung von Herrn Jan van Thiel. Kann das sein?

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Das müssen Sie uns sagen.

Zeuge „Fisch“: Ja, ich weiß es nicht. Also, alle Kanäle heißt natürlich E-Mail, Telefon, Messengerdienste. Das waren - -

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Und welche Information könnte das gewesen sein?

Zeuge „Fisch“: Das kann ich Ihnen so - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Keine spekulativen - -

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ich frage ihn nur.

Zeuge „Fisch“: Das weiß ich nicht. Das weiß ich wirklich nicht.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Die letzte uns aus dem Chat vorliegende Nachricht beinhaltet die Nachfrage der deutschen Seite, was denn genau mit „as soon as possible“ gemeint sei. Wissen Sie noch, welche Antwort es darauf gab?

Zeuge „Fisch“: Nein.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay. - Wäre Ihrer Einschätzung nach als Sicherheitsberater die deutsche Botschaft Kabul bei einer Freigabe durch das AA bereits am Abend des 14. August 2021 bereit für eine Evakuierung gewesen? Also, hätten Sie am 14. August auch schon evakuieren können?

Zeuge „Fisch“: Nein, wir hätten noch nicht evakuieren können, weil wir noch gewisse Materialien vernichten mussten; also zumindest nicht sofort, das hätte noch erfolgen müssen. Und wir hatten natürlich keine Liegenschaft, wohin wir evakuieren sollten. Es gab ja immer noch die Vorgabe, dass die Botschaft funktionsfähig bleiben muss.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Hätte der Gesandte van Thiel bei Gefahr im Verzug eigenständig die Entscheidung zur Evakuierung treffen dürfen Ihres Wissens nach, oder wäre das problematisch gewesen?



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge „Fisch“: Soweit ich das weiß, darf der Herr Jan van Thiel oder der Geschäftsträger vor Ort diese Entscheidung nicht selbstständig treffen, sondern muss sich dahin gehend, glaube ich, mit dem Krisenreaktionszentrum abstimmen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): „Besser früher an später denken“, das war ja das Zitat. Hatten Sie den Eindruck, dass das in Berlin auch so gesehen wurde zu dem Zeitpunkt, also aus Ihrer damaligen Betrachtung?

Zeuge „Fisch“: Aus meiner damaligen Betrachtung hatte ich nicht den Eindruck.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Dann noch abschließend die Frage: Wissen Sie, was aus den Messengerchats geworden ist? Weil sie liegen dem Ausschuss jetzt überwiegend nicht vor.

Zeuge „Fisch“: Nein, das kann ich Ihnen nicht sagen. Das weiß ich nicht. Ich habe damals mein Handy, nachdem ich aus Kabul zurückgekehrt bin, übergeben an mein Sicherheitsberaterpendants, und der hat es dann auch wiederum weitergegeben oder, glaube ich, hinterlegt beim zuständigen Referat 107, soweit ich das weiß.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Gut, dann wäre es das für diese Runde von meiner Seite. - Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Schönen Dank. - Dann wechseln wir zum Ende der Runde zur sozialdemokratischen Fraktion.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Erst mal Verzeihung: Meine Stimme ist heute ein bisschen angeschlagen. Aber ich hoffe, Sie verstehen mich ausreichend. - Eine Frage, die naheliegt, die sich auf eine Ihrer Aussagen bezieht, ist die Frage: Wenn es keinen Militärattaché an der Botschaft gab, wer hat denn dann diese Aufgaben wahrgenommen vor Ort? Gab es einen Vertreter, oder hat das jemand anderes in der Botschaft übernommen?

Zeuge „Fisch“: Thema war ja: Sie wissen: 2017 hatten wir einen schweren Anschlag gegen die

Botschaft in Kabul. Dadurch war sie nicht mehr voll einsatzfähig, und wir hatten auch eingeschränkte Kapazitäten. Aufgrund von der RS-Mission vor Ort unter Beteiligung der Bundeswehr hat man dort, glaube ich, in Abstimmung mit dem BMVg sich dazu entschieden, keinen Militärattaché einzusetzen an der Botschaft, und hat dann diese Abstimmung direkt vor Ort mit dem Head of Staff, glaube ich, von der Bundeswehr gemacht - das war in der Regel ein Generalsrang -, der sich regelmäßig an der deutschen Botschaft eingefunden hat und Absprachen mit dem Botschafter getroffen hat. Später, als die Bundeswehr dann abgezogen war, gab es den Plan, ein Element an die Vertretung zu entsenden - und das sollte zum September passieren -, das dann auch quasi Aufgaben des Militärattachés mit übernommen hätte.

Jörg Nürnberger (SPD): Hinsichtlich der Evakuierungsplanungen ist jetzt mehrfach das Memorandum of Understanding erwähnt worden, mit dem sich die USA verpflichteten, im Rahmen der Möglichkeiten Hubschrauber zur Verfügung zu stellen; zum Beispiel MAT A AA-8.268, die Blätter 10 bis 19. Und daraufhin wurde auch im April 21 eine Überarbeitung des Krisenplanes erstellt, der dann noch mal im Juli überarbeitet worden ist. Wenn ich mich dann darauf beziehe, dass auch in dem Artikel des „Spiegel“ darauf hingewiesen wird, dass die Vertretung monatelang in Berlin darauf gedrängt habe, für den Ernstfall einen privaten Hubschrauberdienstleister unter Vertrag zu nehmen, waren Sie in diese Diskussionen mit eingebunden?

Zeuge „Fisch“: Ja, das war ich. Das war ja ein Ergebnis des Krisenberatungsteams aus dem März 2021. Und der Plan rührte daher, dass die deutsche Botschaft als Sammelpunkt für deutsche Staatsbürger und Ausreiseberechtigte diente für solche Krisenszenarien. Damals, in meiner Eigenschaft als Sicherheitsberater, habe ich davon abgesehen, oder ich habe dahin gehend beraten, dass wir die deutsche Botschaft nicht als Sammelpunkt wählen, weil wir sicherheitlich gar nicht dazu in der Lage gewesen wären, diese Menschen alle, ich sage mal, zu schützen und auch tatsächlich geschützt aufzunehmen. Sie



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

wissen ja auch nie, wer sich noch dazwischenmischt oder sonst irgendetwas; wir waren personell dafür nicht aufgestellt.

Dennoch ist man dabei geblieben, hat das so in diesem Bericht als Handlungsempfehlung verschriftet. Und Fakt ist aber auch, dass zu dem Zeitpunkt auch schon feststand, dass ein Transport dieser Menschen mittels Bussen oder sonstigen Fahrzeugen von der deutschen Botschaft Richtung Flughafen nicht möglich ist, weil der Flughafen ein Flaschenhals ist und diese Stadt, so wie dann tatsächlich auch passiert, vollgestopft ist. Aus diesem Grund hat man sich dann bemüht, eine Hubschrauberflotte unter Vertrag zu nehmen. Das war der Hintergrund dieser Geschichte.

Jörg Nürnberger (SPD): Nach Ihrer fachlichen Einschätzung: Wie viele Hubschrauber hätte man dann benötigt?

Zeuge „Fisch“: Zwei Hubschrauber hätten wir da benötigt. Das waren zwei Hubschrauber russischer Bauart. Da hatten wir schon konkrete Dinge im Kopf, die tatsächlich da auch diese Flugdienste angeboten haben.

Jörg Nürnberger (SPD): Also mittelgroße russische Transporthubschrauber.

Zeuge „Fisch“: Ja, ich glaub, das waren - - die genaue Bezeichnung -- Mi-9 oder so was war das, glaube ich.

Jörg Nürnberger (SPD): Wahrscheinlich 8.

Zeuge „Fisch“: 8, genau; wahrscheinlich 8, ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Sie haben auch vorhin erwähnt, dass Sie ja bei den Krisenstabsitzungen in Berlin ein Verbindungselement zur Bundespolizei dabei hatten. Mich würde interessieren, ob im Nachgang zu diesen Krisenstabsitzungen in Berlin direkt über Ihren Dienstweg, also aus dem BMI heraus, mit Ihnen Kontakt aufgenommen wurde über das Telefonat mit Herrn Romann hinaus?

Zeuge „Fisch“: Nein, das wurde es nicht. Mein Dienstweg war ja Richtung Auswärtiges Amt. Ich war Angehöriger des Auswärtigen Amtes, weil ich dorthin abgeordnet bin. Ich konnte also meinen anderen Bereich, die Bundespolizei oder das BMI eigentlich nur nachrichtlich beteiligen an meinen Meldungen. Aber mein Dienstweg ging über das Auswärtige Amt Richtung 107.

Jörg Nürnberger (SPD): Sie haben vorhin auch geschildert, dass die Situation sich in Kabul derart zugespitzt hat, dass die benachbarten Botschaften und insbesondere auch der britische Botschaftscompound verlassen wird und dass die sich Richtung Flughafen aufmachen. Da gibt es eine E-Mail von Herrn van Thiel an seine Kolleginnen im Auswärtigen Amt, MAT A AA-8.38 VS-NfD, Blatt 179 f. Hier geht es um die Seite 180. Da wird zitiert - vom 12. August, spät am Abend, 21.47 Uhr in der Kabuler Ortszeit -:

„Umzug soll bis Sonntag abgeschlossen sein. ... Damit öffnet sich jenseits unseres November-Gates“

- wahrscheinlich dem Nordzugang; N, November -

„eine offene und dazu schwer einsehbare Sicherheitsflanke kurz vor erwarteter Eröffnung einer neuen Terroraktsaison. SiB“

- also Sie, in Beratung von Herrn Thiel -

„kommt zu der Einschätzung, dass wir dies temporär aber nicht ...“

- langfristig -

„auffangen können.“

Jetzt möchte ich mir das gern als alter Sicherungssoldat vorstellen. Sie haben da diese Nordflanke dieser Botschaft. Mit wie viel Kräften hätten Sie das denn sichern können, und wie lange hätten Sie das als Bundespolizei aufrechterhalten können?



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge „Fisch“: Ich kann Ihnen dazu leider nichts sagen, weil das würde, glaube ich, meine Aussagegenehmigung nicht decken.

Jörg Nürnberger (SPD): Dann lassen Sie mich die Frage ein bisschen anders formulieren: Bräuchte man zur Absicherung der Botschaft eine Mannstärke, die in Zugstärke liegt, oder braucht man sie in Kompaniestärke?

Zeuge „Fisch“: Ich meine, da Sie als ausgewiesener Militärexperte sicherlich wissen, wie viele Leute sich hinter einem Zug oder einer Kompanie befinden, -

Jörg Nürnberger (SPD): Ich kann Ihnen die Zahlen nennen: zwischen 50 und 150, grob.

Zeuge „Fisch“: - kann ich Ihnen das leider auch nicht beantworten. Nein, ich möchte Ihnen zur Stärke der eingesetzten Kräfte vor Ort nichts sagen.

Jörg Nürnberger (SPD): Andersrum gefragt: - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Der Kollege hat nicht nach der Stärke gefragt, die es vor Ort gewesen ist - das ist in der Tat etwas, was hier nicht verraten werden sollte -, sondern er hat gefragt, was notwendig ist. Das, finde ich, ist eine ganz andere Frage. Das kann hier sehr wohl gefragt werden.

Zeuge „Fisch“: Also, ich konnte einen temporären Schutz gewährleisten mit den mir zur Verfügung stehenden Kräften, zusammengesetzt aus Bundespolizisten und privaten Sicherheitsdienstleistern. Das war mir möglich, indem ich ein verstärktes Personalaufgebot an den zu schützenden Flanken aufgebaut habe.

Jörg Nürnberger (SPD): Gut. - Wie lange wäre dieser temporäre Schutz zu gewährleisten gewesen? Weil es gibt ja immer die Überdehnung, es gibt immer die Situation, dass irgendwann auch solche eingesetzten, hochtrainierten und hochspezialisierten Kräfte mal eine Pause brauchen oder ausgewechselt werden müssen.

Zeuge „Fisch“: Das war in meinen Planungen berücksichtigt. Und das waren - - Ich kann ja - - Wie lange ich da gemeldet habe? Waren das ■■■■ Tage, ■■■■ Tage? Ich glaube, so was in der Art war das, hatte ich in meiner E-Mail verfasst.

(MR Dr. Sven Krämer (BMI)
meldet sich zu Wort)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die Bundesregierung wünscht das Wort. - Bitte schön.

MR Dr. Sven Krämer (BMI): Herr Vorsitzender, auch die Frage, welche Kräfte notwendig sind zum Schutz der Botschaft - - Das ist auch polizeilicher Methodenschutz und ist nicht gedeckt von der Aussagegenehmigung. Deswegen - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Er hat auch nicht gefragt, welche, sondern er hat gefragt, wie viel nötig ist, um die Sicherheit zu gewährleisten. Das kann man, glaube ich, schon fragen. Das sagt ja nichts über die konkrete Stärke aus, was dort passiert ist.

MR Dr. Sven Krämer (BMI): Aber auch die Frage, wie viel nötig ist - - Das ist ja sozusagen die Frage: Wie viel ist polizeilich nötig, um es zu schützen?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Aber der Zeuge hat die Frage ja schon beantwortet.

MR Dr. Sven Krämer (BMI): Und die Frage nach Durchhaltefähigkeit ist polizeilicher Methodenschutz.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ein bisschen sind wir auch schon - - Der Zug hat den Bahnhof schon verlassen.

(Heiterkeit)

Also, insofern ist das ein akademisches Gespräch. Ich denke darüber noch mal nach, was Sie gesagt haben; aber - - Gut, wir fahren fort.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Jörg Nürnberger (SPD): Ich versuche, die Fragen in die Lücken - - die Lücken aufzufüllen, die bisher noch nicht beantwortet wurden. Nach den uns zur Verfügung stehenden Unterlagen riefen Sie - und ich beziehe mich da auf das vorläufige Stenografische Protokoll 20/60 II, Seite 6 - in der Residentur des BND bei Herrn T. G. an, den wir bereits vernommen haben, und forderten diese zur Evakuierung der Botschaft auf. Und zwar geht es da um den 15. August. Waren Ihnen Informationen darüber bekannt, dass der BND Kenntnis davon hatte, dass die Amerikaner zu diesem Zeitpunkt, also am 15., die Green Zone bereits verlassen hatten?

Zeuge „Fisch“: Also, die Amerikaner hatten am 15. nach meinem Kenntnisstand die Green Zone noch nicht gänzlich verlassen, sondern ich sah ja die Hubschrauber noch fliegen, und letztendlich haben wir sie ja auch noch genutzt. Und ich habe aktiv - - Sie müssen sich - - Vor Ort war das so, dass der BND in einem anderen Compound untergebracht war. Und ich wollte uns einfach evakuierungsfähig machen und habe den BND aufgefordert, jetzt sofort zur Liegenschaft der deutschen Botschaft zu verlegen, damit wir eine möglichst kurze Reaktionszeit für eine mögliche Evakuierung haben. Das war meine Aufforderung.

Jörg Nürnberger (SPD): Wir haben dann natürlich auch die Reaktion von Herrn Thiel [sic!] darauf hier im Protokoll festgehalten. Er gab dann bei seiner Befragung an, dass er als Angehöriger des BND circa zehn Sekunden nach Ihrem Anruf am 15. August realisiert hätte, dass Kabuls Fall unmittelbar bevorsteht. Ich beziehe mich auch hier auf das Stenografische Protokoll, vorläufig, 20/60 II, Seite 21. Gab es zwischen Ihnen als Sicherheitsberater und dem BND Differenzen in der Wahrnehmung der Lage in Kabul? Weil es ja doch ein bisschen überraschend ist, dass diese Erkenntnis so kurzfristig bei Herrn Thiel [sic!] eingesetzt hat. - Entschuldigung, bei Herrn T. G.

Zeuge „Fisch“: Also, wir hatten eigentlich keine Differenzen. Also, eigentlich hatten wir das gemeinsame Lagebild. Wir haben uns ja auch nahezu gegen Ende täglich getroffen, um unser Lagebild auszutauschen - mit der Belegschaft der

Botschaft und dem BND. Diese Aussage bezieht sich ja auf den Sonntag. Und da gab es, glaube ich, eine Meldung, dass ein Gefängnis befreit wurde und dass die Talibankämpfer sich am Stadtrand befinden. Und ich vermute, daraus hat er seine Rückschlüsse gezogen, dass der Fall Kabuls unmittelbar bevorsteht. Diese Meldung ging bei uns auch ein, ja.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Nur, damit wir das hier nicht falsch haben: Es bezog sich - jetzt für das Protokoll - auf T. G., nicht Herrn van Thiel.

Zeuge „Fisch“: Ja, ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Es ist allerdings insoweit erstaunlich, dass dann Herr van Thiel - und da bin ich wieder beim richtigen Namen - am 14. August um 23.20 Uhr Ortszeit in Kabul an das Krisenreaktionszentrum in Berlin unter MAT A AA-8.36 VS-NfD, Blatt 279 gemeldet hat: USA haben ihre Botschaft bereits jetzt geschlossen. GZ damit nicht mehr gesichert. - Sie haben uns gerade eine andere zeitliche Reihenfolge genannt. Bleiben Sie dabei, dass am 14. gegen Mitternacht Ortszeit die Green Zone noch nicht aufgegeben war durch die Amerikaner?

Zeuge „Fisch“: Das war mir zu diesem Zeitpunkt noch nicht bekannt, nein.

Jörg Nürnberger (SPD): Aus unseren Informationen geht hervor, dass der BND in Berlin am 15. August, also am darauffolgenden Tag, um 12.08 Uhr Ortszeit Kabul - unter MAT A BND-3.203 VS-NfD, Blatt 13 - von dieser Lageverschärfung erfahren hat. Haben Sie Informationen darüber, dass der BND diese Lageverschärfung in der Nacht nicht mitbekommen hat, sondern erst am nächsten Tag gegen Mittag? Gab es da mit Ihnen und dem Vertreter des BND dazu Korrespondenz, Telefonate, Whatsapp?

Zeuge „Fisch“: Also, ich kann mich da explizit nicht mehr erinnern. Ich kann Ihnen nur sagen, dass es in der Regel so lief, dass wir uns ausgetauscht haben. Auch über Messengerdienste haben wir uns ausgetauscht. Wir hatten auch



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

eine Gruppe, um möglichst schnell und unkompliziert Nachrichten auszutauschen, auch wenn man nicht mehr am Rechner sitzt oder sonst etwas. Beziehungsweise bei solchen Wahrnehmungen hätte ich ihn auch sofort angerufen; das ist ja ganz klar.

Jörg Nürnberger (SPD): Nachdem sich das offensichtlich nicht wirklich aufklären lässt, möchte ich noch mal auf die Hubschrauber zurückkommen. Es gab die Überlegungen, Personen aus Kabul mithilfe von anderen Hubschraubern - nicht denen, die wir vorhin besprochen haben - auf das Flughafengelände zu befördern. Auch da darf ich mich auf den „Spiegel“-Artikel beziehen, Nummer 33 vom 13.08.22. Zu diesem Zweck waren zwei leichte KSK-Hubschrauber nach Kabul verbracht worden. War Ihnen dieses Vorhaben bekannt? Wussten Sie von diesen Plänen?

Zeuge „Fisch“: Also, das bezog sich jetzt, glaube ich, auf die Evakuierungsphase am Flughafen. Das war mir bekannt, dass dort Hubschrauber vom KSK nach Kabul-Flughafen verlegt werden sollten. Ja, das war mir bekannt. Das wurde dort kommuniziert.

Jörg Nürnberger (SPD): In diesem Zusammenhang ergibt sich aus den Akten - MAT A AA-8.142 VS-NfD, Blatt 55, dass Herr van Thiel am 19. August 2021, also einige Tage danach, um 14.40 Uhr Ortszeit Berlin dringend von einem Hubschraubertransport abgeraten hat. Ich darf zitieren:

„Aus NATO Koordinierungsrunde: Klare Botschaft TLB: Einfliegen von Helikoptern würde als „act of war“ wahrgenommen lt. USA. USA plant daher auf Hubschrauber verzichten. **Dringende Bitte von Botschaft, auf Hubschraubertransport zu verzichten.**“

Hat Herr van Thiel mit Ihnen über diese Situation gesprochen?

Zeuge „Fisch“: Er hat mir davon berichtet, ja. Und er hat mir das genau so, wie Sie das gerade vorgelesen haben, berichtet.

Jörg Nürnberger (SPD): Haben Sie die Einschätzung von Herrn van Thiel geteilt, oder waren Sie anderer Auffassung?

Zeuge „Fisch“: Nach meinem Kenntnisstand war es so, dass es ein Abkommen gab zwischen den US-Kräften und den Taliban, dass es keine Flugbewegungen mehr gibt über Kabul-Stadt. Also, jede einzelne Flugbewegung usw. musste mit den Taliban abgesprochen werden und wurde, so wie der Herr van Thiel das geschrieben hat, ansonsten als feindlicher Akt gewertet. Ich schätze mal, dass aus diesem Grund heraus diese Lagebewertung getroffen wurde, eben diese Hubschrauber nicht zum Einsatz zu bringen in Kabul. Das war, glaube ich, der Hintergrund der Geschichte.

Jörg Nürnberger (SPD): Ist Ihnen bekannt, was mit den Hubschraubern dann passiert ist? Die waren ja offensichtlich auf dem Weg nach Kabul.

Zeuge „Fisch“: Ja. Aber im Detail, was damit passiert ist - - weiß ich nicht.

Jörg Nürnberger (SPD): Wenn ich mich noch mal auf diesen „Spiegel“-Artikel beziehen möchte. Da steht auf Seite 35, dass letztlich eine Hubschrauberaktion erfolgreich beendet werden konnte - und diese Operation wird bezeichnet als „Operation Gripping Eagle“ - in der Nacht vom 24. August 2021. Können Sie uns darüber berichten, um was es da geht?

Zeuge „Fisch“: Nein, kann ich Ihnen nicht im Einzelnen berichten. Ich weiß nur: Ich glaube, da gab es Absprachen - das hat mir der Herr van Thiel gesagt - zwischen der Bundeswehr und den US-Streitkräften hinsichtlich eines möglichen Hubschraubereinsatzes. Mehr weiß ich aber nicht.

Jörg Nürnberger (SPD): Weil wir gerade beim Flughafen sind: Haben Sie Kenntnis darüber, dass Ortskräften, die für die Bundesrepublik Deutschland oder ihre Organisationen gearbeitet



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

haben, trotz Vorlage entsprechender Dokumente der Zugang zum Flughafen zum Beispiel durch das US-Militär, aber auch durch unsere eigenen Kräfte verweigert wurde? Sind Sie mit solchen Vorgängen befasst worden?

Zeuge „Fisch“: Nein, also ich kann mir das auch nur schwerlich vorstellen. Denn vor Ort, bei den Kontrollen, wurden solche Dokumente gesichtet, und dann wurde auch der Zugang gewährleistet in der Regel. Also, mir ist es persönlich nicht bekannt, dass es dort einen Fall gab, wo jemand unter Vorlage solcher Dokumente abgewiesen wurde an einem Tor. Gänzlich nicht, zumindest nicht bei den deutschen Kräften.

Jörg Nürnberger (SPD): Ist Ihnen bekannt, dass die Bestätigungs-E-Mail, die versandt wurde, diverse Unzulänglichkeiten in der englischen Sprache und in den formalen Kriterien für ein amtliches deutsches Dokument erfüllt und daher möglicherweise deshalb von den eingesetzten Kräften nicht anerkannt worden ist?

Zeuge „Fisch“: Ist mir nicht bekannt. Kann ich nichts zu sagen.

Jörg Nürnberger (SPD): Jetzt haben Sie vorhin sehr plastisch geschildert, wie die Situation auf dem Flughafen war. Gab es zu irgendeinem Zeitpunkt bei Ihnen Überlegungen, dass diese Sicherheitslage am oder um den Flughafen herum außer Kontrolle geraten könnte, und wie hat sich das manifestiert, wenn es so war?

Zeuge „Fisch“: Ich glaube, das fing schon mit unserer Ankunft am Flughafen an; denn wir wurden ja begrüßt mit der Information, dass gerade ein Angriff gegen den Flughafen gestartet wird und wir unverzüglich Shelter aufzusuchen hatten. Wir mussten ja, bevor wir unsere Evakuierung mit den restlichen Angehörigen der deutschen Botschaft fortsetzen konnten, zunächst noch mal Unterschlupf suchen und diesen Angriffsversuch abwarten. Und als dann dieses Zeichen „all clear“ kam, konnten wir die Evakuierung mit Ausnahme des Teams, welches vor Ort blieb, fortsetzen.

Und das zeigte sich auch einen Tag später, am Montag, als der militärische Teil des Flughafens von der Seite des zivilen Teils gestürmt wurde durch afghanische Zivilisten offensichtlich. Das war uns vorher nicht bekannt, dass es Zivilisten waren; denn plötzlich begann - - Überall waren Schüsse und Explosionen zu vernehmen, und wir gingen eigentlich ernsthaft davon aus, dass jetzt gerade ein Angriff auf den Flughafen gestartet wird, und wussten nicht, inwiefern die Situation unter Kontrolle war. Und wenn Sie permanent Explosionen hören und Schießereien hören usw., dann wissen Sie schon, dass die Sicherheitslage sehr volatil ist - - und nicht wissen, ob der Flughafen auch tatsächlich sicher ist in dem Fall.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bevor der Kollege Nürnberger die nächste Runde eröffnen darf: Zur Schonung seiner Stimme und unseren Möglichkeiten unterbrechen wir noch mal für fünf Minuten die Sitzung, und dann fahren wir fort.

(Unterbrechung von
22.06 bis 22.16 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: So, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann starten wir in die nächste Runde, und nach alter Übung hat der Kollege Nürnberger das Wort.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Sie haben auch vorhin in Ihrer Aussage bereits erwähnt, Herr Zeuge, dass unter anderem auch von Herrn Bledjian bei der Botschaft die Mitteilung erfolgte, dass die Krisenpläne fertig in der Schublade lägen. Inwieweit können Sie diese Tatsachenfeststellung bestätigen?

Zeuge „Fisch“: Die kann ich von meiner Warte nicht bestätigen. Die habe ich nicht gesehen so in der Gänze, diese Krisenpläne, wenn damit das Evakuierungsszenario gemeint ist.

Jörg Nürnberger (SPD): Was war Ihnen darüber bekannt, dass solche Krisenpläne verschiedene Stufen hatten, mit denen jeweils der Bedrohungslage Rechnung getragen wurde?



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge „Fisch“: Sie meinen die Abstufungen in 2a, 2b, 3a, 3b? - Das ist mir bekannt, richtig, und die Botschaft lag bei 3a.

Jörg Nürnberger (SPD): Gab es da noch eine Höherstufung auf den nächsthöheren Grad?

Zeuge „Fisch“: Ja, 3b gibt es noch, und das bedeutet dann Ausdünnung der Botschaft, und dann gibt es noch die Stufe 4, das ist dann die Schließung der Botschaft.

Jörg Nürnberger (SPD): Ist Ihnen noch erinnerlich, ob und wann gegebenenfalls 3b angeordnet wurde?

Zeuge „Fisch“: Soweit ich mich erinnern kann, wurde das im Rahmen der Krisenstabsitzung vom Freitag, den 13. August, beschlossen.

Jörg Nürnberger (SPD): Und auch dann in der Botschaft bereits umgesetzt?

Zeuge „Fisch“: Nein. Sie müssen wissen, dass die Botschaft in Kabul nach den Anschlägen von 2017 sowieso schon auf ein Mindestmaß heruntergedreht wurde, weil die Liegenschaft den Aufenthalt mehrerer Diplomaten gar nicht zugelassen hätte und das Schutzkonzept dadurch auch erschwert hätte. Aus dem Grund waren wir schon auf das notwendigste Maß eingedampft, und eine weitere Reduzierung war vorgesehen, aber wir kamen nicht mehr zur Umsetzung, weil das erst am Freitag beschlossen wurde, und am Sonntag sind wir ja schon geflogen.

Jörg Nürnberger (SPD): Jetzt haben Sie vorhin in einem eher beiläufigen Nebensatz erwähnt - ich glaube, es war eine Frage der Kollegin Bayram;

(Peter Heidt (FDP):
Unwahrscheinlich! - Canan
Bayram (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN): Jetzt hör doch
mal auf, Mann!)

von wem Sie auch immer damit konfrontiert wurden -, dass sich noch andere Diplomaten und Diplomatinen zu diesem Zeitpunkt in der Botschaft befunden hätten und dass Sie auch

noch etwas detailliertere Auskünfte darüber geben könnten. Würden Sie uns da mehr Details schildern?

Zeuge „Fisch“: Jetzt habe ich den Faden dahin gehend noch nicht aufnehmen können. Das müssten Sie mir noch mal sagen. In welchem Zusammenhang habe ich was gesagt?

Jörg Nürnberger (SPD): In Ihrer Aussage vorhin wurde - wenn ich Sie richtig verstanden habe; das ist auch immer eine Bedingung - von Ihnen erklärt, dass zu diesem Zeitpunkt auch Staatsangehörige anderer Staaten, anderes Botschaftspersonal in der deutschen Botschaft Schutz gesucht hatte. Und Sie haben versprochen, noch ein bisschen detaillierter darauf einzugehen. Auf dieses Versprechen komme ich zurück.

Zeuge „Fisch“: Ja, wir hatten natürlich - - Aufgrund der engen Vernetzung mit benachbarten Botschaften gab es auch Absprachen unter anderem mit der Schweizer Botschaft, die sich nicht unmittelbar in der Green Zone befunden hat, sondern etwas außerhalb der Green Zone, zwar in der Nähe, aber nicht eben in der Green Zone, und von unserer Seite gab es die Zusage, dass im Falle einer Verschlechterung der Sicherheitslage bis hin zu einer Krisensituation die Angehörigen der Schweizer Botschaft Zuflucht auf dem Gelände der deutschen Botschaft suchen können und sie sich unserem Evakuierungskonzept anschließen können.

Jörg Nürnberger (SPD): Gab es tatsächlich solche Ansammlungen von Personen, wie Sie sie jetzt beschrieben haben zu diesem Zeitpunkt, also 13., 14., 15. August, in der Botschaft?

Zeuge „Fisch“: Erst am 15. August. Dann wurde das erst gemacht.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich würde dann gern noch mal zu der bereits sehr oft zitierten Situation um die Sitzung des Krisenstabes am 13. August zurückkommen. Jetzt haben Sie uns in Ihrer Aussage bestätigt, dass Sie mit dem Zeugen T. G. und Herrn van Thiel eigentlich einer



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Meinung waren, dass die Situation in der Botschaft nahezu untragbar sei und dass eine Notwendigkeit zur Evakuierung sehr kurzfristig eintreten könnte. Wie überrascht waren Sie denn dann, als Ihnen durch die Vizepräsidentin des BND, also die Vorgesetzte des mit Ihnen zusammenarbeitenden T. G., dann erklärt wurde, dass eine Einnahme Kabuls durch die Taliban vor dem 11. eher unwahrscheinlich ist?

Zeuge „Fisch“: Also eins: Die Situation in der Botschaft war nicht untragbar. Das war es zu dem Zeitpunkt nicht, sondern wir haben gesagt: Wir müssen jetzt vorbauen, bevor wir hinter der Lage hinterherlaufen. Wir sagen immer als Polizeibeamte: Wir müssen vor die Lage kommen. Also wir wollen eigentlich Maßnahmen treffen, um uns auf bestimmte Situationen einstellen zu können. Die Situation an der Botschaft war nicht untragbar, aber die Sicherheitslage um die Botschaft herum, dadurch, dass die Green Zone absehbar nicht mehr funktionsfähig war, hat dazu beigetragen, dass wir die Sicherheit für unseren Botschaftscompound nicht mehr gewährleisten konnten und auch - Sie hatten es eingangs richtig erwähnt - der Personalansatz erhöht werden musste, um die Sicherheit zu gewährleisten. Und dann ist man nur noch eingeschränkt durchhaltefähig. Das war der Hintergrund, warum wir auch eine Evakuierung der deutschen Botschaft ein Stück weit vorantreiben wollten.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich stelle die Frage noch mal: Hat Sie die Aussage der Vizepräsidentin des BND im Hinblick auf das, was Ihnen von den örtlichen Kollegen und auch vom Gesandten mitgeteilt wurde und worüber Sie ja nicht nur einmal, sondern mehrfach gesprochen haben, überrascht? Und ich darf ja darauf hinweisen, dass diese Aussage „eher unwahrscheinlich“ in einer historischen Linie mit allen vorherigen Aussagen des BND steht, die immer davon ausgeht, es ist etwas eher unwahrscheinlich; wobei gelegentlich in einer Fußnote angeführt wird, es könnte aber auch ganz anders kommen. Ganz konkret: Hat vielleicht in dieser Krisenstabsitzung auch jemand diese Einschränkung vielleicht formuliert? Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge „Fisch“: Daran kann ich mich nicht erinnern. Aber um auf Ihre Frage zurückzukommen: Ich hatte den Eindruck vom Zuhören in dieser Krisenstabsitzung, dass die Tendenz schon dahin ging, die Situation so einzuschätzen, wie Sie vor Ort beschrieben wurde, und dass man geeignete Maßnahmen ergreift, um diese Evakuierung vorzubereiten, und auch vielleicht schon eine Verlegung der Botschaft an den Flughafen betreibt, bis zu dem Zeitpunkt, wo es dann zu dieser Aussage kam; und dann kippte das. Das war mein Eindruck, mein persönlicher Eindruck.

Jörg Nürnberger (SPD): Das ist jetzt interessant, dass Sie sagen, es kippte. Kippte die Stimmung, kippte die Informationslage, oder was kippte denn da?

Zeuge „Fisch“: Es kippte die Entscheidung zugunsten des Verbleibs in der Botschaft. Das war mein persönlicher Eindruck. Ich hatte vorher den Eindruck, dass es anders ausgehen würde.

Jörg Nürnberger (SPD): Hat jemand aus dem Stab der Botschaft gegen diese Einschätzung der Vizepräsidentin interveniert?

Zeuge „Fisch“: Wenn ich mich recht erinnere, hat Herr Jan van Thiel versucht, noch mal was dazu zu sagen; es wurde aber nicht mehr zugelassen.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich glaube, das können wir mal so stehen lassen an diesem Punkt. - Wir haben uns vorhin auch darüber unterhalten, wann denn genau der Abbau der Sicherung in der Green Zone erfolgt ist und wann Sie darüber Kenntnis erlangt haben. Ich habe mich bezogen auf eine E-Mail aus der späteren Nacht am 14. und dann auf den Zeitraum am nächsten Tag, den 15., gegen Mittag. Wann haben denn Sie in diesem Zeitrahmen realisiert, dass die Sicherung der Green Zone tatsächlich nicht mehr gegeben ist?

Zeuge „Fisch“: Ich kann mich da nicht mehr genau dran erinnern. Soweit ich das weiß, kam diese Nachricht für mich auch per Messenger an,



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

am Sonntagmorgen, zeitgleich mit der Information, dass das Zeitfenster zum Verbleib der amerikanischen Botschaft sich verringerte und gegen Sonntagnachmittag, spätnachmittag, die amerikanische Botschaft schließt bzw. die Evakuierungsmaßnahmen abgeschlossen sind und auch die Sicherungsmaßnahmen der Green Zone. Und nach meinem Kenntnisstand wurde mir das übermittelt in einer Whatsapp-Nachricht.

Jörg Nürnberger (SPD): Ganz praktische Frage: In einer derart stressigen Situation, findet man dann gelegentlich noch eine Stunde, zwei Stunden Ruhe und kann sich mal hinlegen, oder ist man da in dieser hektischen Situation die ganze Zeit im Dienst und in Action?

Zeuge „Fisch“: Nein, da ist man dann schon so voller Adrenalin und rund um die Uhr gefordert. Da schläft man eigentlich nicht mehr.

Jörg Nürnberger (SPD): Von unserer Seite wären das die Fragen. Wenn unser Vorsitzender noch Fragen hat oder - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich würde unmittelbar weitergeben zu der Frau Kollegin, die ganz angespannt wartet, wieder zum Einsatz zu kommen. - Bitte schön, Frau Kollegin.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Ja, wir wollen alle irgendwann heim. - Ich würde ganz gern noch mal auf die Situation zurückkommen, der Frage des Verbleibs in der Botschaft oder Nichtverbleibs in der Botschaft. Also da gab es ja offenkundig unterschiedliche Ansichten, und soweit ich den Unterlagen entnommen habe, hat auch der Herr Potzel gesagt: Es wird zunächst dableiben. - Und jetzt würde mich interessieren, ob er dieses auch an den Herrn van Thiel kommuniziert hat.

Zeuge „Fisch“: Der Herr van Thiel erwähnte etwas in meine Richtung und sagte, dass er, bevor er mit mir - - bevor der Herr Potzel mit mir kommuniziert hat, mit ihm kommuniziert hat in gleicher Angelegenheit. Mehr weiß ich aber nicht. Das habe ich im Nachgang erst erfahren.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Plumpe Frage: Und wie ging es ab da weiter? Weil Herr van Thiel und Sie waren ja offenkundig anderer Meinung als Herr Potzel.

Zeuge „Fisch“: Ja.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Also wie haben Sie unmittelbar - - sind Sie damit dann umgegangen? Zeit war ja jetzt nicht mehr viel.

Zeuge „Fisch“: Nachdem ich die Mail von Herrn Potzel gelesen und beantwortet habe, habe ich, glaube ich, noch eine Antwort von Herrn Potzel bekommen, der dann sagte: „Okay, dann ist es eben so“, und danach bin ich zu Herrn van Thiel und habe ihm darüber berichtet.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Also jetzt muss ich leider noch mal ein bisschen nachhaken: Sie haben erst von Herrn Potzel die Weisung, die Information, wie auch immer, die Ansage: „Dableiben!“?

Zeuge „Fisch“: Mhm.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Sie und Herr van Thiel sprechen darüber und versuchen offenkundig, Einfluss zu nehmen, dass Sie anderer Ansicht sind, und dann kommt genauso lapidar zurück: „Na gut, dann halt anders“?

Zeuge „Fisch“: Na ja, er hat mir ja das Szenario beschrieben, dass die Taliban uns nicht feindlich gesinnt sind - das war seine Eingangsmail -, und hat gesagt, dass die Pläne, zum Flughafen zu verlegen, nicht angezeigt sind, weil die Taliban uns nicht feindlich gesinnt sind und wir maximal mit marodierenden Banden zu rechnen hätten bzw. mit organisierter Kriminalität, und dafür würde er mir eine gewisse Anzahl von KSK-Soldaten zur Verfügung stellen. Und er selber beabsichtigte - das hat er auch in dieser Mail erwähnt -, am Montag zum Botschaftsteam dazuzustoßen. Davon habe ich ihm dann abgeraten und habe gesagt, dass meine Pläne andere sind und meine Lageeinschätzung hier vor Ort eine andere ist, ich komplett anderer Auffassung bin - ich kann Ihnen aber den Wortlaut nicht mehr sagen; die



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Mail liegt mir leider nicht mehr vor -, und habe dann gesagt, dass wir andere Pläne verfolgen. Und dann hat er gesagt: „Okay, dann ist das wohl so“, und hat davon Abstand genommen; irgendwie so in diesem Wortlaut.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Jetzt mussten Sie ja genau in der Lage eine relativ komplizierte Abwägung treffen. Sie haben vorher geschildert, dass sich der Ring um Kabul immer weiter zugezogen hat und - ich erinnere an Ihr Eingangsstatement - dass Sie vor allen Dingen - - „über- rascht“ ist vielleicht falsch, aber dass Sie zur Kenntnis nehmen mussten, dass Gebiete in einer Geschwindigkeit an die Taliban übergeben, über- lassen wurden, die Sie dann doch etwas, ich habe Ihren Wortlaut - bitte, Sie müssen mich kor- rigieren, wenn ich es falsch wiedergeben - nicht mehr ganz im Kopf - - für Sie schon ein bisschen erstaunlich war, auch wie vergleichsweise leicht und schnell das ging. Wie kann man dann genau an diesen Tagen zu einer völlig anderen Ein- schätzung kommen? Weil Herr Potzel hat ja wohl eine völlig andere Einschätzung über die Gefähr- lichkeit der Taliban gehabt? Wieso glauben Sie, dass es eine Einschätzung gab, dass ausgerechnet die deutsche Botschaft von den Taliban wohl ver- schont bliebe, während alle anderen Botschaften ja bereits mit der Evakuierung begonnen hatten?

Zeuge „Fisch“: Also, wie der Herr Potzel zu der Einschätzung kommt, weiß ich nicht. Er hat ja Gespräche geführt in Doha, soweit ich weiß, mit den Taliban. Meine Einschätzung: Ich habe mich natürlich an unsere internationalen Partner ge- halten und das Lagebild, was mir von diesen Partnern auch zur Verfügung gestellt wurde. Da- nach habe ich mein Handeln ausgerichtet und bin zu dieser Entscheidung gekommen. An dieser Stelle möchte ich aber auch noch mal erwähnen, dass nicht nur die Taliban für die Angehörigen der deutschen Botschaft da vor Ort eine Gefahr darstellten, sondern es gab auch noch andere Ak- teure im Raum, die dort sehr aktiv waren. Später am Flughafen haben sie das selber mitbekom- men, wie der IS dort einen Anschlag verübt hat. Der IS ist dort auch vor Ort wiedererstarkt, und dort war die internationale Gemeinschaft sehr wohl im Fokus.,

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Ich hake nach: Zu Ihrem Lagebild gehören ja auch alle diese Erkenntnisse, und dieses Lagebild haben Sie ja nicht für sich behalten, sondern das haben Sie ja weitergegeben, nehme ich an. Das war wohl die Hauptaufgabe. An wen haben Sie es weitergegeben, nur an Herrn van Thiel, nur in- nerhalb der Bundespolizei, das war der Verteiler, oder ging es auch an Herrn Potzel?

Zeuge „Fisch“: Na, das Lagebild wurde geteilt. Ich war berichtspflichtig gegenüber dem Refe- rat 107 mit einem Lagebild; in cc wurde die Bun- despolizei auch daran beteiligt, und natürlich auch Herr van Thiel, der regelmäßige Berichte auch nach Berlin gesendet hat in einen bestimm- ten Verteiler.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Wovon wir dann ausgehen müssen, dass den auch Herr Potzel erreicht hat, -

Zeuge „Fisch“: Natürlich.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): - weil er ein- fach in diesen Kreis gehört hat.

Zeuge „Fisch“: Da gehe ich auch von aus.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Gut. Erstaun- lich. - Ich springe zurück zu der dann doch er- folgten Evakuierung mithilfe der USA, die Sie ja auch präferiert hatten aus, wie ich behaupten möchte, schlicht professionellen Gründen. Und dort kommt es zu einem Zitat von Ihnen, mit dem Sie sagen: „Kommunikation zu Partner bricht hier zusammen.“ - Das war am Sonntag quasi während der Evakuierungssituation. Kön- nen Sie das noch mal schildern: Welche Kommu- nikation brach zusammen: die über die Messen- gerdienste oder die offizielle Kommunikation? Oder was muss ich davon halten? Und inwieweit konnten Sie dann weiter kommunizieren? - Brau- chen Sie eventuell den Vorhalt?

Zeuge „Fisch“: Ich habe das jetzt nicht ganz ver- standen. Wann habe ich das gemeldet?



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): „Kommunikation zu Partner bricht hier zusammen.“ Moment, ich suche gerade mal. - MAT A AA-8.38 VS-NfD, Blatt 289. Wir legen es Ihnen einfach kurz hin.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Zeuge „Fisch“: Ja, das bezog sich mit Sicherheit auf den Abzug unserer benachbarten Botschaften, und dadurch, dass jede Botschaft oder internationale Organisation mit ihren eigenen Maßnahmen derzeit beschäftigt ist, hat sich natürlich der Kommunikationsbedarf zu den anderen - - oder innerhalb des Netzwerkes, sage ich mal, verringert. Also da wurde dann weniger miteinander kommuniziert, und man war sehr mit sich selber beschäftigt, um seine Vorkehrungen zu treffen.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Jetzt reite ich noch mal auf dem Thema rum, dass es dann doch zur Evakuierung kam. Ich würde gerne noch mal wissen, wer wirklich letztlich und endlich die Entscheidung getroffen hat, in Person, dass jetzt evakuiert wird, und zwar über den Weg der US-Hilfe.

Zeuge „Fisch“: Wie das gelaufen ist, habe ich Ihnen ja erläutert. Und nach meinem Kenntnisstand hat, nachdem ich Herrn van Thiel darüber unterrichtet habe, wie es steht, er die Zentrale informiert und sich dort grünes Licht geholt.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Also es gab dann auch entsprechend eine Positionierung aus der Leitung des Auswärtigen Amtes?

Zeuge „Fisch“: Ja, vom Krisenreaktionszentrum, soweit ich das in Erinnerung habe.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Und in der Folge waren dann die Mitarbeiter des BND, des GIZ, eventuell auch Ortskräfte schon alle an der Botschaft, um jetzt auch schnell umsetzen zu können - Sie haben ja gesagt: now or never -, oder mussten die dann noch erst zusammengeholt werden?

Zeuge „Fisch“: Nein, die hatten wir im Vorfeld bereits zusammengeholt mit Ausnahme der Lokalbeschäftigten. Die haben wir ja nicht - - Also, die konnten wir nicht mitnehmen. Das MoU deckte die Lokalbeschäftigten nicht ab, bezog sich ausschließlich auf Diplomaten oder zumindest Diplomatenpassinhaber. Die GIZ hatten wir ebenfalls nicht mehr zurückgeholt zur Botschaft, weil sie von ihrer Liegenschaft aus einen schnelleren Weg direkt zur amerikanischen Botschaft hatten. Wir hatten den BND und die Schweizer Botschaft und noch ein paar Versprengte.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Jetzt muss ich - - ein Fauxpas von mir; ich habe mich nicht kündigt gemacht. Wie weit war der Weg von der US-Botschaft zur deutschen Botschaft?

Zeuge „Fisch“: Mit dem Fahrzeug - zu dem Zeitpunkt war kein anderes Fahrzeug mehr auf der Straße in der Green Zone - geht es dann ganz schnell. Da waren es dann zehn Minuten.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Okay. - Jetzt haben wir in den Unterlagen gefunden, dass der BND aber weiter davon ausging, dass die Evakuierung mit dem Fahrzeug nicht nur bis zur US-Botschaft, sondern direkt bis zum Flughafen doch noch geplant wäre; hatten wir vorher schon aufgeklärt. Wie kann es zu so einem Missverständnis kommen?

Zeuge „Fisch“: Also ich vermute mal, der BND hatte selber eigene Pläne gemacht, eventuell mit Fahrzeugen zum Flughafen zu fahren, weil sie aber auch nicht über das gleiche Lagebild, glaube ich, verfügten wie ich an der Botschaft. Denn ich hatte ihnen von dieser Satellitenaufnahme, dieser Live-Schalte berichtet und konnte mir ein umfassendes Bild machen von der Lage in der Stadt. Und ich habe dann den BND darüber unterrichtet, dass es besser wäre, wenn sie zur Botschaft kommen und sich unserem Evakuierungsvorhaben anschließen würden. Und ich glaube, dazu haben sie sich dann auch durchgerungen

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Soweit wir gesehen haben, musste der BND einige Ausrüs-



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

tungsgegenstände in den Fahrzeugen zurücklassen. Zum einen ist es unter Umständen diesem Missverständnis geschuldet, und zum anderen: Was muss man sich darunter vorstellen? Wie unter Umständen toxisch waren diese Gegenstände, die dort - -

Zeuge „Fisch“: Da kann ich Ihnen keine Aussage zu machen. Ich weiß nur, dass sie anderes Gerät aber auch mitgenommen haben. Also da kann ich mich noch dran erinnern.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Jetzt komme ich noch mal auf „now or never“ zurück. Jetzt waren Sie ja doch schon ein paar Stunden zumindest, sage ich mal, für sich im Plan, dass Sie gesagt haben: Es geht eigentlich gar nicht anders, als dass jetzt wirklich zügig evakuiert werden muss. Trotzdem wollten Sie ja noch einiges regeln, hatten deswegen 16 Uhr, glaube ich, oder was zunächst genannt.

Zeuge „Fisch“: Mhm.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Konnten Sie noch alles regeln, was Sie für wirklich zwingend notwendig gehalten haben? Oder ist dann tatsächlich einiges einfach nicht mehr aufgearbeitet worden?

Zeuge „Fisch“: Also, wir haben das Menschenmögliche gemacht, aber ich glaube, einige Dinge konnten wir nicht mehr vernichten. Das bezog sich in erster Linie auf Munition, überschüssige Munition, die wir nicht mitnehmen konnten, etc.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Okay.

Zeuge „Fisch“: Die haben wir dann, glaube ich, in den Pool noch kurzfristig geworfen. Also wir hatten nicht mehr genügend Zeit, das artgerecht zu entsorgen.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Na ja, wenn es nichts Schlimmeres ist. Klingt jetzt komisch, aber ich glaube, es gibt wirklich toxische Informationen oder Ähnliches, die könnten schlimmer sein als Munition, die man vielleicht auch woanders herbekommt.

Okay, jetzt komm ich noch mal zurück zum Evakuierungskonzept, weil ich glaube, das ist für uns ja auch eine ganz entscheidende Geschichte. So ein Untersuchungsausschuss soll ja vielleicht auch nicht nur Schuldige suchen, sondern vor allen Dingen daraus lernen können, dass wir es in Zukunft besser machen, sprich: Was ist mit Konzepten? Wie können wir die anpassen? Und da gab es eine Reise vom 5. bis 8. März 2021 zum Thema der Kurzberatung an der deutschen Auslandsvertretung Kabul. Entsinnen Sie sich? Können Sie vielleicht da mal zunächst ein bisschen darüber schildern, bevor ich dann direkt konkret - -

Zeuge „Fisch“: Daran erinnere ich mich, ja. Und ich soll Ihnen über den Ablauf der Reise etwas erzählen?

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Ja. Auch den Grund; gut, den Grund kennen wir ja schon. Aber wie konkret wollte man zu dem Zeitpunkt werden, was Evakuierungskonzepte wird und Ähnliches?

Zeuge „Fisch“: Ausfluss dieser Reise war ja unser Bericht vom Herbst 2020, also der Bericht von den Sicherheitsberatern, dass wir eine veränderte Sicherheitslage in Kabul zu erwarten haben mit Abzug des internationalen Militärs. Und dann haben wir da mehrfach noch mal nachgehakt, wie wir diesen Dingen jetzt entgegenzutreten sollten, und dann kam es zu dieser Kurzberatungsreise, die angeboten wurde im März. Und wir haben als Sicherheitsberater diese Kurzberatungsreise begleitet; vorbereitet wurde das durch Angehörige der Politischen Abteilung der Botschaft, soweit ich das in Erinnerung habe. Und man hat die Mitglieder dieser Kurzberatungsreise mit Interviewpartnern versorgt, die sie über die Lage und über Evakuierungsmöglichkeiten informieren, soweit ich das in Erinnerung habe. Wir haben unter anderem einen Termin an der US-Botschaft. Wir hatten einen Termin mit dem stellvertretenden Befehlshaber von RS, die als Gesprächspartner zur Verfügung standen und dann auch umfangreich berichtet haben.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Okay. - Und was ist Ihnen bekannt, welche konkreten Anpassungen oder Veränderungen dann aus dieser Reise resultierten? Weil das sollte ja wahrscheinlich nicht nur eine Inforeise sein, sondern Ziel ist ja dann immer, dass es dann tatsächlich zu einer sichtbaren, umsetzbaren Verbesserung kommt.

Zeuge „Fisch“: Es ging ja erst in erster Linie darum, diesen alten Krisenplan mit dem Evakuierungsszenario zu überarbeiten. Dort wurden noch Routen gewählt - - Zum Beispiel hätten wir von der deutschen Botschaft nach Bagram verlegen sollen. Das ist eine US-Air-Base mit Flughafen außerhalb von Kabul, die zu diesem Zeitpunkt schon gar nicht mehr existierte. Die war schon geschlossen. Und da, haben wir natürlich gesagt, bedarf es eines Updates. Und da wurden dann einige Maßnahmen getroffen.

Letztendlich haben wir dann festgestellt - und das war auch unsere Vorgabe -, dass die einzige Evakuierungsmöglichkeit, die einzige verlässliche Evakuierungsmöglichkeit über den HKIA, also den Kabuler Flughafen, läuft, mit all den Schwierigkeiten, die da verbunden sind, unter anderem halt dieses Flaschenhalssyndrom, diese verstopften Wege dorthin. Und um dem zu entgegen, hat man sich dann eben auch zu einer Handlungsempfehlung entschlossen, diese luftbeweglichen Transportmöglichkeiten anzumieten, also Hubschrauber. Ja, und es wurde auch diskutiert über die Sammelpunkte für deutsche Staatsbürger bzw. für ausreiseberechtigte Bürger. Das wurde in diesem Bericht halt auch bearbeitet.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Okay. - Wurde bearbeitet. Jetzt würde mich aber noch mal konkret interessieren, inwieweit Sie und andere professionelle Sicherheitsberater tatsächlich jenseits von gewissen Ratschlägen in die tatsächliche Umsetzung eines neuen und besseren Konzeptes eingebunden waren.

Zeuge „Fisch“: Na, wir sind eingebunden worden als Interviewpartner, aber wir haben natürlich keinen Einfluss auf die Erstellung. Das heißt, wir

können nur unsere Sichtweise der Dinge schildern. Aber was dann letztendlich geschrieben wird, ist Sache des Krisenberatungsteams.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): So, und wie war Ihre professionelle Bewertung dieses dann erstellten Evaluierungskonzeptes zunächst mal aus der Ex-ante-Sicht, und aus Ex-post ist es dann natürlich einfach.

Zeuge „Fisch“: Ein Evakuierungskonzept wurde zu diesem Zeitpunkt ja noch nicht erstellt, sondern es wurde nur gesagt, dass man ein neues erstellen musste, und der Auftrag ging dann natürlich auch an das BMVg, soweit ich das in Erinnerung habe, oder dann an die Bundeswehr und an das Einsatzführungskommando, die einen neuen Evakuierungsplan für Kabul erstellen sollten, den ich dann ja später auch immer erfragt habe. Und an das Auswärtige Amt erging dann, soweit ich weiß, der Auftrag, die deutsche Botschaft zu einem Sammelpunkt für deutsche Staatsbürger herzurichten. Das heißt, da müssen Bettenkapazitäten in Form von Zelten und Feldbetten usw. hergestellt werden, und ein Hubschrauberlandeplatz muss hergerichtet werden, und es sollten eben auch Hubschrauber beschafft werden, um diese zu evakuierenden Menschen dann auch sicher zum Flughafen bringen zu können. Das waren dann die Aufträge an das Auswärtige Amt.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Da schließen sich logischerweise genau zwei Fragen direkt an, nämlich: Wäre denn so einen Sammelpunkt im Umfeld der Botschaft überhaupt ausreichend gewesen? Gab es dazu alternative Sammelpunkte? Und vor allen Dingen: Wurde denn das Zeitkonzept auch so umgesetzt, wie es zu erwarten war, weil man die Dringlichkeit richtig eingeschätzt hat?

Zeuge „Fisch“: Also der Sammelpunkt „deutsche Botschaft“, den habe ich persönlich als nicht geeignet erachtet; denn Sie müssen sich das Szenario, was am Kabuler Flughafen dann letztendlich passierte und sich einstellte - - Wenn Sie sich das an der deutschen Botschaft vorgestellt hätten, dann hätten wir diese Lage nicht bewältigen kön-



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

nen mit den mir zur Verfügung stehenden Sicherheitskräften; das hätte nicht funktioniert. So gesehen fand ich das nicht in Ordnung. Andere, benachbarte Botschaften haben dort, glaube ich, eine etwas bessere Vorsorge getroffen. Die haben bereits - und da meine ich die britische Botschaft und die kanadische Botschaft - geeignete Liegenschaften im unmittelbaren Umfeld zum internationalen Flughafen angemietet für solche Fälle.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Jetzt hätte ich eine letzte Frage, dann müsste ich in keine weitere Runde eventuell.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das finde ich wunderbar.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): So bin ich. - Meine Frage ist: Nach dem, was Sie hier in meinen Augen wirklich an Außergewöhnlichem bewältigen mussten in diesen Stunden und Tagen - das war ja auch im Umfeld nicht einfach -: Wie weit wurden Sie eingebunden in ein echtes Lessons learned, unabhängig von Eitelkeiten und Ähnlichen und Zuständigkeiten vielleicht? Und würden Sie beurteilen wollen, dass das jetzt auch in einem vernünftigen Umsetzungsstadium ist?

Zeuge „Fisch“: Also, ich bin in keiner Lessons-learned-Veranstaltung eingebunden gewesen.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Gut. - Dann sage ich zunächst mal vielen herzlichen Dank, und auch noch mal für die Arbeit vor Ort vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Der Zeuge hat auch Kondition. Er hat exakt dieselbe Frage exakt gleich beantwortet vor etwa einer Dreiviertelstunde. - So, nun fahren wir fort mit der Frau Kollegin Nanni, die übrigens das Copyright für die Frage nach den anderen Diplomaten hatte; nur um das für das Protokoll auch noch festzuhalten. Frau Bayram war schon ganz erstaunt.

(Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja! -
Peter Heidt (FDP): Wir haben uns schon geeinigt, wir sind zufrieden! - Jörg

Nürnberger (SPD): Wir haben vermittelt! - Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kreativ kann man es! Kein Problem, Herr Vorsitzender!)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Okay. - Frau Kollegin Nanni, Sie haben das Wort.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Vorsitzender. - Ich habe erst mal noch zwei kleine Fragen, und zwar: Sie haben am Anfang ausgeführt, dass Sie dienstrechtlich 107 und im Krisenfall 040 zugeordnet sind. Wann ändert sich denn Ihre Berichtspflicht gegenüber dem AA von 107 auf 040?

Zeuge „Fisch“: Dienstrechtlich bin ich in der Tat weiterhin auch immer 107 berichtspflichtig; allerdings in der Krise ergibt sich das aus der Praxis, dass man dann dem Krisenreaktionszentrum, welches dann natürlich auch 24/7 besetzt ist, berichtet, um dann auch entsprechend - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wann war das jetzt so?

Zeuge „Fisch“: Genau, und das ist nicht genau geregelt. Ich werde gar nicht formal irgendwie unterstellt, sondern es obliegt mir dann, wie ich diese Information steuere.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und ab wann haben Sie gesagt: Jetzt - -

Zeuge „Fisch“: Also, ich habe das Krisenreaktionszentrum immer beteiligt bzw. auch angeschrieben, wenn es besondere Vorfälle in Kabul gab, zum Beispiel Anschläge. Dann habe ich sofort das Krisenreaktionszentrum darüber informiert, inwieweit auch deutsche Staatsbürger betroffen sind und welche Lageerkenntnisse ich dazu habe. Und in diesem Fall Kabul weiß ich nicht mehr genau, ab wann ich das Krisenreaktionszentrum beteiligt habe. Das kann ich Ihnen nicht mehr sagen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sich daran erinnern, ob die Information,



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

dass die Amerikaner jetzt die Botschaft räumen werden - - ob Sie die nur an 107 oder auch an 040 geschickt haben?

Zeuge „Fisch“: Nein, kann ich mich nicht dran erinnern, aber das liegt, glaube ich, in der E-Mail vor. Das steht da irgendwie; ich habe das aber jetzt gerade nicht zur Verfügung.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe noch eine andere Frage, und zwar: Die Handlungsempfehlungen, die nach dem Krisenberatungstermin aufgesetzt wurden, waren die verbunden mit einer Umsetzungsfrist?

Zeuge „Fisch“: Können Sie das noch mal wiederholen? Das habe ich jetzt nicht ganz verstanden.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, es gab ja in dem Bericht, der nach dem Krisenvorsorge-

Zeuge „Fisch“: Genau, der Bericht. Ja.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und da standen die Handlungsempfehlungen drin. Waren die mit einer Umsetzungsfrist versehen? Also war Teil der Handlungsempfehlungen: „Bis dann sollten wir das geschafft haben, bis dann sollten wir das geschafft haben“?

Zeuge „Fisch“: Nein, ich glaube, da gab es keine Umsetzungsfrist. Das ist mir nicht bekannt.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann würde ich noch mal ansetzen bei der Evakuierung. Können Sie uns noch mal beschreiben, was Sie am Kabuler Flughafen ab dem 15. August 2021 gemacht haben, bis dann das Krisenunterstützungsteam da war? Also, wie haben Sie diese Zeit überbrückt? Was waren da Ihre Zuständigkeiten? Was haben Sie für Beobachtungen gemacht?

Zeuge „Fisch“: Nachdem wir luftverlastet von der amerikanischen Botschaft zum Flughafen verlegt wurden, was in Wellen geschah - - Also, das war für mich besonders schwierig, weil nicht alle

Entsandten und Sicherheitskräfte haben zeitgleich in die Hubschrauber gepasst, sondern wir mussten in verschiedenen Wellen fliegen. Ich bin dann selber mit dem letzten Hubschrauber von der Botschaft Richtung Flughafen geflogen, und dort vor Ort mussten wir uns erst mal sortieren. Man musste einen sogenannten Registrierungsprozess durchlaufen. Die Amerikaner haben also Armbändchen verteilt, sodass jeder, der auf diesem Flughafen war, ein Stück weit registriert ist, und die wurden dann automatisch einem Evakuierungsflieger der Amerikaner zugeführt und nach Doha geflogen. Soweit ich das in Erinnerung habe, wollten die Amerikaner eigentlich ursprünglich diese gesamte Evakuierungsmission aus eigenen Mitteln bestreiten, ohne weitere internationale Hilfe.

Wir hatten natürlich dann noch einen anderen Auftrag. Da ging es dann darum, dass ein Team zusammengestellt werden sollte, welches dort am Flughafen vor Ort bleibt, um bei der Evakuierung weiterer deutscher Staatsbürger und anderer Ausreiserechtiger das ankommende Krisenunterstützungsteam zu unterstützen. Das war - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kurze Zwischenfrage: Wer hat das entschieden, wer Teil des Teams werden soll?

Zeuge „Fisch“: Das wurde so entschieden, dass aus Berlin - da war ich nicht involviert in diesen Prozess zu Beginn - Richtung Herrn van Thiel angefragt wurde, ob er das gewährleisten könnte und wer da mitmacht und wie viel er bräuchte für dieses Team. Und danach kam der Herr van Thiel und sagte mir, wie viel hier bleiben müssen von seiner Sicht aus, und ich sollte das entsprechende Sicherheitsteam da drumherum stricken. Das habe ich dann gemacht, und der BND hat dann für sich entschieden, auch noch jedenfalls vor Ort zu bleiben mit einer Komponente.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was war dann der Auftrag?

Zeuge „Fisch“: Der Auftrag war, Kontakt aufzunehmen mit den Amerikanern und die Evakuie-



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

rung deutscher Staatsbürger und anderer Ausreiserechtiger für das Krisenunterstützungsteam, welches anreist, vorzubereiten und auch schon eigene - das haben wir uns dann selber gemacht - Evakuierungsmaßnahmen für deutsche Staatsbürger, die sich jetzt schon in der Nähe des Flughafens aufhielten, einzuleiten.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war aber noch nicht Teil des Auftrags?

Zeuge „Fisch“: Das war nicht direkt Teil des Auftrags; das haben wir aber als unsere Selbstverständlichkeit und Pflicht angesehen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auf welchem Weg hat Sie der Auftrag erreicht? Über Herrn Jan van Thiel, haben Sie gerade gesagt.

Zeuge „Fisch“: Ja.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und er hat das bekommen von?

Zeuge „Fisch“: Ich vermute, von 040.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Als dann das Krisenunterstützungsteam angekommen ist: Wie hat sich dann die neue Aufgabenverteilung gezeigt?

Zeuge „Fisch“: Na ja, wir hatten ja vorher noch ein paar andere Probleme zu bewältigen, weil zunächst der Flugplatz ja gar nicht operabel war, weil afghanische Zivilisten auf dem Rollfeld standen und ihre Ausreise irgendwie erzwingen wollten. Und so gesehen musste ja auch der erste Flieger des Krisenunterstützungsteams mit dem General Arlt an Bord wieder abdrehen. Und erst in der Nacht von Montag auf Dienstag - so wie ich das in Erinnerung habe; die genaue Uhrzeit weiß ich nicht mehr - gelang es der zweiten Maschine in Kabul dann zu landen. Wir hatten als Team dann schon eine mögliche Unterkunft für die Angehörigen der Bundeswehr vorbereitet, und ich hatte schon erste Absprachen mit einem KSK-Soldaten getroffen, der mir persönlich auch

bekannt war, wie wir denn jetzt hier einen Kontrollpunkt gewährleisten können und wie wir unsere eigene Sicherheit hier sicherstellen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Unterkunft: Wo kam die her?

Zeuge „Fisch“: Die Unterkunft haben wir über die niederländische Botschaft ... (akustisch unverständlich) Also, da waren vorher die Niederländer drin, und wir kannten den Kanzler der Botschaft sehr gut, und mit denen hatten wir gesprochen, und die war dann anscheinend auch groß genug, um die Anzahl des Bundeswehrkontingentes dort unterzubringen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Niederländer waren mit den Amerikanern schon nach Doha ausgeflogen worden. Korrekt?

Zeuge „Fisch“: Genau, ja. Die sind dann schon weg gewesen. Die kamen später, glaube ich, noch mal wieder mit einer anderen Komponente. Aber zu dem Zeitpunkt waren sie ausgeflogen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Wer hat denn am Flughafen auf welchen Ebenen die Verbindung zu den USA gehalten? Also wer war Kontaktpunkt?

Zeuge „Fisch“: Also, da kann ich nur berichten, was wir von der Botschaft gemacht haben. Zu Beginn haben das der Herr Jan van Thiel und ich gemacht und später dann ausschließlich der Herr Jan van Thiel und auch in Kooperation mit dem General Arlt.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit General Arlt hatten Sie dann keinen Koordinationskontakt mehr, oder - -

Zeuge „Fisch“: Wenig. Also ich war auch jedes Mal - - Wir haben ja tägliche Lagebriefings durchgeführt, und dort stand ich natürlich auch im engen Kontakt mit dem Herrn General Arlt. Wir hatten natürlich auch einen engen Austausch, was die Lageinformation betrifft. Sie wissen ja auch, dass der Flughafen auch im Fokus von



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

möglichen Anschlägen stand und dass es dort eine konkrete Bedrohungsanlage gab.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist das richtige Stichwort: „Kommunikation“. Können Sie mir einmal schildern, wie sich Ihre technische Kommunikationslage dargestellt hat, die der anderen, mit denen Sie kommunizieren mussten, und wie die Verbindungsmöglichkeiten auch nach Berlin waren zu den verschiedenen Stellen, mit denen Sie Kontakt hatten?

Zeuge „Fisch“: Also, für mich persönlich war es so, dass ich mit meinem Team „Sicherheit“ - - Wir hatten untereinander Kommunikation über Funk, also mit mitgebrachten Funkgeräten aus der Botschaft, wir hatten Kontakt mit dem Telefon und mit Messengerdiensten. Zur Bundeswehr hatte ich ausschließlich den persönlichen Kontakt bzw. über Messengerdienste und Telefon.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil Sie jetzt das auch noch zweimal angesprochen haben, einfach die Frage: Als Sie wiedergekommen sind, wurden Sie da aufgefordert, Nachrichten aus den Messengerdiensten zu verakten?

Zeuge „Fisch“: Nein.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist Ihnen eine Vorschrift bekannt im Haus, wie mit Informationen aus Messengerdiensten umgegangen werden soll?

Zeuge „Fisch“: Nein, ist mir nicht bekannt. Ich kann Ihnen nichts dazu sagen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, Sie haben Ihr Telefon an den Nachfolger übergeben.

Zeuge „Fisch“: Also, ich habe - - Unmittelbar nachdem ich aus Kabul zurückkam, habe ich mein Telefon übergeben.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und damit auch nicht vorher noch irgendwas gemacht?

Zeuge „Fisch“: Nein.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Können Sie sich erinnern, ob Sie Weisungen bekommen haben über das Diensthandy, über Messengerdienste?

Zeuge „Fisch“: Nein, das habe ich nicht bekommen, sondern ich habe da lediglich Kontakt gehalten zu der internationalen Community.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Sie haben es ja gerade schon mal angesprochen: Die erste deutsche Maschine konnte nicht landen. Können Sie dazu noch ein bisschen die Hintergründe ausleuchten? Also, vieles wissen wir schon, aber was nicht im Protokoll steht, kommt nicht in den Abschlussbericht. Deswegen - -

Zeuge „Fisch“: Also die Hintergründe, die ich habe, waren: Dadurch, dass die Afghanen oder afghanische Zivilisten das Rollfeld belegt haben, war ein Starten und Landen nicht möglich. Und die Amerikaner mussten erst versuchen, das Rollfeld wieder zu clearen. Da gab es dann - - Also, der Flughafen war nicht operabel, und das wurde dann auch - - Ich hatte mit einem Adjutanten von General Arlt, der im Flugzeug saß, telefoniert und habe das denen auch mitgeteilt, dass es derzeit nicht möglich ist, und die haben sich dazu entschieden, weiterhin über dem Flughafen Kabul zu kreisen, solange es ihre Spritreserven möglich machen, und sind dann bis zum letzten Augenblick vor Ort geblieben und sind dann abgedreht, wieder zurück. Und erst der zweite Anlauf, so wie ich es gesagt habe, machte es möglich.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie mir beschreiben - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir sind am - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schon vorbei? - Bis später.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bitte schön.

Joachim Wundrak (AfD): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Herr Zeuge, im vergangenen Mai hat



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

hier der Zeuge F■■■■ B■■■■, der im BMVg den Dienstposten des Sekretärs Ortskräfte innehatte, vorgetragen. In seiner Vernehmung schilderte B■■■■ in bewegtem Tonfall, dass es ihn bis heute belastet und ratlos zurücklasse, dass es der Bundeswehr im August 2021 nicht gelungen sei, mehr Ortskräfte aus Afghanistan auszufliegen, obwohl sie doch Menschen aus aller Herren Länder und Tausende Afghanen ohne jeden Deutschlandbezug ausgeflogen habe; das ist das Protokoll der UA-Sitzung vom 11. Mai, Seite 15.

Die große „Spiegel“-Serie vom Sommer 2022, die Sie sicherlich kennen, könnte Licht in dieses Dunkel bringen. So sollen Sie, Herr Zeuge, in jenen Kabuler Tagen mit General Arlt zusammengetroffen sein. Zitat aus diesem „Spiegel“-Bericht:

„Auch Fisch ist mit dem General sofort per Du. Arlt habe ihm anvertraut, dass ihm das Verteidigungsministerium zwei Aufträge mit auf den Weg gegeben hätte. Erstens dürfe er auf keinen Fall wieder Maschinen leer zurückfliegen lassen,“

- Sie haben das, glaube ich, erwähnt, dass die erste Maschine nur mit sieben Passagieren aus Kabul abgeflogen ist; das führte zu Presse und Ärger im politischen Berlin -

„und zweitens sollte er Bilder von vollen Fliegern produzieren.“

Ende des Zitats. - Können Sie die zitierten Aussagen des Berichtes des „Spiegel“ bestätigen, und, wenn ja, hat Ihnen General Arlt auch gesagt, von wem er diese Aufträge aus dem BMVg wahrscheinlich erhalten habe?

Zeuge „Fisch“: Also, ich kann nur bestätigen, dass der Herr General Arlt mit einem Kamerteam vor Ort eingetroffen ist und ich ihn darauf angesprochen habe und er mir dann auch gesagt hat, dass es darum geht, Bilder von vollen Maschinen natürlich zu erzeugen. Das hat er so zu mir gesagt.

Joachim Wundrak (AfD): War es dann unter den Soldaten und Beamten auch Ihres Teams bekannt, dass es der Bundesregierung in jenen Tagen eben vor allem darum ging, Bilder von vollen Fliegern zu produzieren, und wie wurde dieser Auftrag dann nach Ihrer Beobachtung umgesetzt?

Zeuge „Fisch“: Dazu kann ich natürlich keine weiteren Aussagen treffen. Ich kann nur sagen, dass mit Eintreffen der Bundeswehr die Kontrollstellen eingerichtet wurden und dort tatsächlich auch geprüft wurde, wer ausreiserechtigt ist oder nicht, und diese Menschen, die eine Berechtigung haben, dann auch den Maschinen zugeführt wurden. Das ist mein Kenntnisstand.

Joachim Wundrak (AfD): Ihr Kenntnisstand ist auch, dass es nur 231 Ortskräfte waren, die ausgeflogen wurden?

Zeuge „Fisch“: Das habe ich der Presse entnommen, ja.

Joachim Wundrak (AfD): Vor Ort nicht?

Zeuge „Fisch“: Vor Ort war mir das nicht bewusst, nein.

Joachim Wundrak (AfD): Stattdessen wurden Tausende Afghanen, wie ich das schon erwähnt habe, ohne jeden Deutschlandbezug ausgeflogen, darunter auch Kriminelle. Ein Reporterteam von WDR und NDR hat im Juni 2022, also ein knappes Jahr danach, eine Reportage zur Evakuierungsmission publiziert, in der davon berichtet wird - Zitat -, „wie barbarisch Menschen miteinander umgehen können“. In dieser Reportage kommen auch Bundeswehrsoldaten, die an den Gates standen, zu Wort. Sie äußerten sich schockiert darüber, dass viele Afghanen bereit waren, auf Kosten von schwächeren Landsleuten in den Flughafen zu kommen, und für das Ziel, in den Westen zu gelangen, auch nicht davor zurückschreckten, mit dem Leben von Kindern und Säuglingen zu spielen, die als Mitleiderregersmissbraucht wurden und den Müttern aus der Hand gerissen wurden. Die Bundeswehrsoldaten berichteten also damals - Zitat -: „von Tag zu Tag eine schlimmere Art des Rechts des Stärkeren“.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Haben Sie beobachtet, wie Ihr Team und dann anschließend das KUT-Team, die Bundeswehrsoldaten, versucht haben, dagegen vorzugehen, oder gab es hier keine Erkenntnisse, und ist das aus Ihrer Sicht dann übertriebene Darstellung der Medien gewesen?

Zeuge „Fisch“: Also, das Bild, was sich vor diesen Gates, die für den Zugang zum Flughafen vorgesehen waren, darstellte, änderte sich in der Tat mit zunehmender Dauer. Die Klientel, die sich vor diesen Gates aufhielt, änderte sich. Es wurden später - - Aufgrund der katastrophalen Zustände, die dort waren, waren keine Familien mit kleinen Kindern mehr zu sehen wie vorher, sondern in der Tat dann viele Männer, die dort vor Ort standen.

Die Bundeswehr, wie sie darauf reagiert hat? Die haben genau so weitergemacht, wie es vorher auch war. Es wurde kontrolliert, und es wurde versucht, Einlass zu gewähren für denjenigen oder diejenigen, die eine Zugangsberechtigung haben. Das wurde weiterhin gemacht - professionell.

Joachim Wundrak (AfD): Also, Sie können mir auch nicht erklären, dass mehr als 3 000 Afghanen ohne Deutschlandbezug und ohne Zugangsberechtigung, wie Sie sagten, nach Deutschland geflogen wurden?

Zeuge „Fisch“: Das kann ich Ihnen nicht erklären, nein.

Joachim Wundrak (AfD): Nächstes Thema: Laut der - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bevor Sie zum nächsten Thema wechseln, würde ich gern noch mal auf Folgendes aufmerksam machen: Wir haben eine Arbeitsvereinbarung, was solche Presseartikel angeht, dass die der Geschäftsstelle - - und zwar in einer Form, dass nachvollziehbar ist, dass man das überprüfen kann, was das für ein Material ist, wenn das hier vorgehalten wird. Sonst ist es schwer, damit zu operieren. Das ist die Vereinbarung, und deswegen würde ich darum bitten, dass die künftig eingehalten wird;

sonst lässt sich das nicht überprüfen und ist dann schwer, festzustellen, ob Fragen zulässig sind oder nicht. Das ist aber meine Pflicht, und deswegen würde ich noch mal darum bitten, dass diese Arbeitsvereinbarung künftig eingehalten wird, wenn Artikel zitiert werden sollen, dass die der Geschäftsstelle vorher zur Verfügung gestellt werden, dass sie es nachvollziehen kann. Das ist die Arbeitsvereinbarung.

Joachim Wundrak (AfD): Wir haben es vorgelegt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Im Konvolut überreicht bekommen, sozusagen. Die Geschäftsstelle ist nicht in Kompaniestärke, um das von vorhin noch mal zu zitieren, sondern - -

Joachim Wundrak (AfD): Dass wir zum alten Verfahren zurückkehren, dass es vorgelegt wird, wenn wir es brauchen?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Es muss für uns nachvollziehbar sein, damit man prüfen kann, ob das zulässig ist oder nicht. - Gut, dann fahren Sie fort.

Joachim Wundrak (AfD): Ich bin davon ausgegangen, dass Sie es haben.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Fahren Sie bitte fort.

Joachim Wundrak (AfD): Herr Zeuge, auf der Bundestagsdrucksache 20/8031 - - dokumentierten Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage meiner Fraktion war die Bundesregierung während der zweiten Augushälfte 2021 mit daran beteiligt, afghanische Wunschpersonen mittels mit den Taliban abgestimmten Bustransporten aus der Stadt Kabul in den Flughafen Kabul zu schleusen. Dieses Vorgehen sorgte damals für Aufsehen und hat die [REDACTED] Botschaft in Kabul laut MAT A AA-2.30 VS-NfD, Blatt 238 dazu veranlasst, beim Auswärtigen Amt bezüglich genauer Details der Bustransporte anzufragen. Wörtlich fragten die [REDACTED] - Zitat; das ist MAT A AA-2.30 VS-NfD, Blatt 239 -:



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

„... Wir wissen, dass für das Passieren der Kontrollposten der Taliban diesen“

- also den Taliban -

„vorab eine Liste mit den transportierten Personen übermittelt werden muss.“

Wie gingen die Abstimmungen mit den Taliban vor sich? Wurden beim Passieren der Kontrollposten der Taliban alle Passagiere einzeln vor Ort kontrolliert? Herr Zeuge, waren Sie oder andere Polizeikollegen in die Abwicklung der genannten Bustransporte, für die den Taliban Namenslisten afghanischer Wunschpersonen übermittelt werden mussten, involviert, und, wenn ja, was können Sie uns über den Umgang der Taliban mit den Namenslisten von afghanischen Wunschpersonen Genaues sagen?

Zeuge „Fisch“: Wir waren darin nicht involviert. Das war Aufgabe des Krisenunterstützungsteams vor Ort.

Joachim Wundrak (AfD): Ist Ihnen bekannt, ob den Taliban - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir wären dann aber am Ende angekommen. Wir wechseln zur FDP. Herr Kollege Heidt.

(VLR Andreas Gloßner
(AA) meldet sich zu Wort)

Die Bundesregierung will noch was sagen.

VLR Andreas Gloßner (AA): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Nur eine ganz kleine Anmerkung, weil das, glaube ich, für das Protokoll wichtig ist: In der Frage klang das so, als wäre die Bezeichnung „Wunschpersonen“ ein Terminus gewesen, der von der Bundesregierung in dieser Kleinen Anfrage verwendet worden ist. In dieser Kleinen Anfrage wird explizit von der Bundesregierung darauf verwiesen, dass sich die Bundesregierung diesen Terminus nicht zu eigen macht. Das war mir noch mal wichtig, das zu Protokoll zu geben. - Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bei dem Fragesteller ist das fast ständig im Fall, aber gut, dass Sie es noch mal festgestellt haben. - Jetzt hat der Kollege Heidt das Wort.

Peter Heidt (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich habe ja schon vernommen, dass Sie irgendwie gesagt haben: Na ja, eine frühere Evakuierung der Botschaft war ja gar nicht möglich, weil ja am Flughafen keine Möglichkeiten gewesen wären, um unterzukommen.

Wir haben da eine E-Mail gefunden. Am 14.08.21 haben Sie gegen Mittag eine Mail geschrieben - MAT A BMVg-4.374 VS-NfD, Blatt 9 bis 10; Anlage C4 - an jemanden aus der Abteilung SE II 1 des BMVg. Darin gehen Sie auf die zu diesem Zeitpunkt in der Botschaft laufenden Evakuierungsplanungen ein und bitten um Unterstützung. Demnach stellte die Verlegung des Gepäcks und dabei vor allem der Transport von Waffen und Ausrüstung ein Problem dar. Wie wir ja bereits wissen, musste schließlich durch die Gepäckbeschränkungen nach Kilo bei der tatsächlichen Evakuierung ja dann auch vieles zurückgelassen werden.

In Ihrer Mail haben Sie drei Handlungsoptionen angesprochen, a) einen Container per Lkw an den militärischen Teil des Flughafens zu verbringen, um Material zu lagern, b) Gepäck mit zivilen Hubschraubern an den Flughafen zu verbringen und dort einen Lagerplatz zu organisieren und c) Material mit botschaftseigenen Fahrzeugen im Pendelverkehr an den Flughafen zu verbringen.

Zu diesen Vorgängen habe ich Fragen: Können Sie uns einmal darlegen, ab wann es in der Botschaft und in den Ressorts Überlegungen dazu gab, dass es für den Eventualfall sinnvoll sein könnte, über eigene Ressourcen auf dem Flughafengelände zu verfügen?

Zeuge „Fisch“: Wenn ich das richtig in Erinnerung habe, war das ab Samstag der Fall, und diese Mail, die Sie mir gerade vorgelesen haben, die habe ich, glaube ich, Samstag gesendet.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Peter Heidt (FDP): Wir können Ihnen vorlegen, wenn Sie wollen.

Zeuge „Fisch“: Bitte?

Peter Heidt (FDP): Wir können die Ihnen vorlegen.

Zeuge „Fisch“: Ja, gern.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Ja, jetzt erinnere ich mich an diese Mail, die ich in der Tat am Samstag - die Anfrage - geschickt habe Richtung BMVg, und damals bezogen wir uns noch darauf, dass wir unterschieden haben zwischen einer Evakuierung, einer Notevakuierung, so wie wir es letztendlich durchgeführt haben, weil der Anlass jetzt gegeben war, oder aber einer geplanten Schließung der Botschaft. Und diese hatten wir vorbereitet, indem wir die Botschaft in der Green Zone schließen und uns dann auf den Flughafen zurückziehen, um dort den Botschaftsbetrieb wieder aufzunehmen. Und dazu haben wir dann auch versucht, diesen Container mit Gerät zu packen, um den dorthin zu bringen unter anderem.

Peter Heidt (FDP): Ich habe Sie so verstanden, dass ja die anderen Botschaften zu dem Zeitpunkt längst so etwas gemacht hatten. Warum haben wir das nicht gemacht?

Zeuge „Fisch“: Weil wir da eben noch keine Freigabe für hatten, das so zu tun. Die hatten wir zu diesem Zeitpunkt nicht, sondern erst ab Samstag konnten wir diese Planung vorantreiben.

Peter Heidt (FDP): Und wann haben Sie intern, sage ich mal, darüber nachgedacht, so etwas zu machen, also diese Option sich zu überlegen? Und wann haben Sie diese Option denn an Ihre vorgesetzten Dienststellen weitergegeben?

Zeuge „Fisch“: Wir haben angefangen zu überlegen circa das Wochenende vorher - konkret -, welche Maßnahmen wir ergreifen können. Und

wir haben natürlich schon planerisch vorbereitet, wie eine Fahrkolonne auszusehen hat, wer auf welchem Fahrzeug sitzt. Also diese detaillierten Planungen, die haben wir schon an dem Wochenende vorher begonnen - und auch schon das Material zusammenzustellen, welches wir mitnehmen wollen und welches wir zurücklassen und gegebenenfalls vernichten müssen. Darüber haben wir uns selbstständig schon Gedanken gemacht.

Diese Planung bezog sich jetzt dann letztendlich auf die Tatsache, dass die amerikanische Botschaft schließt und dass - - Die erste Meldung diesbezüglich kam an dem Samstag. Und daraufhin haben wir unsere Planungen forciert und auch beim AA-Reaktionszentrum, bei 040, soweit ich das in Erinnerung habe, mitgeteilt, und es gab am Samstag noch mal einen Krisenstab ohne meine Beteiligung und ohne Beteiligung der Botschaft Kabul, soweit ich weiß, auf der aber beschlossen wurde, dass eine Verlegung zum Flughafen Kabul geprüft werden soll. Und wir hatten dann an dem Samstag mit den operativen Kräften uns überlegt, am Sonntagnachmittag eine Aufklärung an den Flughafen Kabul durchzuführen, um geeignete Liegenschaften aufzuklären, und hätten dann, wenn wir etwas gefunden hätten, in der Nacht von Sonntag auf Montag versucht, zum Flughafen zu verlegen, sofern wir dazu grünes Licht bekommen hätten.

Peter Heidt (FDP): Wissen Sie denn, ab wann die anderen Staaten wie vielleicht die Kanadier oder die Briten auf dem Flughafen entsprechende Liegenschaften sich besorgt haben?

Zeuge „Fisch“: Na ja, die Amerikaner, Briten und Kanadier hatten ja auch noch Militär am Flughafen, und über dieses konnten sie natürlich auch noch eigene Liegenschaften generieren und konnten auch einen Botschaftsbetrieb dort aufrechterhalten. Das war uns ja nicht möglich. Unser Militär ist ja komplett abgezogen, soweit ich das in Erinnerung hatte. Zum 01.07. war kein einziger deutscher Soldat mehr in Afghanistan vor Ort und auch nicht am Flughafen. Dort gab es ja auch einen Gebäudekomplex, welcher von der Bundeswehr damals immer genutzt wurde, aber dann



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

ja letztendlich mit dem Abzug des letzten Soldaten aufgegeben wurde.

Peter Heidt (FDP): Es gab ja am 1. Mai diese Abzugsdeadline aus dem Doha-Agreement. Insofern hätte man ja überlegen können, dass man dann ab dem 1. Mai eigentlich so eine Liegenschaft hat. Und da gab es noch ein paar Soldaten sogar noch da. Aber das hat keine Rolle gespielt, dieses Datum, bei Ihnen?

Zeuge „Fisch“: Nee. Also, das Datum hat schon eine Rolle gespielt bei uns, aber die Planung dahin gehend, dass wir an der Botschaft uns jetzt eine Liegenschaft vorhalten oder reservieren, die gab es zu dem Zeitpunkt nicht.

Peter Heidt (FDP): Sie haben ja zu Recht gesagt, es gab keine Soldaten mehr, aber Sie haben an das BMVg geschrieben. Also Sie wollten dann schon von denen trotzdem eine Freigabe haben, obwohl keine Soldaten mehr vor Ort waren?

Zeuge „Fisch“: Den Herrn, den ich dort angeschrieben habe, der war mir persönlich bekannt aus seiner Verwendung in Kabul, und ich wusste, dass er eine Verwendung im Ministerium hatte, und wusste, dass er auch Dinge bewegen kann, und ich habe ihm da einfach mal ins Blinde geschrieben und gefragt, ob er mich dabei irgendwie unterstützen kann, auch vielleicht über den NATO-Verbund oder sonst etwas. Das war die Anfrage, die sich dahinter verbarg.

Peter Heidt (FDP): Okay. Gut. - Wie viel Zeit habe ich noch?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Zwei Minuten.

Peter Heidt (FDP): Dann würde ich zu etwas anderem kommen. In einer Mail vom Morgen des 12. August - das ist MAT A BPol-2.24 VS-NfD, Blatt 520; Anlage C8 - - schrieben Sie eine Mail an einen AA-Verteiler, in dem auch das Regionalreferat und das Krisenreferat vertreten waren. In dieser Mail berichten Sie vom Fall der 180 000-Einwohner-Stadt Ghazni, die nur 150 Kilometer von Kabul entfernt liegt. Zudem berichten Sie, dass innerhalb der vergangenen Woche damit

zehn Provinzhauptstädte an die Taliban gefallen seien. Welche Reaktion haben Sie daraufhin aus dem AA erhalten? Gab es Versuche, das Lagebild in dieser Situation zu verdichten und die kommenden Entwicklungen und deren Dynamik systematisch abzuschätzen?

Zeuge „Fisch“: Ich habe keine Reaktion vom Auswärtigen Amt dahin gehend erhalten.

Peter Heidt (FDP): Wurde sich denn im AA und Botschaft auf eine mögliche Dynamik vorbereitet, oder gab es da gar nichts, also überhaupt keine Reaktion?

Zeuge „Fisch“: Na ja, es gab schon Reaktionen. Es gab ja zunächst mal unsere internen Planungen. Wir vor Ort an der Botschaft haben uns sehr wohl mit dem Krisenszenario auseinandergesetzt und haben versucht, vor die Lage zu kommen, und haben die Dinge, die ich Ihnen gerade schon geschildert habe, vorbereitet, um auf das Unmögliche, was eintreten könnte, vorbereitet zu sein. Was in Berlin passiert ist, kann ich Ihnen nicht sagen. Da war ich nicht zugegen und bin dort auch nicht zu irgendwelchen Gesprächsformaten eingeladen gewesen, sondern das hat in der Regel die Politische Abteilung bzw. Herr Jan van Thiel dann durchgeführt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das war es in dieser Runde. Wir kommen jetzt zu den Restfragen der nächsten Runde. Ich habe verstanden, dass die SPD keine Fragen mehr hat. - Union hatte auch keine mehr. - Die Grünen haben das Wort.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das kam überraschend.

(Zuruf)

- Doch, habe ich noch. - Wir haben ja gerade sozusagen abgebrochen bei der Frage, wie die Amerikaner das Rollfeld gecleart haben.

Zeuge „Fisch“: Also wie die Amerikaner das Rollfeld gecleart haben: Das haben sie natürlich mit ihren Soldaten gemacht, mit Warnschüssen



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

in die Luft und auch mit dem Einsatz von Hub-schraubern, und dann haben sie irgendwann eine Kette von Soldaten zur Abgrenzung zum zivilen Teil dort eingesetzt, sodass es dort nicht mehr zu Versuchen kam, dieses Rollfeld zu besetzen und zu belegen. Was ich, glaube ich, noch wahrgenommen habe - ich bin selber dort vorbeigefahren, weil ich zu einem anderen Gate musste, zum Abbey Gate, um dort bei einer Evakuierungsmaßnahme zu unterstützen -: dass auf der anderen Seite nach meiner Einschätzung Taliban auch waren und die für Ordnung gesorgt haben, so wie ich das in Erinnerung habe.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben gerade vom Abbey Gate erzählt. Am 26.08. nachmittags ereignete sich dort ja auch ein dramatischer Anschlag, bei dem unter anderem 13 US-Soldaten ermordet wurden. Können Sie uns berichten, was im Vorfeld des Anschlags und auch kurz danach Ihr Informationsstand war?

Zeuge „Fisch“: Ja, das ist schon eine gewisse Tragik, die sich dahinter verbirgt. Diese Bedrohungssituation und diese Anschlagswarnung, die war bekannt, zunächst allgemeiner Art, und die wurde im Laufe des Einsatzes dort am Flughafen immer konkreter bis hin, dass schon das Abbey Gate als möglicher konkreter Anschlagsort benannt wurde, auch mit dem Modus Operandi, Selbstmordattentäter mit anschließendem Schusswechsel am Abbey Gate, was dann für mich der letzte Indikator war, um zu entscheiden, dass sich kein Bundespolizist mehr zu diesem Abbey Gate und auch keiner von unseren Schutzpersonen mehr zu diesem Abbey Gate bewegt. Die Bundeswehr hat genauso entschieden. Die Amerikaner konnten aber nicht so entscheiden, die konnten ihre Kräfte dort nicht abziehen. Wenn sie das gemacht hätten, dann wäre der Flughafen durch die afghanischen Zivilisten, die dort standen, gestürmt worden. Sie mussten dort bleiben, obwohl sie genau die gleichen Informationen hatten. Und dann kam es leider zu diesem tragischen Zwischenfall, bei dem dann 13 amerikanische Soldaten und, soweit ich weiß, zwei britische Paras und über 60 afghanische Zivilisten ums Leben kamen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sagten, die Information war bekannt. Wurde es mal in Betracht gezogen, die Information auch mit den Zivilist/-innen zu teilen, die sich dort am Gate aufgehalten haben?

Zeuge „Fisch“: Das kann ich Ihnen nicht sagen; da kann ich Ihnen keine Aussagen zu sagen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie mit dieser Ihnen - - Also Sie haben gesagt, es war so bekannt. Wem war es denn bekannt? Ihnen offensichtlich, aber - -

Zeuge „Fisch“: Den Sicherheitskräften, also uns deutschen Sicherheitskräften, sowohl der Bundeswehr als auch mir.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie mir da noch vielleicht ein bisschen berichten, wie Ihre Ausreise dann im Endeffekt erfolgt ist und wann Sie den Entschluss gefasst haben oder zurückbeordert wurden?

Zeuge „Fisch“: Na, den Entschluss haben ja nicht wir gefasst, sondern da gab es eine konkrete Vorgabe seitens der Amerikaner, die - jetzt weiß ich das nicht mehr ganz genau - eine bestimmte Anzahl von Stunden benötigten, um ihr eigenes Gerät und ihr eigenes Personal vom Flughafen zu entfernen. Und das wollten sie, ohne dass weitere internationale Kräfte auf dem Flughafen waren. Und unsere Deadline zum Verlassen war der 27. August, 0 Uhr, soweit ich das in Erinnerung hatte.

Und wir haben uns dann einen Plan erstellt, wonach wir - ich weiß es nicht mehr ganz genau - in den Nachmittagsstunden des 26. August mit der letzten Bundeswehrmaschine den Kabul-Flughafen verlassen, und der Geschäftsträger Jan van Thiel und mein Sicherheitsteam von der Bundespolizei zusammen mit General Arlt und den letzten Bundeswehrsoldaten sind mit der letzten Bundeswehrmaschine vom Flughafen ausgerollt.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich danke Ihnen.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Herr Wundrak, dann haben Sie noch mal das Wort.

Joachim Wundrak (AfD): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Herr Zeuge, können Sie bestätigen, dass Markus Potzel bereits am 19. August 2021 mit den Taliban in Doha abgestimmt hatte, dass die in Kabul verbliebenen Ortskräfte sich mit der Taliban-Spezialeinheit 313 ins Benehmen setzen sollten, wie es aus MAT A AA-9.83 VS-NfD, Blatt 32 hervorgeht?

Zeuge „Fisch“: Das kann ich nicht bestätigen; habe ich keine Kenntnis.

Joachim Wundrak (AfD): Herr Zeuge, offenbar haben laut MAT A AA-8.142 VS-NfD, Blatt 73 auch Sie am 26.08.2021 eine E-Mail Jan van Thiels erhalten, in der er kurz vor dem Ende der militärischen Evakuierungsoperation ein Resümee dieser Tage von Kabul zog. Während diese Evakuierungsoperation in der deutschen Öffentlichkeit und von weitab in Deutschland verbliebenen Vertretern der Bundesregierung bis heute als gelungene Aktion dargestellt wird, hatte Herr van Thiel vor Ort offensichtlich eine andere Perspektive auf die Geschehnisse. Ich zitiere wörtlich van Thiel:

„Mein Kommentar: das HKIA-Evakprogramm ist an vielen Enden stark kompromittiert. Als Ad-hoc-Notfallaktion konnte es eine Weile publikumswirksam durchgeführt werden, aber es ist in keinster Weise ein geordneter, glaubwürdiger und länger fortsetzbarer Ansatz; es müssen nachhaltigere ordentlichere Verfahren her, um nicht noch mehr von unserem Restansehen zu verspielen ... Für den gegenwärtigen Einsatz war es praktisch betrachtet kein Nachteil, dass auch die TLB sich von der tiefsitzenden afg. Krankheit allgegenwärtiger Korruption haben anstecken lassen.“

Zitat Ende. - Können Sie uns erklären, inwiefern für die deutsche Seite es ein Vorteil war, dass die Taliban sich von der tiefsitzenden afghanischen

Krankheit der Korruption anstecken ließen? Also auf Deutsch: Welche Zahlungen hat Deutschland für welche Leistungen in dieser Zeit an die Taliban erbracht?

Zeuge „Fisch“: Ich weiß nicht, ob Deutschland irgendwelche Zahlungen an die Taliban vollbracht hat. Diese E-Mail ist mir nicht bekannt, weil ich auf dem Flughafen selber keine IT-Anbindung mehr hatte und auch meine E-Mails nicht mehr abrufen konnte und nach meiner Rückkehr nach Deutschland ich auch keinen Zugang mehr zu meinem E-Mail-Account hatte.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Der Zeuge ist schon zwei- oder dreimal gefragt worden, ob ihm was von Zahlungen an die Taliban bekannt sei, und er hat es zwei-, dreimal verneint.

Joachim Wundrak (AfD): Na ja, zu anderen Gelegenheiten.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Na ja, die Gelegenheiten sind egal, er hat zwei-, dreimal erklärt, dass ihm von solchen Zahlungen nichts bekannt ist. Deswegen haben wir eigentlich die Übung, das nicht dreimal zu wiederholen.

Joachim Wundrak (AfD): Darf ich eine letzte Frage noch stellen, Herr Vorsitzender?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bitte schön.

Joachim Wundrak (AfD): Herr Zeuge, ist Ihnen bekannt, aus welchen Gründen Herr van Thiel ein doch derartig negatives Urteil über diese Evakuierungsoperation fällte? Und wenn Sie uns vielleicht noch mitteilen können, wie Ihre eigene Bewertung dann aussieht.

Zeuge „Fisch“: Also, über Herrn van Thiels Bewertung möchte ich mich nicht auslassen, das weiß ich nicht, aber meine eigene Bewertung: Das war natürlich eine Evakuierungsoperation, die man nicht gutheißen kann, wenn ein solches Chaos entsteht, eine solche Unordnung vor den Toren. Wir haben dort natürlich auch vor den Toren Tote zu beklagen gehabt. Das dürfen wir auch nicht vergessen. Wir haben auch durch den



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Anschlag viele Tote zu beklagen gehabt im Rahmen dieser Evakuierungsmission, und darüber kann, glaube ich, keiner glücklich sein. Und über jegliche Form von Ordnung während einer Evakuierungsmaßnahme wäre ich natürlich dankbar.

Joachim Wundrak (AfD): Vielen Dank. - Mein Respekt für Ihre Aussagen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Hat die FDP noch Fragen, Herr Kollege?

Peter Heidt (FDP): Ja, bitte, noch ein bisschen, aber nicht mehr so viel. - Am 12. August ging die E-Mail eines Mitarbeiters des AA, Referat 111 - das ist MAT A BPol-2.24 VS-NfD, Blatt 518; Anlage C10 - in der Botschaft Kabul ein. Darin schreibt dieser:

„Hallo Kabul Team,

wie bereits angesprochen beigefügt der Plan für die Umorganisation / Beräumung Gartfield zu euer Kenntnisnahme.

Die Beräumung auf GF wird bis nächsten Mittwoch den 18.08.21 abgeschlossen sein.

Danach werden Maßnahmen für die Herstellung einer relativ staubfreien HLZ begonnen.

Der Zeitrahmen muss auf Grund des derzeit erschwerten Zugangs für Baustellenfahrzeuge in die Green Zone noch definiert werden.

Gruß

C...“

Die Krisenkurzberatung, deren Bericht Ende März vorlag, hatte ja die Einrichtung der in der Mail thematisierten Landezone empfohlen. Können Sie uns einmal erläutern, aus welchen Gründen die Vorkehrungen am 18. August 2021, also ein halbes Jahr später, erst so weit gediehen waren, dass man mit Maßnahmen für die Herstellung einer relativ staubfreien Hubschrauberlandezone beginnen konnte? Wann wurden die

Arbeiten geplant, und wurden die Arbeiten begonnen? Wenn ja, wann?

Zeuge „Fisch“: Das hing natürlich damit zusammen, dass die gesamte deutsche Botschaft eine Baustelle war. Also, aufgrund der Anschläge - - oder des Anschlages von 2017 war der Botschaftsbetrieb ja noch nicht wieder vollumfänglich hergestellt, sondern es gab dort einen Stufen- und Phasenplan, welche Maßnahmen Priorität hatten und wie wir die volle Arbeitsfähigkeit der Botschaft wiederherstellen können. Und zwischendurch gab es natürlich immer wieder Anpassungen an die Bedrohungslage. Da mussten bauliche Maßnahmen an der Botschaft durchgeführt werden, die dann natürlich andere Dinge aufgeschoben haben.

Der Beschluss zur Hubschrauberlandezone, diese einzurichten, erfolgte, soweit ich weiß, mit der Bereisung des Kurzberatungsteams, und die Umsetzung erfolgte deshalb so spät, weil wir uns erst Gedanken darüber machen wollten und konnten, wo wir es genau einrichten. Als wir das getroffen hatten, mussten dann erst noch weitere Vorkehrungsmaßnahmen getroffen werden, um mit diesem Bau dieser Hubschrauberlandezone überhaupt zu beginnen. Also, da war keine bewusste Verzögerung dabei.

Peter Heidt (FDP): In dem Zitat ist die Rede davon, dass der Zeitrahmen für die Arbeiten neu definiert werden müsse, der Zugang für Baufahrzeuge zur Green Zone eingeschränkt sei. War dies ein generelles Problem, und hätte man das mit einem früheren Beginn der Arbeiten verhindern können?

Zeuge „Fisch“: Nein, die Einfuhr von Baufahrzeugen ist ein Problem. Das ist ein längerer Genehmigungsvorgang. Man kann also nicht einfach - - das sind all die Lessons learned vor Ort, wenn - - weil solche großen Lkws und Trucks wurden natürlich immer wieder als Anschlagsmittel genutzt, und da wurden große Mengen Sprengstoff irgendwohin verbracht und dann irgendwo zur Umsetzung gebracht. Aus diesem Grunde gab es halt im Vorfeld Kontrollen jeglichen Bauverkehrs, und das musste halt auf



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

umständlichen Wegen bei der afghanischen Administration und bei der US-amerikanischen Administration angezeigt werden, und dadurch kam es natürlich auch zu Verzögerungen von Bauabschnitten. Man konnte also nicht einfach abends sagen: „Morgen fangen wir an und bauen eine Hubschrauberlandezone“, sondern das bedarf natürlich gewisser administrativer Wege im Vorfeld.

Peter Heidt (FDP): Dann vielen Dank von meiner Seite aus. - Meine Kollegin würde gern noch eine Frage stellen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Wenn ich darf. - Stichwort „Lessons learned“: Das wäre vielleicht auch so eine Abschlussfrage, die ich Ihnen stellen möchte: Was sind Ihre Lessons learned vor allem auch mit Blick auf das Thema „Krisenmanagement“? Sie haben vorher gesagt, Sie würden sich ein besseres Krisenmanagement oder so wünschen. Also, wenn Sie vielleicht mal auf Ihre Lessons learned noch eingehen könnten.

Zeuge „Fisch“: Ja, so wie ich das vorher gesagt habe: Ich hatte das Empfinden, dass wir von unterschiedlichen Lagebildern gesprochen haben, und von unterschiedlichen Bedürfnissen zwischen vor Ort und Berlin. Ich habe vor Ort in Kabul die operativ-taktische Ebene vertreten, in Berlin wurde die strategisch-politische Ebene vertreten, und ich hatte irgendwie den Eindruck, dass diese in unterschiedliche Richtungen gelaufen sind. Ich würde mir wünschen, dass man im Rahmen des Krisenmanagements diese Dinge vielleicht hier in Berlin in einem zentralen Organ zusammenführen könnte, um solche Krisen zu führen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Dann die letzte Frage: Sind Sie für Ihren Einsatz in Afghanistan ausgezeichnet worden?

Zeuge „Fisch“: Nein. Ich glaube, es gab mal eine Initiative, aber was daraus geworden ist, weiß ich nicht.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Dann erlauben Sie mir die persönliche Bemerkung, dass ich

Ihren Mut und Ihren Einsatz extrem hoch bewerte und das unglaublich tapfer finde, was Sie dort geleistet haben. - Vielen herzlichen Dank.

Zeuge „Fisch“: Dann bedanke ich mich recht herzlich.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Herr Zeuge, dann sind wir am Ende der heutigen Befragung angekommen. Formal abgeschlossen ist sie noch nicht. Sie wissen, Sie bekommen das Protokoll und haben 14 Tage Zeit, das gegebenenfalls zu korrigieren.

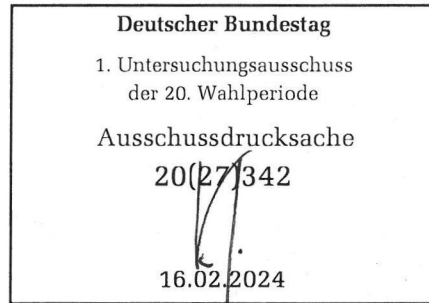
Ich bedanke mich bei Ihnen, dass Sie heute Rede und Antwort gestanden haben und ja auch, wie ich finde, sehr konzentriert und sehr direkt unsere Fragen beantwortet haben, und will auch im Namen des Ausschusses sagen, dass wir den Einsatz zu schätzen wissen in so schwieriger Situation und dass wir uns wünschen, dass die Konsequenzen aus den Dingen so gezogen werden, dass wir besser vorbereitet sind auf ähnliche Fälle. - Vielen Dank. - Ich schließe die Sitzung um 23.30 Uhr.

Zeuge „Fisch“: Vielen Dank.

(Schluss: 23.30 Uhr)

Anlage

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen der
Zeugin Dr. Alema Alema



Ergänzungen zum Auszug aus dem Protokoll meiner öffentlichen Zeugenvernehmung vom 1. Februar 2024

Seite 15, zweite Spalte, Paragraph 5:

VN-Frauenrechtskonvention (CEDAW)

Seite 16, erste Spalte, Paragraph 6:

Der Name des deutschen Botschafters in Kabul im Jahr 2016 ist Herr Walter Haßmann.

Seite 16, zweite Spalte, Paragraph 1:

Der deutsche Botschafter in Kabul in den Jahren 20-21 war Herr Axel Zeidler, ab Mitte 2020 Herr Markus Potzel.

Seite 16; zweite Spalte, Paragraph 1:

Christian Klos BMI

Seite 22, erste Spalte, Paragraph 2:

die auf der Genfer Konferenz

Anlage

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen des
Zeugen 'Fisch'

„Fisch“
Bundespolizeidirektion 11

Deutscher Bundestag 1. Untersuchungsausschuss der 20. Wahlperiode Ausschussdrucksache 20(27)345 28.02.2024

Berlin, 28. Feb. 2024

Deutscher Bundestag
Sekretariat des 1. Untersuchungsausschusses
Platz der Republik 1
11011 Berlin

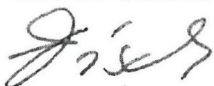
Anmerkungen zum Protokollauszug (20/62 I, Teil 1) der Zeugenvernehmung „Fisch“ (Z-69) am 1. Feb. 2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Übersendung des vorläufigen stenografischen Protokolls der Vernehmung vom 1. Feb. 2024 möchte ich mich bedanken. Gerne nutze ich die Möglichkeit, um kleinere Ergänzungen vorzunehmen, die ich nachfolgend mit kurzen Anmerkungen aufführe.

Fundstelle	Textpassage	Kommentar/Anmerkung
S.51, rechte Spalte 2. Abs. Zeile 3-5	(...) es habe eine fest integrierte Planung der Evakuierung der deutschen Botschaft in der Außenstelle des BND gegeben mit einer genauen Evakuierungsanweisung bis zu einzelnen Checklisten für verschiedene Stufen;	Die Liegenschaft des BND galt als Ausweichzelle für den Fall, dass die Botschaft nicht mehr funktionstüchtig ist. Hier sollte ein weiterer Betrieb der Botschaft sichergestellt werden. Aufgrund der örtlichen Lage und des tatsächlichen Szenarios war die Ausweichzelle völlig ungeeignet, um dorthin zu evakuieren.
S.56, rechte Spalte 4. Abs. Zeile 1-2	(...) „Austausch mit anderen Nationen“, das ist ein gutes Stichwort.	Hinsichtlich der Sicherung des Unterkunftsgebäudes der Restkräfte Botschaft am Flughafen haben wir uns mit internationalen Partnern verständigt (Alarmplan), die ebenfalls in diesen Gebäuden untergebracht waren. Gerade vor dem Hintergrund der Ereignisse am 16.08. am Flughafen (Erstürmung) machte eine Kooperation Sinn. Mit den Militärs aus den USA und UK besprachen wir stellenweise konkrete Maßnahmen an den Gates, wie wir eine reibungslose Zusammenarbeit gewährleisten können, um zu Evakuierende auf das Flughafengelände zu bekommen.

Mit freundlichen Grüßen



Fisch